



**Parlamentssitzung vom 16.09.2024**

**Protokoll**

Schloss Köniz, Rosstall  
19:00 – 22.10 Uhr

**Vorsitz**

Arlette Münger (SP Frauen), Parlamentspräsidentin

**Parlamentsbüro**

Casimir von Arx (GLP), 1. Vizepräsident  
Selin Lopez (FDP), Stimmzählerin  
Reto Zbinden (SVP), Stimmzähler

**Mitglieder des Parlaments**

Franziska Adam (SP Frauen)  
Christina Aebischer (Grüne)  
Roland Akeret (GLP)  
Dominic Amacher (FDP)  
Géraldine Bösch (SP Frauen)  
Corina Burren (parteilos, Sitz der SVP)  
Bülent Celik (SP Männer)  
Heidi Eberhard (FDP)  
Toni Eder (Die Mitte)  
Mayra Faccio (JUSO)  
Dominik Fischli (Grüne)  
Rahel Gall (SP Frauen)  
Kathrin Gilgen (SVP)  
Janka Hamm (SP Frauen)  
Andreas Hauser (GLP)  
Roland Hofer (SVP)

Laura Hoffman (Junge Grüne)  
Mark Kobel (FDP)  
Fabienne Marti (GLP)  
Florian Moser (SVP)  
Jürg Mosimann (Die Mitte)  
David Müller (Grüne)  
Urs Mumenthaler (SP Männer)  
Brigitte Rohrbach (SP Frauen)  
Tatjana Rothenbühler (FDP)  
Sandra Röthlisberger (GLP)  
Isabelle Steiner (SP Frauen)  
Simon Stocker (Junge Grüne)  
Katja Streiff (EVP)  
Roger Tanner (GLP)  
Monika Röthlisberger (Grüne)  
Andrea Winzenried (SVP)

**Gemeinderat**

Tanja Bauer (SP), Gemeindepräsidentin  
Hansueli Pestalozzi (Grüne), Vizegemeindepräsident  
Thomas Brönnimann (GLP), Gemeinderat  
Christian Burren (SVP), Gemeinderat  
Hans-Peter Kohler (FDP), Gemeinderat

**Fachstelle Parlament**

Chantal Fuchs

**Protokoll**

Ursula Wüst

**Entschuldigt**

Christine Müller (Grüne), 2. Vizepräsidentin  
Lukas Erni (Grüne)  
Matthias Müller (EVP)  
Ronald Sonderegger (FDP)

PAR 2024/76

## Traktandenliste und Mitteilungen

1. **Traktandenliste und Mitteilungen**  
Beschluss
2. **Protokoll der Parlamentssitzung vom 19.8.2024**  
Beschluss
3. **Schulkommission Köniz; Ersatzwahl neues Mitglied 2024 - 2026**  
Wahl; Direktion Präsidiales und Finanzen
4. **Kreditabrechnungen**  
Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen
5. **Rechnungsprüfung 2024 und 2025-2028, Mandat Revisionsstelle**  
Beschluss; Finanzkommission
6. **Wasserversorgung; Komplettersatz und Modernisierung Wasserzähler**  
Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe
7. **Wärmeverbund Bern-Wabern, Anschluss Gemeindelienschaften**  
Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe, Direktion Sicherheit und Liegenschaften
8. **Abfallbewirtschaftung, Zusätzliches Sammelfahrzeug für flächendeckende 14-tägliche Papier-/Kartonabfuhr ab 2025, Verzicht auf Kredit**  
Kenntnisnahme; Direktion Planung und Verkehr
9. **Passerelle Niederwangen, Projektierungskredit**  
Kredit; Direktion Planung und Verkehr
10. **Oberwangen, Umbau Schreinerei zu Basisstufe und Übertragen Gebäudeteil in Verwaltungsvermögen**  
Kredit und Beschluss; Direktion Sicherheit und Liegenschaften
11. **V2404 Interpellation (Grüne, Junge Grüne) "Cargo Sous Terrain in Köniz"**  
Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr
12. **V2405 Interpellation (Grüne / Junge Grüne) "Entwicklung der besonderen Volksschule Köniz (bVSK)"**  
Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales
13. **V2003 Motion (SP) "Köniz erneuerbar: Köniz setzt auf Wärme- und Kälteverbünde!"**  
Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe
14. **V2205 Motion (Grüne, Junge Grüne) "Mehr Biodiversität und vielfältigere Nutzung von Friedhofsanlagen"**  
Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe
15. **Verschiedenes**  
Kenntnisnahme

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Ich begrüsse euch ganz herzlich zur Parlamentssitzung vom 16. September 2024. Ich begrüsse die neuen Parlamentsmitglieder Janka Hamm und Roger Tanner ganz herzlich. Ebenfalls begrüssen möchte ich an dieser Parlamentssitzung Stefan Rey. Er arbeitet seit 1. September bei der Fachstelle Parlament als Stellvertreter von Chantal Fuchs.

Eine kurze Information zur heutigen Sitzung: Aufgrund der Schulferien ist im September jeweils keine zweite Parlamentssitzung vorgesehen. Wir müssen die heutige Traktandenliste darum fertig beraten. Ich bitte euch darum heute besonders, die Redezeiten einzuhalten und jegliche Abläufe speditiv zu bewältigen. Merci schon jetzt für eure Mithilfe.

Zum Znüni: Roland Akeret und Toni Eder haben für das heutige Znüni Partybrot mit Käse, Fleisch und Fisch mitgebracht. Ihr dürft euch auch bereits in der Pause bedienen. Vielen Dank euch beiden.

Geburtstag seit der letzten Sitzung hatten: Laura Hoffmann, Simon Stocker und Dominik Fischli. Die Geburtstagsboten und -botinnen wurden im Vorfeld informiert. Ich bitte sie in der Pause für ihre Jubilar:innen ein Geschenk aus dem Korb auszusuchen.

Dann hat mich folgendes Rücktrittsschreiben erreicht: *"Ich bin seit mehr als 30ig Jahren Könizer, aufgewachsen in Mengestorf und Köniz und nach dem Studium habe ich in Oberwangen und Wabern gewohnt. Seit 5 Jahre sitze ich in diesem Parlament und setze mich für ein nachhaltiges und solidarisches Köniz ein. Als junger Grüner bin ich gewählt, um junge Menschen im Parlament zu repräsentieren. Mit nun 31 Jahren bin ich ein alter Sack und es ist an der Zeit einer jüngeren Person eine Chance zu geben. Natürlich, diese Entscheidung ist mir nicht leichtgefallen und ich habe sie eine Weile reifen lassen. Ende Woche gehe ich auf eine längere Reise und darum ist jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen. Ich danke euch allen für euer Engagement für Köniz – ihr seid wichtig für eine funktionierende Demokratie. Mit Blick auf die Welt wünsche ich mir fest, dass wir noch lange in einer solchen leben können, aber sie kommt nicht von allein. Es braucht Leute wie euch, die unzählige Stunden freiwillig Arbeit investieren, andere Meinungen anhören und laange Parlamentsabende erdulden. Merci für unterhaltsame Reden, Diskussionen auf Augenhöhe und den respektvollen Umgang, welchen wir hier im Parlament pflegen. Selbstverständlich kommt an dieser Stelle auch ein grosses Merci an meine Fraktion. Ich habe viel von euch gelernt und neue Vorbilder entdeckt. Es hat Spass gemacht und ich bin froh, werdet ihr weiterhin dafür sorgen, dass Köniz die Klimaziele erreicht und eine vielfältige, inklusive Gemeinde wird. Ich bin stolz, mit diversen Vorstössen und Ideen einen Beitrag geleistet zu haben. Wie und wann es bei mir mit Politik weitergeht, überlege ich mir beim Reisen. Klar ist aber, dass mir eine grüne Zukunft am Herzen liegt und Köniz wohl immer meine Wurzel bleibt. Simon Stocker"*

**David Müller, Grüne/Junge Grüne-Fraktion, Grüne:** Lieber Simon, gerne sage ich noch kurz etwas im Namen der Fraktion der Jungen Grünen und Grünen. In der letzten Fraktionssitzung haben wir dich ja im kleineren Rahmen bereits verabschiedet, aber ich möchte dir gerne auch hier in der Öffentlichkeit nochmals herzlich danken.

Nach etwas mehr als fünf Jahren im Könizer Parlament ist heute deine letzte Sitzung. Ich danke dir für dein wirklich grosses Engagement für die Fraktion, für das Parlament, eine Zeit lang auch im Rahmen der GPK zum Beispiel, und schlussendlich für die gesamte Bevölkerung von Köniz.

In deinem ersten Votum an deiner ersten Sitzung im Parlament hast du gesagt, du freust dich auf all die hitzigen Diskussionen mit allen im Parlament. Ob hitzig oder nicht, von Anfang an hast du dich in Diskussionen innerhalb der Fraktion, aber eben auch mit Leuten aller Parteien eingebracht, hast dich ausgetauscht, bist auf die Leute zugegangen und hast auch Sachen hinterfragt und immer auch versucht, Lösungen zu entwickeln.

Immer wieder hast du auch mit eigenen Vorstössen und Ideen in diesen fünf Jahren die Könizer Politik geprägt. Als Mitstreiter für ein klimafreundliches Köniz, in welchem möglichst vielen Personen auch der politische Zugang gewährt wird, wirst du uns sehr fehlen. Wir wünschen dir eine schöne und erlebnisreiche Reise, welche jetzt dann kommt und damit du den Parlamentsbetrieb nicht ganz vergisst, haben wir dir ja an der Fraktionssitzung bereits ein entsprechendes Spiel mit auf den Weg gegeben.

Ich hoffe natürlich, dass wir uns schon bald wieder - am besten in Köniz – wiedersehen. Es hat mit dir "gfügt". Merci vielmals für alles und alles Gute für die Zukunft.

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Auch ich wünsche dir Simon alles Gute und eine ganz gute Reise. Komme bitte auch wieder gesund nach Hause.

Dann kommen wir zu den Entschuldigungen: Vom Parlament ist Matthias Müller, Lukas Erni, Christine Müller und Ronald Sonderegger entschuldigt. Vom Gemeinderat kommt Thomas Brönnimann etwas später. Es sind somit 36 Parlamentsmitglieder anwesend, das Parlament ist beschlussfähig. Der Aktenversand fand am 22. August 2024 statt. Das Protokoll vom 19. August 2024 ist seit 06.09.2024 online.

Wir kommen zum Traktandum 1, zur Traktandenliste: Gibt es Anträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall.

## **Beschluss**

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2024/77

## **Protokoll der Parlamentssitzung vom 19.8.2024**

Genehmigung

## **Diskussion**

Das Wort zum Protokoll wird nicht verlangt.

## **Beschluss**

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 19.8.2024 wird stillschweigend genehmigt.

PAR 2024/78

## **Ersatzwahl neues Mitglied Schulkommission 2024 - 2026**

Wahl; Direktion Präsidiales und Finanzen

### **1. Ausgangslage**

Markus Rub, Köniz/Schliern und Marc Zimmermann, Wabern, haben beide Ihren Rücktritt per Ende Juli 2024 als Mitglieder der Schulkommission eingereicht (beide Parteianspruch Grüne Köniz). Mit dem vorliegenden Antrag wird dem Parlament für die Parlamentssitzung vom September 2024 ein Kandidat für einen der beiden vakanten Sitze zur Wahl bis Ende der laufenden Amtsperiode (31. Juli 2026) vorgeschlagen. Es ist geplant, dass eine weitere Kandidatur (voraussichtlich für die Parlamentssitzung im November 2024) vorgeschlagen werden soll.

Die SP Köniz schlägt in Absprache mit den Grünen Köniz folgenden Kandidaten vor:

- Lennart Koch, Nesslerenweg 84, 3084 Wabern.

Die Schulkommission Köniz besteht aus 9 Mitgliedern. Sie setzt sich zusammen aus dem Vorsteher der Direktion Bildung und Soziales (DBS) und 8 vom Parlament gewählten Mitgliedern (Art. 12 Bildungsreglement). Das Parlament wählt auf der Grundlage von Art. 42 Gemeindeordnung sowie Art. 14 Bildungsreglement die Schulkommission. Die Mitglieder der Schulkommission werden auf Vorschlag des Gemeinderates vom Parlament gewählt. Die Wahlvorschläge erfolgen von den politischen Parteien gemäss Proporzschlüssel der letzten Parlamentswahlen.

## 2. Das Wahlverfahren

Die Kandidatur wurde von der SP Köniz in Absprache mit den Grünen Köniz am 11. August 2024 bei der Gemeindekanzlei eingereicht. Der Wahlvorschlag wurde mit den erforderlichen Unterlagen eingereicht, welche dem Gemeinderat und der Geschäftsprüfungskommission als vorberatende Parlamentskommission zugänglich gemacht werden.

## 3. Das Anforderungsprofil

Der Gemeinderat hat gestützt auf Art. 14 Abs. 1 Bildungsreglement ein Anforderungsprofil erlassen (Beilage 1). Dieses verlangt von den Mitgliedern insbesondere Kenntnisse der kantonalen Bildungspolitik, Sach-, Führungs- und Sozialkompetenz sowie die Bereitschaft, sich mit den relevanten Themen zu befassen. Zudem ist verbindlich festgelegt, dass die Mitglieder an den Weiterbildungsangeboten der Gemeinde teilnehmen.

## 4. Wahlvorschlag und die Beurteilung durch den Gemeinderat anhand der Wahlkriterien

Name	Wohnsitz Schulbezirk	Partei (Sitz)	Seit	Berufliche Erfahrungen und Schulkommissionskompetenzen
Lennart Koch	Wabern	Vorschlag SP Köniz (Sitz: Grüne Köniz)	Neu	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Gymnasiallehrperson Gymnasium Lerbermatt Köniz</li> <li>- Lehrdiplom für Maturitätsschulen, Master in Psychologie und Pädagogik</li> <li>- Mitglied und Leitung Schulpflege (strategische Führung, Planung diverser Projekte, Vorgesetzte der Schulleitung, Anstellungsbehörde) Gemeinde Schafisheim</li> <li>- Erfahrung als Gymnasiallehrperson</li> <li>- Kenntnisse und Erfahrung im Projektmanagement, in der strategischen Führung und Personalführung</li> <li>- Interesse an bildungspolitischen Fragen</li> </ul>

### Sitzverteilung gemäss Proporzschlüssel der Parlamentswahlen vom September 2021

Teilweise erfüllt: Die Kandidatur wurde von der SP Köniz in Absprache mit den Grünen Köniz eingereicht.

### Wohnsitz Schulbezirk

Erfüllt: Lennart Koch hat seinen Wohnsitz in Wabern. Somit sind alle Schulbezirke mit mindestens 1 Mitglied vertreten. Aus den Schulbezirken, Wangental und Spiegel (inklusive Vorsteher DBS) sind je 2 Mitglieder vertreten.

### Angemessene Vertretung von Frauen und Männern

Teilweise erfüllt (5 Frauen / 3 Männer / 1 Sitz vakant)

### Anforderungsprofil

Erfüllt: (siehe Tabelle oben).

### Zusammensetzung der Schulkommission ab 17. September 2024

Name	Sitzanspruch Partei	Wohnsitz Schulbezirk
Vanda Descombes	SP Frauen	Liebefeld
Janet Fiebelkorn	SP Frauen	Wangental
Beatrice Bösiger	SVP	Obere Gemeinde

Andrea Winzenried	SVP	Wangental
Vakant	Grüne Köniz	
Lennart Koch	Grüne Köniz	Wabern
Thomas Raaflaub	GLP	Köniz/Schliern
Susanne Gutbrod-Kunkler	GLP (Mitglied EVP)	Spiegel

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Lennart Koch, Wabern wird ab 17. September 2024 für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis am 31. Juli 2026, in die Schulkommission Köniz gewählt.

Köniz, 14. August 2024

Der Gemeinderat

Beilagen:

- 1) Anforderungsprofil Mitglieder Schulkommission

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Hier handelt es sich um eine Wahl und betrifft die Direktion Präsidiales und Finanzen. Ihr habt den Bericht und den Antrag des Gemeinderates als Sitzungsakten. Zum Vorgehen: Zuerst spricht der GPK-Referent, dann folgen die Voten der Fraktionen, die Einzelvoten der Parlamentsmitglieder und dann die Wahl.

**GPK-Referent Toni Eder, Die Mitte:** Die Herren Markus Rub und Marc Zimmermann haben per Ende Juli 2024 ihren Rücktritt als Mitglieder der Schulkommission eingereicht. Beide vertraten Sitze der Grünen Köniz. Der Gemeinderat schlägt jetzt dem Parlament einen Kandidaten für die beiden vakanten Sitze zur Wahl bis Ende der laufenden Amtsperiode am 31. Juli 2026 vor. Es ist geplant, dass eine weitere Kandidatur voraussichtlich für die Parlamentssitzung im November vorgeschlagen werden wird.

Die Kandidatur kommt von der SP Köniz, in Absprache mit den Grünen Köniz, und ist am 11. August 2024 bei der Gemeindekanzlei eingereicht worden. Die SP Köniz schlägt folgenden Kandidaten vor: Es ist Herr Lennart Koch aus Wabern. Der Wahlvorschlag wurde mit den erforderlichen Unterlagen eingereicht, diese wurden dem Gemeinderat und der Geschäftsprüfungskommission als vorberatende Parlamentskommission zugänglich gemacht. Das Anforderungsprofil, welches der Gemeinderat gestützt auf Art. 14 des Bildungsreglement erlassen hat, verlangt von den Mitgliedern insbesondere Kenntnisse der kantonalen Bildungspolitik, Sach-, Führungs- und Sozialkompetenz und die Bereitschaft, sich mit den relevanten Themen zu befassen. Der Gemeinderat hat die Wahlvoraussetzungen geprüft und als erfüllt erachtet. Herr Koch ist Lehrer am Gymnasium Lerbermatt in Köniz, hat ein Lehrdiplom für Maturitätsschulen und einen Master in Psychologie und Pädagogik. Mit seiner Wahl wären alle Schulbezirke mit mindestens einem Mitglied vertreten.

Folgende Punkte wurden in der GPK diskutiert resp. wurden beantwortet: Der Kandidat ist als Lehrer am Gymnasium Lerbermatt tätig, es gibt aber keinen Interessenskonflikt zwischen der Arbeit als Lehrperson und dem Mandat in der Schulkommission. Der Kandidat wurde informiert, dass derzeit die Bildungssteuerung mit Anpassung des Bildungsreglements angegangen wird und dass das Mandat in der Schulkommission allenfalls vor Ablauf der Amtsdauer enden könnte. Der Kandidat ist aber trotzdem motiviert, in der Schulkommission mitzuwirken.

Die Beschlüsse der GPK:

- Die GPK stellt fest, dass die notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen, das Abstimmungsergebnis hierzu war einstimmig.
- Die GPK empfiehlt dem Parlament, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Das Abstimmungsergebnis war hier 6 dafür, 1 Enthaltung.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Isabelle Steiner, SP Frauen:** Es freut mich sehr, dass wir heute Lennart Koch in die Schulkommission wählen dürfen. Der SP/JUSO-Fraktion ist es wichtig, dass die Schulkommission ihre Arbeit mit der nötigen Kontinuität und Fachkompetenz machen kann.

Als Lehrer für Psychologie und Pädagogik an der Lerbermatt und als ehemaliges Mitglied und Präsident einer Schulpflege in einer Aargauer Gemeinde, bringt Lennart Koch hier zweifellos das nötige Rüstzeug mit. Es freut uns, dass er sich mit grossem Tatendrang für dieses Amt zur Verfügung stellt. Es ist ihm bewusst, dass dieser Kommission mit der Überarbeitung der Bildungssteuerung grosse Änderungen bevorstehen könnten und er ist sehr gerne bereit, diesen Prozess konstruktiv zu begleiten.

Unser Dank geht auch an die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, welche diese Kandidatur unkompliziert ermöglicht haben. Schliesslich geht unser Dank auch an den Gemeinderat, welcher euch Lennart Koch zur Wahl empfiehlt. Lennart Koch selber wünschen wir jetzt schon gutes Gelingen in der Schulkommission.

## Beschluss

Lennart Koch, Wabern wird ab 17. September 2024 für den Rest der laufenden Amtsdauer, d.h. bis am 31. Juli 2026, in die Schulkommission Köniz gewählt.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigend gewählt)

PAR 2024/79

## Kreditabrechnungen

Kenntnisnahme; Direktion Präsidiales und Finanzen

### 1. Ausgangslage

Das Parlament nimmt gemäss Art. 50 Bst. G) der Gemeindeordnung die Abrechnungen über Verpflichtungskredite, die von den Stimmberechtigten oder vom Parlament bewilligt wurden, zur Kenntnis.

Der Gemeinderat beschliesst gemäss Art. 61 Bst. D) der Gemeindeordnung die Nachkredite bis Fr. 200'000.00 zu Verpflichtungskrediten der Stimmberechtigten oder des Parlaments.

Das Parlament beschliesst gemäss Art. 48 Bst. C) der Gemeindeordnung die Nachkredite über Fr. 200'000.00 zu Verpflichtungskrediten der Stimmberechtigten oder des Parlaments sowie die Nachkredite zu Verpflichtungskrediten des Gemeinderates, sofern der Gesamtbetrag (Verpflichtungskredit und Nachkredit) Fr. 220'000.00 übersteigt.

An der Parlamentssitzung vom 02.05.2011 wurden die Fristen der Abrechnungen der Kredite diskutiert, dabei wurde gewünscht das Datum des Projektabschlusses offenzulegen.

## 2. Zusammenfassung Kreditabrechnungen

Die Finanzkontrolle hat die folgenden Kreditabrechnungen geprüft:

Nr.	FK	Konto	Dir.	Objekt	Kredit	Jahr	Kosten	Abweichung	in %	NK GR	NK PAR
1	P22003	3750.5060.0059	DBS	Pilotprojekte Neue ICT-Infrastruktur an Schulen	172'500.00 <u>1'450'000.00</u> <u>1'622'500.00</u>	2013 2014	1'619'277.26	-3'222.74	-0.20		
2	P24002	2440.5010.0308	DPV	Wabern, Eichholz, Sanierung Uferweg	270'000.00	2021	267'960.49	-2'039.51	-0.76		
3	P23001	5550.5031.4332	DUB	Wabern, Grundwasserfassung Selhofen, Erneuerung Zubringerleitung	100'000.00 -20'000.00 <u>1'950'000.00</u> <u>2'030'000.00</u>	2007 2010 2013	1'406'984.55	-623'015.45	-30.69		
4	P23002	5200.5040.2100	DUB	Verlegung der Recyclingsammelstelle Bläuacker	370'000.00	2016	299'876.90	-70'123.10	-18.95		
5	P23004	5600.5032.1300	DUB	Wabern, Doppelspurausbau Frischingweg-Wabern-Kehrsatz Nord / Kanalerneuerung	34'000.00	2018	0.00	-34'000.00	-100		

Der Gemeinderat orientiert über die Daten der letzten Buchung und der Einreichung der Abrechnung bei der Finanzkontrolle als Zusatzinformation zu den obigen Abrechnungen wie folgt:

Nr.	Datum letzte Buchung	Datum Abrechnung an FK
1	27.01.2022	19.09.2023
2	17.01.2024	03.06.2024
3	01.01.2024	01.07.2024
4	23.10.2023	28.11.2023
5	Keine	21.12.2023

Es ist festzuhalten, dass die längeren Garantiefristen (bis max. 2 Jahre) zu Verzögerungen bei der Abrechnung führen. Dies erweist sich als sinnvoll.

### Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis von den Kreditabrechnungen zu folgenden Objekten:

- Pilotprojekte Neue ICT-Infrastruktur an Schulen
- Wabern, Eichholz, Sanierung Uferweg
- Wabern, Grundwasserfassung Selhofen, Erneuerung Zubringerleitung
- Verlegung der Recyclingsammelstelle Bläuacker
- Wabern, Doppelspurausbau Frischingweg-Wabern-Kehrsatz Nord / Kanalerneuerung

Köniz, 14. August 2024

Der Gemeinderat

### Beilagen

- 1) Bericht Kreditabrechnungen Kompetenz Parlament



## Diskussion

**GPK-Referent Toni Eder, Die Mitte:** Um was geht es hier? Das Parlament nimmt gemäss Art. 50 der Gemeindeordnung die Abrechnungen über Verpflichtungskredite, die von den Stimmberechtigten oder vom Parlament bewilligt wurden, zur Kenntnis. Das heute ist die erste Tranche, der Gemeinderat wird dem Parlament im November weitere Kreditabrechnungen zur Kenntnisnahme vorlegen.

Die Finanzkontrolle hat diese Kreditabrechnungen geprüft, zwei Revisionsbemerkungen gaben zur Diskussion Anlass:

- Ich zitiere zur Abrechnung Nr. 1, P22003: *"Für Ausgaben in der Höhe von CHF 982'617.26 sind keine Aufträge, Offerten, Auftragsbestätigungen etc. vorhanden. Es konnte deshalb nicht geprüft werden, ob die vereinbarten Bedingungen eingehalten wurden. Die sechsmonatige Einreichungsfrist wurde nicht eingehalten. Wir haben diese Abrechnung geprüft und mit den eben genannten Ausnahmen als richtig befunden."*
- Die zweite Revisionsbemerkung, ich zitiere: *"Die Kreditbeschlüsse bzw. -anträge wurden vom Gemeinderat/Parlament exklusive Mehrwertsteuer bewilligt, was nicht der üblichen Praxis der Gemeinde Köniz entspricht. Die Mehrwertsteuer ist in den Ausführungskosten und -einnahmen nicht enthalten. Wir haben diese Abrechnung geprüft und mit der eben erwähnten Ausnahme als richtig befunden."*

Die Revisionsbemerkung zur Kreditabrechnung Nr. 1 zeigt, dass die Prozesse nicht richtig gelaufen sind. Die Finanzkontrolle ist seit Ende 2022 daran, diesen Fall im Detail aufzuklären, dies ist aber nicht restlos gelungen. Der Kredit wurde aber immerhin eingehalten.

Die GPK hat sich in der Folge erkundigt, ob Massnahmen getroffen wurden, um solche Situationen in Zukunft zu vermeiden. Dies nochmals weiter zu untersuchen, scheint aussichtslos. Wir haben folgende Antworten zu unseren Fragen seitens Gemeindepräsidentin erhalten: In der Abteilung BSS wurde jetzt eine Stelle für die Finanzen geschaffen. Die Finanzkommission hat das Thema IKS bei der BSS auf dem Radar. Mit DigiFin können die Finanzabläufe jetzt digitalisiert und vereinfacht werden und auch die Kommunikation zwischen den Abteilungen wird verbessert. Durch die Mitberichtsverfahren können die Probleme frühzeitig erkannt werden.

Die Revisionsbemerkung zur Kreditabrechnung 1 ist gewichtig: Aufträge, Offerten, Auftragsbestätigungen zu Rechnungen von knapp CHF 1 Mio. sind nicht vorhanden. Die GPK kam daher zum Schluss, dass die Kreditabrechnung nicht einfach durchgewunken werden kann und hat den Gemeinderat beauftragt, zu Handen der GPK und der Finanzkommission darzulegen, was genau schief gelaufen ist, was bereits unternommen wurde und welche Massnahmen geplant sind, damit es in Zukunft nicht mehr zu einer solchen Situation kommt.

Zur zweiten Revisionsbemerkung bezüglich Mehrwertsteuer: Das sollte eigentlich nicht mehr passieren können. Diese Prozesse wurden bereits angepasst.

Zu den GPK-Beschlüssen:

1. Die GPK stellt fest, dass die notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Das Abstimmungsergebnis: 4 Ja-, 3 Nein-Stimmen.
2. Die GPK empfiehlt dem Parlament, die Kreditabrechnungen zur Kenntnis zu nehmen. Abstimmungsergebnis: 0 zustimmend, 5 teilweise zustimmend, 2 ablehnend.  
Dazu folgende Bemerkung: Der Antrag des Gemeinderates umfasst alle fünf Kreditabrechnungen. Es hat sich dann die Frage gestellt, ob man, wenn man mit einer Kreditabrechnung nicht einverstanden ist, mit allen anderen aber schon, man dann teilweise zustimmend zur Kenntnis nehmen kann oder ob man ablehnen muss. Wie ihr aufgrund des Abstimmungsergebnisses sehen könnt, waren wir uns in dieser Frage nicht einig.
3. Die GPK beauftragt den Gemeinderat mit einem schriftlichen Bericht zu Handen der GPK und der Finanzkommission betr. Kreditabrechnung P22003 bis Ende 2024 einzureichen. Und zwar mit folgendem Inhalt: Was ist die Ausgangslage? Was wurde bisher unternommen und welche Massnahmen sind geplant? Abstimmungsergebnis: 6 dafür, 1 Enthaltung.

**Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, David Müller, Grüne:** Wir haben es zuvor vom GPK-Referenten gehört, nicht alle diese Kredite haben gleich viel zu diskutieren gegeben. Bei der Fraktion der Grünen/Jungen Grünen, gab vor allem die Abrechnung zum Pilotprojekt "Neue ICT-Infrastruktur an Schulen" der DBS zu reden und dabei vor allem die folgenden Punkte:

1. Bei diesem Kredit über gut CHF 1.6 Mio. sind bei über der Hälfte keine Aufträge oder Offerten vorhanden, das ist schon ziemlich haarsträubend.
2. Wir haben uns gefragt, wann dieser Missstand aufgefallen ist. Der Kredit wurde im Parlament ja schliesslich schon vor über zehn Jahren bewilligt.

3. Und neben dem Fakt, dass hier wesentliche Dokumente fehlen, stellt sich somit auch die Frage, wie geht man mit diesem Fehler um, natürlich auch immer mit dem Ziel, dass dies künftig nicht mehr passiert bzw. dass möglichst rasch gehandelt wird und die potentiellen Chancen, das ganze gut aufzuarbeiten, gesteigert werden.

Unsere Fraktion begrüsst es darum auch sehr, dass die GPK einen Bericht zur Aufarbeitung dieser Geschehnisse fordert, welcher dann der GPK und der Finanzkommission zugestellt wird.

Zu den restlichen Krediten gibt es allerdings noch positiv hervorzuheben, dass der Kreditrahmen entweder sehr genau eingehalten werden konnte oder sogar unterschritten wurde. Und die diesbezüglichen Begründungen waren für uns nachvollziehbar.

Die Fraktion der Grünen/Jungen Grünen nimmt darum diese Kreditabrechnungen teilweise zustimmend zur Kenntnis.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Rahel Gall, SP Frauen:** Wir bedanken uns beim Gemeinderat für die Dokumentation zu den Kreditabrechnungen. Insbesondere begrüssen wir die Transparenz im Zusammenhang mit dieser Kreditabrechnung 1, welche ja offensichtlich zu Diskussionen geführt hat.

Auch wir von der SP haben uns - wie die GPK und andere Fraktionen - über die Situation bezüglich der Kreditabrechnung zur ICT-Infrastruktur an den Schulen gewundert. Die Tatsache, dass Unterlagen zu Offerten und Aufträgen fehlen, zeigt auf, dass es tatsächlich grössere Mängel bei den Prozessen gab. Offensichtlich wurden aber bereits Massnahmen unternommen, um zu verhindern, dass auch zukünftig bei Geschäften relevante Unterlagen fehlen. Das begrüssen wir sehr. In diesem Sinne begrüsst unsere Fraktion den Entscheid der GPK, dass der GPK und der Finanzkommission zusätzliche Informationen zur Verfügung gestellt werden. Dort ist es nicht so wichtig, retrospektiv zu schauen, was alles falsch gelaufen ist, sondern es ist uns vor allem wichtig zu hören, was bereits gemacht wurde und was noch gemacht werden wird, um ähnliche Situationen in der Zukunft zu vermeiden.

Die konsequente Umsetzung eines funktionierenden IKS ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Das IKS definiert Prozesse genau und schaut, dass es zu keinen solchen Fehlern kommt. Wichtig ist dort, dass die notwendigen Personalressourcen zur Verfügung gestellt werden, sowohl quantitativ, wie auch qualitativ. Gleichzeitig ist uns dort aber auch wichtig, dass dieses Personal nicht bei den Personalressourcen weggehen, welche sonst im BSS vorhanden sind, damit das Kerngeschäft nicht leidet.

Wir haben Fragezeichen und denken, es ist hier einiges schief gelaufen und wir erachten es als wichtig, dass man es anschaut. Gleichzeitig sollen aber Finanzen und die Prozesse immer Mittel zum Zweck sein, um das Kerngeschäft führen zu können.

Die weiteren Kreditabrechnungen sind für uns in Ordnung und unsere Fraktion stimmt dem Antrag darum teilweise zustimmend zu.

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Roland Akeret, GLP:** Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die vorliegenden Unterlagen. Meine Vorredner und meine Vorrednerinnen haben schon viel gesagt, was ich nicht wiederholen werde. Ich will aber noch auf diese Position 1 eingehen, dieses "Pilotprojekt Neue ICT-Infrastruktur an Schulen", für welches für knapp eine Million Franken weder Aufträge, noch Offerten, noch Auftragsbestätigungen vorhanden sind. Wir sind der Meinung, dass dies ein gravierender Mangel ist und wir hätten erwartet, dass zu diesem Punkt seitens des Gemeinderats eine Begründung zu lesen gewesen wäre.

In Anbetracht der Tatsache, dass die anderen vier Kredite problemlos oder grundsätzlich problemlos waren, bedauern wir, dass wir über die einzelnen Kreditabrechnungen nicht einzeln abstimmen können. Wir hätten diese gerne zustimmend zur Kenntnis genommen.

Diesen Mangel beim ersten Kredit beurteilen wir aber als so schwerwiegend, dass es für unsere Gesamtbeurteilung auch nicht für eine teilweise befriedigende Kenntnisnahme genügt. Wir nehmen deshalb die gesamte Vorlage ablehnend zur Kenntnis.

**Gemeindepräsidentin Tanja Bauer, SP:** Der GPK-Sprecher hat den Sachverhalt sehr gut dargelegt und ich erlaube mir hier zwei Ergänzungen zu machen, welche wir der GPK auch so mitgeteilt haben:

- Ich möchte noch etwas genauer auf die Situation eingehen. Der Kredit, ihr könnt es lesen, stammt aus dem Jahr 2013, ist also relativ alt. Inzwischen wurde GEVER eingeführt und das ist auch der Hauptpunkt, warum gewisse Sachen nicht mehr auffindbar waren: Dieser Systemwechsel vom Papier auf dieses Geschäftsverwaltungssystem, die elektronische Ablage und gleichzeitig noch der Personalwechsel. Die interne Finanzkontrolle hat eine ehemalige Mitarbeiterin ausfindig gemacht und konnte mit ihrer Hilfe auch Teile der Dokumente finden, aber, und das finden wir auch nicht gut, einen Teil hat man nicht mehr finden können.

Das bedeutet aber nicht, dass dies jetzt die Regel wäre, im Gegenteil, so etwas kommt ansonsten nicht vor. Das habt ihr ja auch richtig gesagt, die anderen Kreditabrechnungen sind vollständig. Ihr habt es schon erwähnt, die GPK hat uns zusätzlich nochmals Fragen zu diesem Bericht gestellt. Ich finde es auch gut, dass dies prospektiv beantwortet werden soll, eben genau weil wir wissen, dass es ein zehnjähriger Kredit ist und es sich seither massgeblich etwas geändert hat. So können wir euch die heutige Situation darstellen und nochmals zeigen, was wir heute machen, damit dies nicht wieder vorkommen kann. Dieser Bitte kommen wir sehr gerne nach und werden der GPK dies zeigen. Einige dieser Massnahmen hat der GPK-Referent ja bereits erwähnt.

- Der zweite Punkt ist, dass auch die Finanzkommission über die heutige Situation informiert ist und dass man beim IKS genau hinschaut.

Insgesamt beantrage ich euch, das ihr diese Kredite zur Kenntnis nehmt und sichere euch hier auch zu, dass die GPK die geforderten Informationen von uns sehr gerne noch bekommen wird.

## Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis von den Kreditabrechnungen zu folgenden Objekten:

- Pilotprojekte Neue ICT-Infrastruktur an Schulen
- Wabern, Eichholz, Sanierung Uferweg
- Wabern, Grundwasserfassung Selhofen, Erneuerung Zubringerleitung
- Verlegung der Recyclingsammelstelle Bläuacker
- Wabern, Doppelspurausbau Frischingweg-Wabern-Kehrsatz Nord / Kanalerneuerung

(Abstimmungsergebnis: 0 zustimmende Kenntnisnahme, 27 teilweise zustimmende Kenntnisnahme, 9 ablehnende Kenntnisnahme)

PAR 2024/80

## Rechnungsprüfung 2024 und 2025-2028, Vergabe Mandat Revisionsstelle

Beschluss, Finanzkommission

### 1. Ausgangslage

#### rechtliche Grundlagen

- Gemeindegesetz, Art. 72
- Gemeindeverordnung, Art. 122
- Gemeindeordnung, Art. 43
- Reglement für die Finanzkommission vom 14.2.2011
- Verordnung über die Finanzkontrolle vom 14.3.2007

Hauptziel der Rechnungsprüfung ist, mit geeigneten Prüfungen festzustellen, ob Buchhaltung und Jahresrechnung übereinstimmen, diese ordnungsgemäss geführt sind und sie den Vorschriften über den Finanzhaushalt entsprechen. Die Darstellung von Rechnungsergebnis und Vermögenslage sowie die Prüfung der Vollständigkeit und Rechtmässigkeit der Einnahmen, Ausgaben, Anlagen und Schulden sind weitere wichtige Ziele der Rechnungsprüfung. Das Rechnungsprüfungsorgan ist dem Gemeindeparlament unterstellt und muss verwaltungsunabhängig sein. Zuständig für die Wahl des Rechnungsprüfungsorgans in der Gemeinde Köniz ist das Parlament (Art. 43 GO). Die Finanzkommission bereitet das Geschäft vor und führt, falls notwendig, ein Vergabeverfahren durch.

Das Parlament hat am 25.5.2021 die BDO AG, Bern, mit der Weiterführung des Revisionsmandats für die Jahre 2021 – 2024 zu einem Preis von CHF 21'850/Jahr bzw. zu einem Kostendach von CHF 87'400 beauftragt.

Diese Mandatsvergabe erfolgte freihändig, da die Dienstleistungen der BDO gemäss Auskunft der internen Finanzkontrolle tadellos waren und rechtliche Abklärungen ergeben hatten, dass die Dienstleistung freihändig vergeben werden konnte. Die Niederlassung Burgdorf der BDO hat diesen Auftrag ausgeführt.

Die Finanzkommission hat an ihrer Sitzung vom 4.3.2024 beschlossen, dass das Rechnungsmandat für die Rechnungsjahre 2025-2028 in einem Einladungsverfahren ausgeschrieben wird. Folgende Firmen wurden eingeladen, eine Offerte einzureichen:

- ROD Treuhand AG, Urtenen-Schönbühl
- Engel Copera AG, Bern-Liebelfeld
- T+R AG, Gümligen
- KPMG
- EY

Brigitte Rohrbach (Mitglied der Finanzkommission vom 12.1.2024 - 31.5.2024) ist an der Sitzung vom 4.3.2024 in den Ausstand getreten, als die Finanzkommission das Vorgehen für die Vergabe des Revisionsmandats 2025-2028 beschlossen hat. Ihr Ehemann fungiert als Leiter der BDO-Niederlassung Burgdorf. Am 13.5.2024 hat das Parlament Brigitte Rohrbach per 1.6.2024 zur neuen Präsidentin der Finanzkommission gewählt als Ersatz für Matthias Stöckli, der aus dem Parlament zurückgetreten ist.

Diese neue Situation hat die BDO bewogen, ihr Mandat aufgrund einer möglichen Gefährdung ihrer Unabhängigkeit als Rechnungsprüfungsorgan vorzeitig niederzulegen. Sie hat dies in ihrem Rücktrittsschreiben vom 22.4.2024 kommuniziert. Die BDO wird somit für die Prüfung der Rechnung 2024 nicht mehr zur Verfügung stehen. Zu diesem Zeitpunkt war das Einladungsverfahren für das Revisionsmandat 2025-2028 bereits angelaufen. Die Finanzkommission entschied sich deshalb dafür, das Mandat für die einmalige Rechnungsprüfung 2024 freihändig auszuschreiben.

## **2. Ausschreibung einmalige Rechnungsprüfung 2024**

Auf die Einladung zur Offertstellung für die einmalige Rechnungsprüfung 2024 ist einzig die Offerte der Firma Ernst & Young eingegangen. Die Finanzkommission hat an ihrer Sitzung vom 3. Juni 2024 entschieden, dass Ernst & Young nicht als Rechnungsprüfungsorgan für das Jahr 2024 berücksichtigt werden kann, da der Offert-Preis aufgrund der Berechnung des Eigenaufwands ausserordentlich hoch ausfällt. Zudem hat sie die Leiterin der Finanzkontrolle damit beauftragt, die Firma, welche für das Mandat für die Rechnungsprüfung 2025-2028 vorgeschlagen wird, anzufragen, ob sie die Rechnungsprüfung 2024 zusätzlich übernehmen kann.

## **3. Einladungsverfahren Rechnungsprüfung 2025-2028**

Die Finanzkommission hat im Rahmen des Einladungsverfahrens für die Rechnungsprüfung 2025-2028 eine einzige Offerte der Firma ROD Treuhand AG erhalten. Die vier weiteren angeschriebenen Firmen haben mitgeteilt, dass sie auf die Teilnahme am Einladungsverfahren verzichten. Als Gründe für den Verzicht wurden die hohe Gewichtung des Zuschlagkriteriums "Angebotspreis", Fachkräftemangel bzw. Ressourcenknappheit oder Rückzug aus diesem Prüfungsbereich, genannt.

Die ROD Treuhand AG offeriert der Gemeinde Köniz die vierjährige Rechnungsrevision von 2025 bis 2028 zum Preis von CHF 24'000.00/Jahr (Kostendach). Darin eingeschlossen sind das Honorar für Arbeitsleistung, die Auslagen und Spesen sowie die Mehrwertsteuer.

Die eingegangene Offerte wurde im Beisein der Präsidentin der Finanzkommission und der Leiterin der Finanzkontrolle geöffnet und geprüft. Die Leiterin der Finanzkontrolle hat ausserdem die Nachweise geprüft und der Finanzkommission eine Empfehlung für die Mandatsvergabe unterbreitet.

#### 4. Wahl Rechnungsprüfungsorgan 2024 und 2025-2028

Die Finanzkommission hat an ihrer Sitzung vom 3. Juni 2024 die Empfehlung der Finanzkontrolle diskutiert und beschlossen, die Firma ROD Treuhand AG dem Parlament als Revisionsstelle 2025-2028 vorzuschlagen.

Die ROD Treuhand AG hat die Anfrage für die zusätzliche Rechnungsprüfung für das Jahr 2024 (siehe Ausführungen unter Punkt 2 "Ausschreibung einmalige Rechnungsprüfung 2024") angenommen. Sie ist bereit, die Rechnungsprüfung 2024 zu übernehmen zu den gleichen Bedingungen wie für die Rechnungsprüfungen 2025-2028.

Die Finanzkommission hat am 13. Juni 2024 via Zirkularbeschluss entschieden, dass sie dem Parlament die Firma ROD Treuhand AG als Rechnungsprüfungsorgan für die Jahre 2024 und 2025-2028 empfiehlt.

#### 5. Stellungnahme Gemeinderat

Das Geschäft wurde dem Gemeinderat unterbreitet. Er ist mit dem Antrag der Finanzkommission einverstanden.

#### Antrag

Die Finanzkommission beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Als Rechnungsprüfungsorgan für die Jahresrechnungen 2025-2028 wird die Firma ROD Treuhand AG, Urtenen-Schönbühl, gewählt.
2. Der Auftrag wird an die Firma ROD Treuhand AG gemäss Offerte zum Preis von CHF 24'000.00/Jahr (Kostendach) inkl. Spesen und Mehrwertsteuer zu Lasten Konto Nr. 1000.3132.70 vergeben.
3. Als Rechnungsprüfungsorgan für die Jahresrechnung 2024 wird die Firma ROD Treuhand AG, Urtenen-Schönbühl, gewählt.

Der Auftrag wird an die Firma ROD Treuhand AG zu den gleichen Bedingungen wie für die Rechnungsprüfungen 2025-2028 zum Preis von CHF 24'000.00 (Kostendach) inkl. Spesen und Mehrwertsteuer zu Lasten Konto Nr. 1000.3132.70 vergeben.

Köniz, 13.08.2024

Die Finanzkommission

#### Beilagen

- Rücktrittsschreiben BDO vom 22.4.2024
- Stellungnahme des Gemeinderates vom 7.8.2024

#### Diskussion

**Präsidentin Finanzkommission, Brigitte Rohrbach, SP Frauen:** Das Parlament ist für die Wahl des Rechnungsprüfungsorgans zuständig. Die wesentlichen Fakten zum Auswahlverfahren sind im Parlamentsantrag dokumentiert. Die Finanzkommission dankt in diesem Zusammenhang der Fachstelle Parlament für die Aufbereitung der Unterlagen. Seit 2017 führte die BDO AG die Prüfung zur Jahresrechnung durch. Bei den Schlussbesprechungen war das Finanzkommissionspräsidium standardmässig dabei.

Gemäss den anwesenden Personen kann gesagt werden, dass die BDO AG jeweils eine seriöse und professionelle Arbeit abgeliefert hat. Aufgrund der bereits langen Revisionsdauer durch die BDO AG hat die Finanzkommission im Frühling 2024 beschlossen, für die kommende Periode von 2025 bis 2028 ein Einladungsverfahren durchzuführen. Dabei legte sie die zum Offertverfahren eingeladenen Firmen fest. Durch den Einsitz von mir in der Finanzkommission wurde dabei die BDO AG nicht mehr zum Offertverfahren eingeladen. Dies steht aber in keinem Zusammenhang zur abgelieferten Arbeit. Die Zusammenarbeit zwischen der Revisionsstelle, der internen Finanzkontrolle und der Finanzkommission funktionierte einwandfrei.

Durch den Rücktritt von Matthias Stöckli aus dem Könizer Parlament wurde ich als Ersatz zur Präsidentin der Finanzkommission gewählt. Aufgrund meiner familiären Situation und der dadurch möglichen Gefährdung der Unabhängigkeit des Rechnungsprüfungsorgans hat die BDO AG entschieden das Mandat per Ende 2023 vorzeitig niederzulegen. Die Finanzkommission hat daraufhin ihrerseits entschieden, das Mandat für das Jahr 2024 freihändig auszuschreiben.

Im Rahmen des Einladungsverfahrens für die Rechnungsprüfung 2025–2028 wurde eine einzige Offerte durch die Firma ROD Treuhand AG eingereicht. Die Offerte deckt sich im Umfang mit den bisherigen Arbeiten der BDO AG und liegt teuerungsbereinigt im Rahmen der bisherigen Kosten. Obwohl die Kompetenz für die Wahl des Rechnungsprüfungsorgans beim Parlament liegt, wurde der Gemeinderat um eine Stellungnahme gebeten. Er ist mit dem Vorschlag der Finanzkommission einverstanden.

Für die einmalige Rechnungsprüfung 2024 ging ebenfalls eine Offerte ein. Sowohl der offerierte Preis als auch die geplante Zusammenarbeit mit der internen Finanzkontrolle erachtete die Finanzkommission als unbefriedigend und lehnte daher eine entsprechende Vergabe ab. Die Finanzkommission hat entschieden, die bereits genannte Firma ROD Treuhand AG anzufragen, ob sie allenfalls bereits die Rechnungsprüfung 2024 zu denselben offerierten Konditionen übernehmen könnte. Die Firma ROD Treuhand AG hat diese Anfrage positiv beantwortet.

Aus den erwähnten Gründen beantragt die Finanzkommission dem Parlament einstimmig, die Firma ROD Treuhand AG sowohl für die Rechnungsprüfung 2024 wie auch für die Rechnungsprüfung 2025–2028 gemäss den Anträgen im Parlamentsantrag zu wählen. Wie bitten das Parlament, unseren Anträgen zu folgen.

## Beschluss

1. Als Rechnungsprüfungsorgan für die Jahresrechnungen 2025-2028 wird die Firma ROD Treuhand AG, Urtenen-Schönbühl, gewählt.
2. Der Auftrag wird an die Firma ROD Treuhand AG gemäss Offerte zum Preis von CHF 24'000.00/Jahr (Kostendach) inkl. Spesen und Mehrwertsteuer zu Lasten Konto Nr. 1000.3132.70 vergeben.
3. Als Rechnungsprüfungsorgan für die Jahresrechnung 2024 wird die Firma ROD Treuhand AG, Urtenen-Schönbühl, gewählt.
4. Der Auftrag wird an die Firma ROD Treuhand AG zu den gleichen Bedingungen wie für die Rechnungsprüfungen 2025-2028 zum Preis von CHF 24'000.00 (Kostendach) inkl. Spesen und Mehrwertsteuer zu Lasten Konto Nr. 1000.3132.70 vergeben.

(Abstimmungsergebnis: stilschweigende Zustimmung)

PAR 2024/81

**Wasserversorgung; Komplettersatz und Modernisierung Kaltwasserzähler**

Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe

**1. Einleitung und Ausgangslage**

Die Gemeinde Köniz betreibt 6'500 Kaltwasserzähler. Bis dato setzt die Wasserversorgung (WV) für die Ermittlung des Wasserverbrauchs<sup>1</sup> sogenannte mechanische Kaltwasserzähler ein. Bei einem Defekt oder einer offensichtlichen Fehlmessung wurde der Kaltwasserzähler bislang durch einen baugleichen, zu Lasten der Erfolgsrechnung, ersetzt. Die bis anhin mechanisch angetriebenen Kaltwasserzähler sollen nun durch statische<sup>2</sup>, fernauslesbare<sup>3</sup> Kaltwasserzähler ersetzt werden. Dazu hat die WV Köniz eine Submission im "offenen Verfahren" durchgeführt. Vier Angebote sind eingegangen und konnten ausgewertet werden. Der aktuell jährlich stattfindende Ableseprozess erfolgt neu via digitale Fernauslesung (drive-by). Der Ableseprozess kann so – ohne Beeinträchtigung der Kunden - mittels einem im Nahbereich (ca. 100m) befindlichen Lesegerät (Tablet) bspw. aus einem Fahrzeug heraus passieren. Damit der Datenschutz sichergestellt ist, wird die Zählernummer und der Zählerstand – 256-Bit verschlüsselt – übertragen.

Die WV Köniz hat nach der Übernahme der Aufgaben der Wasserversorgung für die Gemeinde Oberbalm bereits per 2016 ca. 230 digitale Kaltwasserzähler (statische und fernauslesbare) erfolgreich im Einsatz.

**2. Investition in die Zukunft**

Wasser ist ein kostbares Gut, dessen Nutzung mit Bedacht erfolgen muss. Um auch weiterhin eine sichere und effiziente Versorgung mit Trinkwasser zu gewährleisten, ist eine Umstellung auf eine neue Technologie unabdingbar. Die Lebensdauer der bisherigen Kaltwasserzähler beträgt in etwa 15 Jahre. Während dieser Zeit ist die präzise Verbrauchsmessung garantiert. Ist die Lebensdauer überschritten, müssen aufgrund von Abnutzung des mechanischen Laufwerks, Fehlmessungen – leider immer zu Lasten der WV Köniz – in Kauf genommen werden. Die installierten Kaltwasserzähler entsprechen somit nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik.

Im Rahmen einer zukunftsorientierten Investition ist die Umstellung der mechanischen Kaltwasserzähler auf digitale Modelle (statische und fernauslesbare) vorgesehen. Die digitalen Kaltwasserzähler arbeiten mit Ultraschall-Technologie. Der direkte Kontakt des Zählwerks mit dem Wasser wird dadurch vermieden, was dazu führt, dass keine mechanischen Teile mehr abgenutzt werden. Ausserdem sorgt die Ultraschall-Technologie für eine zuverlässigere, qualitativ präzisere Messung. Dadurch werden ungenaue Messungen und Betrug durch das Zurückstellen des Zählerwerks ausgeschlossen. Die neuen digitalen Kaltwasserzähler haben eine garantierte Lebensdauer von 15 Jahren.

Die bisherigen Kaltwasserzähler können nur direkt vor Ort – am Zähler selber – abgelesen werden. Der Einbau der neuen, digitalen Kaltwasserzähler hat den Vorteil, dass für die Ablesung nicht mehr direkt vor dem Zähler gestanden werden muss. Es genügt, sich im Umkreis von ca. 100 Metern des Zählers aufzuhalten. Es ist nicht mehr erforderlich, dass der Eigentümer, die Mieter oder der Hauswart dem Ablesepersonal Zutritt zum Kaltwasserzähler also ins Gebäude gewährt. Die Ablesung erfolgt effizient im Vorbeifahren mittels Empfänger (Tablet) im Fahrzeug (drive-by). Die Arbeitsprozesse werden dadurch erheblich erleichtert. Die aufwendige und zeitraubende Terminabsprache entfällt. Ein weiterer Vorteil ist die exakte Stichtag-Ablesung von grösseren Gebieten. Des Weiteren kann der gesamte Prozess von der Datenerhebung bis zur Rechnungsstellung digital abgewickelt werden. Die digitale Ablesung der Kaltwasserzähler ermöglicht zudem eine bessere Übersicht über den Verbrauch von Jahr zu Jahr, da keine fehlenden Zählerstände mehr durch die WV Köniz eingeschätzt werden müssen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, auch kleinere, sonst unerkannte Leckagen oder Wasserrohrbrüche zu erkennen. Auch dies stellt eine willkommene Massnahme zur Minimierung des Wasserverlusts dar.

<sup>1</sup> **Wasserverbrauch:** der ermittelte Verbrauch wird auch für die Verrechnung der Abwassergebühren genutzt.

<sup>2</sup> **statisch:** der Zähler hat zur Messung des Durchflusses keine beweglichen Teile (Zahnrad) im Wasserfluss mehr und misst daher – vor allem kleine Bezugsmengen – präziser.

<sup>3</sup> **fernauslesbar:** der Zähler kann ohne Zugang zur Messtelle / zum Gebäude (drive-by) abgelesen werden.

Der Austausch der Kaltwasserzähler wird vorwiegend durch eigenes Personal durchgeführt, wodurch saisonale Schwankungen in der Arbeitsauslastung besser ausgeglichen werden können. Der Ausgleich ist insbesondere in den Wintermonaten von Vorteil. Last but not least unterstützt der digitale Kaltwasserzähler die Umsetzung des Legislatur Zieles "*Digitalisierung weiter vorantreiben (Mensch, Technik, Organisation)*".

### 3. Finanzen

In der IAFP2025 sind Ausgaben von CHF 1'600'000.00 bis 2028 geplant und auf die Jahre 2025 bis 2028 wie folgt verteilt:

2025	2026	2027	2028
400'000.00	400'000.00	400'000.00	400'000.00

Die Ausgaben – zu Lasten der Investitionsrechnung (IR; Konto-Nr. 5550.5061.2422) – setzen sich aus den untenstehenden Komponenten zusammen:

- Beschaffung der Kaltwasserzähler (gemäss öffentlicher Ausschreibung)
- EDV-Support beim Austausch
- Eigenleistungen der Mitarbeiter der WV Köniz für den Austausch und die administrative Begleitung

Die Übersicht:

	Betrag	Genauigkeit
Beschaffung	CHF 850'000.00	+/- 5%
EDV-Support	CHF 50'000.00	+/- 5%
Zwischensumme	CHF 900'000.00	+/- 5%
Eigenleistungen	CHF 1'657'500.00 (19'500 Std. x CHF/Std. 85.00)	+/- 20%

Die "CHF-Angaben" basieren auf realen Angeboten.

Kommentare zu den einzelnen Positionen:

**Beschaffung:**

An der Submission der WV Köniz für die Beschaffung (Lieferung) im Frühsommer 2024 haben vier Lieferanten teilgenommen. Die Angebote sind ausgewertet und erfreulicherweise alle unter dem geplanten Ausgabenniveau (siehe IAFP2025). Die Arbeitsvergabe kann, nach der Genehmigung des Geschäftes durch das Parlament, sofort passieren. Terminlich ist geplant, dass der Austausch ab Herbst/Winter 2024/2025 startet und bis ca. Ende 2028 dauern wird.

**EDV-Support:**

Der Austauschprozess wird durch EDV unterstützt. Dazu wird eine Software erweitert, welche bereits heute für den Austausch einzelner, defekter Zähler genutzt wird.

**Eigenleistungen:**

Die geplanten Eigenleistungen gehen davon aus, dass im Projektzeitraum bis Ende 2028 im Durchschnitt pro Zählerwechsel drei Arbeitsstunden zu leisten sind. Ein relevanter Teil der Eigenleistungen ist die Vorbereitung und Information der Kunden. Der Austausch soll mit eigenen Personalressourcen – vor allem in der etwas flauerer Wintersaison – geleistet werden. Dazu werden – temporär – andere Aufgaben wie bspw. die Wartung und Instandstellung von Hydranten zurückgestellt. Dies ist vertretbar und geht ohne Qualitätsreduktion.



#### 4. Termine

Die Umsetzung wird in folgende Phasen aufgeteilt:

Phase	2024	2025	2026	2027	2028
Beschluss Parlament / Vorbereitung					
Test-/Pilotphase					
Auswertung/Optimierung Test/Pilotphase					
Rollout					

Nach der Vertragsunterzeichnung mit dem definierten Lieferanten der Kaltwasserzähler wird in der ersten Wintersaison die Test-/Pilotphase durchgeführt. Diese erste Phase wird im Frühjahr 2025 (ab April bis Ende Mai) ausgewertet und aufgearbeitet. Der Hauptfokus liegt auf der Optimierung/Anpassung der definierten Austauschprozesse und dem Zusammenspiel der unterstützenden Software. Aufgrund der Resultate werden die Prozesse sowie allenfalls die geplanten Mittel/Ressourcen angepasst. Zielsetzung ist der Austausch von 1500 Kaltwasserzähler pro Saison und der Projektabschluss per Ende 2028.

#### 5. Folgen bei Ablehnung

Bei einer Ablehnung bleibt alles beim Alten. Die mechanischen Zähler werden bei Defekt oder altersbedingt weiterhin Stück für Stück – via Erfolgsrechnung – ausgetauscht. Die geplante Effizienzsteigerung im Ableseprozess (Digitalisierung) kann nicht realisiert werden. Im Gegenteil, der Zugang zum Kaltwasserzähler bzw. zum Gebäude wird von Jahr zu Jahr – aufgrund der sich verändernden Rahmenbedingung – schwieriger. Bereits heute müssen die "Ableser" bei ¼ der Haushalte eine Karte zur Selbstablesung deponieren. Die Aufwendungen für den Ableseprozess werden weiter steigen und die Qualität wird – aufgrund der händischen Übertragungen – sinken. Die angestrebte Digitalisierung wird – an diesem "Ort" – nicht stattfinden. Der Beitrag zum Legislaturziel "*Digitalisierung weiter vorantreiben (Mensch, Technik, Organisation)*" entfällt.

#### Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Parlament bewilligt für den Komplettersatz und die Modernisierung der Kaltwasserzähler den Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 2'557'500.00 zu Lasten Konto-Nr.: 5550.5061.2422 "Zählerersatz durch Zähler mit Fernauslesung", beinhaltend
  - a. CHF 900'000.00 (zuzüglich allfälliger Teuerung, inkl. MwSt.) für den Zählerersatz durch Zähler mit Fernauslesung.
  - b. CHF 1'657'500.00 (19'500 Std. x CHF/Std. 85.00, mehrwertsteuerfrei) für die internen Leistungen der Abteilung Gemeindebetriebe, Dienstzweig Wasserversorgung für den Einbau von Kaltwasserzählern durch eigenes Personal.

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Köniz, 15. August 2024

Der Gemeinderat

#### Beilagen

- 1) Folgekosten

## Diskussion

**GPK-Referentin, Sandra Röthlisberger, GLP:** Die GPK stellt einstimmig fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Ich danke den Gemeinderäten und den Fachleuten für die Vorbereitung des Geschäfts und die fachkompetente Beantwortung der Fragen.

- Was ist die Sachlage? Vor uns liegt ein Beschlussantrag zur Erneuerung der Wasserzähler. In jedem Gebäude sind Wasserzähler eingebaut. Die Gemeindebetriebe sind zuständig für die Wasserlieferung und die Qualität bis zu dieser Schnittstelle sowie für die Abrechnung. Die bestehenden Wasserzähler sind mechanisch. Die Genauigkeit der Messwerte lässt nach, der Wartungsaufwand steigt und die Ablesung gestaltet sich immer aufwändiger. Die technologische Entwicklung andererseits schreitet voran. Die neuen Wasserzähler sind digital. Der Wasserverbrauch wird mit einem Sensor gemessen.
- Was ist der Vorteil der neuen Technologie? Die Messwerte sind genauer, das ermöglicht eine gerechtere Abrechnung. Es wird so viel Wasser verrechnet, wie gebraucht wird. Die gesammelten Daten ermöglichen eine bessere Analyse des Wasserverbrauchs und ein Leck wird so frühzeitig erkannt. Die automatische Ablesung mit Drive-by-Verfahren spart Zeit.
- Zu den finanziellen Aspekten: Es handelt sich um eine Spezialfinanzierung. Die Wasserversorgung ist gebührenfinanziert. Das ist im Antrag nicht explizit erwähnt. Die Investitionskosten von CHF 2'557'500 sind beträchtlich. Im IAFP sind lediglich CHF 1.6 Mio. eingestellt. Die Eigenleistungen wurden nicht berücksichtigt. Dazu komme ich später noch.  
Die höheren Anfangskosten sind durch langfristige Einsparungen bei Wartung und Betrieb gerechtfertigt. Heute sind Leute im Stundenaufwand mit Ablesen beschäftigt. Diese kommen künftig nicht mehr zum Einsatz. Der Effizienzgewinn kann zusätzlich bei der Erhöhung der Serviceleistung, bei der Kapazitätssteigerung bei Wachstum und als Ressourcengewinn für Innovation eingesetzt werden. Die genaue Auswirkung ist aktuell nicht bezifferbar. Klar ist: Die Wasserversorgung ist gebührenfinanziert, die Gebühren entsprechen dem effektiven Aufwand. Eine Effizienzsteigerung wirkt sich somit positiv auf die Betriebskosten aus.
- Ein kleiner Exkurs zu den Eigenleistungen: Der Einbau der Wasserzähler wird in Eigenleistung erbracht. Vorteile: Das Know-how bleibt im Betrieb, die Gemeindebetriebe sind im direkten Kontakt mit ihren Kundinnen und Kunden und die Identifikation der Mitarbeitenden mit dem Produkt "Wasser" steigt. Der Personalbestand muss nicht aufgestockt werden, dank langfristiger Planung über vier Jahre und saisonalem Ausgleich. Die Aktivierung der Eigenleistungen bei Investitionsprojekten ist eine Kantonale Vorgabe. Die Werkarbeiten von CHF 1.67 Mio. sind Teil der Gesamtprojektkosten. Hierbei handelt es sich um eine Schätzung des Stundenaufwandes. Wem dies nun zu kompliziert wird: Die Löhne werden nicht doppelt ausbezahlt. Würden die Arbeiten durch Externe erbracht, wären diese Kosten auch im Kreditantrag. Es geht also um eine Vollkostenbetrachtung und diese Praxis muss sich nun auch in anderen Projekten etablieren. Bei Planungsleistungen werden pauschal immer 10% der Bausumme als Eigenleistung aktiviert. Wenn Werkleistungen erbracht werden, müssen diese Kosten korrekt ausgewiesen werden. Der Gemeinderat passt die interne ständige Weisung entsprechend an.
- Noch zur Beschaffung: Die Gemeinde Köniz erbringt die Wasserversorgung für die Gemeinde Oberbalm. In Oberbalm läuft bereits ein Testbetrieb mit den neuen Wasserzählern mit Erfolg - aus dieser Erfahrung kann man schöpfen. Die verwendete EDV-Software hat die Auswahl an kompatiblen Kaltwasserzählern in der Submission nicht eingeschränkt. Die Ausschreibung hat das preiswerteste Produkt, das heisst die Qualität/Preis, hervorgebracht.
- Fazit – etwas platt formuliert: Die Zeiten der mechanischen Zähler sind gezählt.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, mit einer Enthaltung, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Jürg Mosimann, Die Mitte:** Um es vorweg zu nehmen, wir von der EVP-GLP-Mitte-Fraktion stimmen dem Antrag grossmehrheitlich zu. Bald gibt es vielleicht keine nicht digitalen Zähler mehr. Mit den geplanten Eigenleistungen zum Einbau ist es gut möglich, dass die Kultur im Betrieb der Abteilung gestärkt wird.

Wir finden es allerdings schade, dass man im Antrag nicht sieht, dass der Kredit aus der Spezialfinanzierung kommt und dass das Geld dort dann weg ist. Darum zwei Fragen an den Gemeinderat:

1. Wird das Alter des Leitungsnetzes trotzdem reduziert? Wie ist man dort mit dem Ersatz dieser Leitungen im Boden unterwegs? Und hat es dann noch genügend Geld, um diese nicht-digitalen Wasserrohre im Boden zu ersetzen?
2. Sind die Tarife noch richtig eingestellt oder ist eine Tarifänderung in Planung?

**Fraktionssprecher SP/JUSO, Urs Mumenthaler, SP Männer:** Die SP/JUSO-Fraktion hatte anfangs einige Fragezeichen bei diesem Geschäft. Wie wird das finanziert und weshalb muss das überhaupt die Gemeinde bezahlen? Und inwiefern wirkt sich der Austausch des Wasserzählers auf die Wasserversorgung selbst aus?

Durch die Antworten der GPK konnten die anfänglichen Zweifel ausgeräumt werden. Die Gemeinde ist dazu verpflichtet, die Wasserzähler zur Verfügung zu stellen und ist deshalb auch für die Umstellung verantwortlich. An der Versorgungssicherheit ändert sich nichts. Die geplante Umsetzung - Test und Pilotphase, Evaluierung und Optimierungen und das Rollout – sehen wir als gute Ausgangslage, um einen reibungslosen Austauschprozess der Wasserzähler zu gewährleisten und um auch die Einführung der Software sicherstellen zu können.

Auch die geplante Eigenleistung sehen wir als Vorteil für die Gemeinde: So können die Erkenntnisse aus dem Einbau im Projekt und in der anschließenden Wartung kontinuierlich optimiert werden. Die neuen Zähler sind ein technologischer Fortschritt, der einige gewichtige Vorteile mit sich bringt. Allerdings ist uns wichtig, dass die Chancen dieser Technologie nicht nur genutzt werden, um Kosten in der Verwaltung zu sparen oder gar Personal abzubauen. Der SP/JUSO-Fraktion ist es wichtig, dass auch die Bevölkerung von den Vorteilen der Digitalisierung profitiert. Ihr ist es deshalb ein grosses Anliegen, dass die Verbrauchsdaten auch dem Kunden zur Verfügung gestellt werden, damit dieser seinen Verbrauch optimieren kann. So wie dies mit der Digitalisierung des Stromzählers mit Smart Meter der Fall ist. Denn nur wenn wir wissen, was wir verbrauchen, können wir auch gezielt Ressourcen sparen, die Umwelt schonen und das eigene Portemonnaie entlasten. Eine jährliche Abrechnung erfüllt dies nicht. Der Smart Meter als Beispiel, erlaubt ein Energiemonitoring praktisch in Echtzeit.

Unter dem Strich unterstützen wir diese Umstellung und die SP/JUSO-Fraktion wird dem beantragten Verpflichtungskredit einstimmig zustimmen.

**Casimir von Arx, GLP:** Nur kurz, ich habe ein allgemeines Anliegen an den Gemeinderat, welches ich auch bei den Traktanden 7, 9 oder 10 hätte vorbringen können:

Wir bekommen bei Kreditgeschäften immer gegen Ende der Unterlagen diese gelbe Tabelle, aus welcher man die Folgekosten sieht. Und seit geraumer Zeit folgt nach dieser Tabelle eine weitere Tabelle über die Anlagekategorie und die Nutzungsdauer. Das ist grundsätzlich eine sehr nützliche Tabelle, auf welcher man die Abschreibungsdauer sieht. Jetzt ist das Problem, wenn ihr zum Beispiel bei diesem Geschäft schaut – ihr findet diese auf den pdf-Seiten 6 bis 11 – dass diese ist dort völlig "zerrissen" ist, mit verschiedenen Spalten zu den gleichen Zeilen, welche auf verschiedenen Seiten sind. Diese Art der Darstellung reduziert leider den Wert dieser Tabelle deutlich. Mein Anliegen an den Gemeinderat wäre, dass man hier für künftige Geschäfte die Formatierung einmal anpassen würde, damit diese anständig auf einer pdf-Seite dargestellt wird. Man kann dort im Excel und im Seitenlayout die entsprechenden Einstellungen vornehmen.

**Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne:** Zuerst vielen Dank für die gute Aufnahme und danke dir, Sandra Röthlisberger, für die sehr gute Zusammenfassung. Dadurch kann ich es, wie dies die Parlamentspräsidentin gewünscht hat, kurz halten.

Du hast etwas von der Effizienz gesagt. Diese fernablesbaren Wasserzähler ermöglichen es uns effizienter zu werden, das ist so. In diesem Folgekostenformular - welches jetzt Casimir von Arx beanstandet hat - könnt ihr sehen, dass man hier damit rechnet, dass man jährlich rund CHF 10'000 an Ablesekosten einspart. Die Ableser, welche im Stundenlohn einzeln von Haus zu Haus gehen und dort häufig niemanden antreffen, diese können wir zukünftig einsparen, dies ist auch nicht mehr zeitgemäss.

Dann zu Jürg Mosimann, du hast gefragt, wenn man jetzt hier so viel in diese Wasserzähler investiert, ob dann noch genügend Geld für Investitionen ins Leitungsnetz übrig bleibt, damit dieses nicht immer älter wird. Ja, das ist so, wir haben noch genügend Geld auf der Seite, denn – und das wäre deine zweite Frage gewesen – wir haben ja die Wassergebühren im vergangenen Oktober erhöht. In dieser Tarifierhöhung war dies eingerechnet, denn das mussten wir machen, damit wir uns diese notwendigen Investitionen ins Leitungsnetz leisten können, um zumindest das Leitungsalter halten zu können. Doch dazu gehören natürlich auch die Wasserzähler, die mechanischen Wasserzähler, welche jetzt drin sind. Diese haben ihr Alter auch bereits erreicht, wenn nicht bereits überschritten und diese gehören genauso zur Erneuerung unseres Leitungsnetzes. Und die neuen Wasserzähler messen das Wasser genau und nicht wie die mechanischen, welche gegen Ende der Lebensdauer etwas weniger zählen, weil das Rädchen, welches darin ist, langsam nicht mehr so gut dreht. Von daher kommt dies auch der Wasserversorgung und der Einnahmenseite zu Gute.

Dann noch zu Urs Mumenthaler, du hattest auch noch einige Bemerkungen und Fragen. Vor allem, ob wir diese Verbrauchsdaten, welche die neuen Zähler genauer erfassen, ob diese der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Bei den einzelnen Haushalten ist dies nicht vorgesehen, es gibt dort lediglich diese jährliche Ablesung und dort sieht man natürlich von Jahr zu Jahr, wie der Wasserverbrauch ist. Aber bei den grossen Firmen, welche wirklich grosse Wasserzähler haben, diese verlangen das und dort ist das vorgesehen. Und das können diese Zähler auch, dass man dort direkt die Verbrauchsdaten in relativ kurzen Zeitabschnitten rauslesen kann. Dort ist dies gewährleistet. In den privaten Haushalten wäre es zwar theoretisch möglich, aber etwas schwierig umzusetzen.

Und wegen dem Folgekostenformular, Casimir von Arx, da ärgere ich mich auch immer wieder über diese Formatierung. Vielleicht wäre das etwas für den Stab oder die Parlamentsdienste, dass man das dort etwas besser formatiert. Vielleicht liegt es auch bei der Finanzabteilung - ich weiss es nicht. Aber jetzt ist es öffentlich und wir nehmen uns dem an.

## Beschluss

1. Das Parlament bewilligt für den Komplettersatz und die Modernisierung der Kaltwasserzähler den Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 2'557'500.00 zu Lasten Konto-Nr.: 5550.5061.2422 "Zählerersatz durch Zähler mit Fernauslesung", beinhaltend
  - a. CHF 900'000.00 (zuzüglich allfälliger Teuerung, inkl. MwSt.) für den Zählerersatz durch Zähler mit Fernauslesung.
  - b. CHF 1'657'500.00 (19'500 Std. x CHF/Std. 85.00, mehrwertsteuerfrei) für die internen Leistungen der Abteilung Gemeindebetriebe, Dienstzweig Wasserversorgung für den Einbau von Kaltwasserzählern durch eigenes Personal.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

PAR 2024/82

## Wärmeverbund Bern-Wabern, Anschluss Gemeindelienschaften

Kredit; Direktion Umwelt und Betriebe, Direktion Sicherheit und Liegenschaften

### 1. Ausgangslage

Energie Wasser Bern (ewb) plant für die dichten Siedlungsgebiete von Wabern und Gebiete in der angrenzenden Stadt Bern einen Wärmeverbund, der grösstenteils (mind. 80 %) mit erneuerbaren Energien betrieben wird. Das Parlament wurde am 22. August 2022 im Rahmen des Geschäfts ["Wärmeverbund Wabern-Bern, Eventualverpflichtung Projektierung"](#) über das Vorhaben informiert. Der beantragte "Eventualverpflichtungskredit" wurde vom Parlament genehmigt.

Im Perimeter des geplanten Wärmeverbundes befinden sich mehrere gemeindeeigene Gebäude, die sich für den Anschluss an den Wärmeverbund eignen. Für einen raschen Anschluss, d.h. sobald der Verbund in Betrieb ist, eignen sich das Schulhaus Wabern Dorf, das Schulhaus Morillon (Altbau) und die Villa Bernau. Mit dem Anschluss an den Wärmeverbund leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Gemeindeverwaltung. Nachfolgend wird kurz auf den Handlungsbedarf bezüglich Heizung eingegangen.

### 2. Geeignete Objekte für einen Anschluss gemäss Antrag

#### Schulhaus Wabern Dorf

Das Schulhaus und die Turnhalle mit ihren 4'555m<sup>2</sup> Energiebezugsfläche (EBF) werden aktuell mit einer Holzschnitzelheizung (Jg. 2009) beheizt. Von Seiten Immissionsschutz Kanton Bern steht für die Heizungsanlage eine Sanierungsverfügung an.

Sie hat den Staubemissionsgrenzwert überschritten und muss bis spätestens 2029 saniert werden. Der Anschluss an den Wärmeverbund Bern-Wabern ist deshalb eine gute Lösung. Die erste Wärmelieferung würde voraussichtlich zwischen 2029 und 2031 erfolgen, sofern entsprechenden Bewilligungen erteilt, die hierfür notwendigen Anlagen und Leitungen erstellt, sowie die Inbetriebnahme erfolgreich umgesetzt werden konnte.

Der 1:1-Ersatz mit einer neuen Holzschnitzelheizung ist aufgrund des hohen Wartungsaufwandes und den regelmässigen Lieferungen auf das Schulgelände nicht zu empfehlen.

Eine Wärmepumpenlösung ist aufgrund der örtlichen Begebenheiten und des Alters der Gebäude nur schwierig umzusetzen. Die Räumlichkeiten für die Heizung und das Holzschnitzellager könnten zudem vom Schulbetrieb anderweitig benutzt werden.

#### Schulhaus Morillon (Altbau)

Das Schulhaus Morillon, die Turnhalle und die Aula mit ihren knapp 6'000m<sup>2</sup> EBF werden aktuell mit Erdgas beheizt. Als Notheizung wurde damals auch noch ein Ölkessel eingebaut. Damit gehört die Schulanlage Morillon zu den grössten CO<sub>2</sub>-Emittenten im Portfolio der Gemeindeverwaltung. Der Ersatz des Erdgaskessels (Jg. 2002, 200kW) mit dem Anschluss an den Wärmeverbund Bern-Wabern ist deshalb angezeigt. Die erste Wärmelieferung würde voraussichtlich zwischen 2028 und 2030 erfolgen.

Eine eigene Wärmepumpenlösung ist aufgrund der örtlichen Begebenheiten und des Alters der Gebäude nur schwierig umzusetzen. Die Räumlichkeiten für die Heizung und die Heizöltanks könnten zudem vom Schulbetrieb anderweitig benutzt werden

#### Villa Bernau

Die Villa Bernau und das Nebengebäude ("Chalet") werden aktuell ebenfalls mit Erdgas beheizt. Die Gasheizkessel (Jg. 2001, 80kW) kommen langsam an ihr Lebensende, womit sich der Anschluss an den Wärmeverbund Bern-Wabern anbietet, sobald dieser in Betrieb geht. Die erste Wärmelieferung würde zwischen 2028 und 2030 erfolgen.

Die folgende Tabelle zeigt eine Übersicht der Termine:

	SA Wabern Dorf	SA Morillon	Villa Bernau
Realisierung Anschlüsse	2029-2031	2025-2027	2026-2028
Wärmelieferung	2029-2031	2028-2030	2028-2030

### **3. Weitere Objekte im Perimeter**

Im Projektperimeter befinden sich weitere gemeindeeigene Objekte. Aufgrund der Grösse (3'365m<sup>2</sup> EBF) und der Lage steht vor allem die Schulanlage Wandermatte im Fokus. Sie wird seit 2015 mit einer Pelletheizung beheizt. Die Anlageteile sind aufgrund des geringen Alters noch in einem sehr guten Zustand. Der Anschluss ab Inbetriebnahme des Verbunds wäre deshalb sowohl finanziell als auch ökologisch nicht zu rechtfertigen. Der Anschluss wird gegen Ende der Lebensdauer der Anlageteile (zwischen 2035 und 2040) erneut geprüft.

Aus terminlichen Gründen wird der Neubau der Schule Morillon nicht an den Wärmeverbund angeschlossen. Versorgt wird das Gebäude mittels Erdsonden-Wärmepumpen. Das hat den Vorteil, dass das Gebäude auch passiv gekühlt werden kann (GeoCooling).

### **4. Projektstand Wärmeverbund Bern-Wabern und Vorbehalte**

Die gesamte Infrastruktur wird durch ewb geplant, realisiert und finanziert. Die Klärung der Machbarkeit des Wärmeverbunds ist bereits weit fortgeschritten. Die Netzabschnitte in der Seftigenstrasse befinden sich aktuell im Baubewilligungsverfahren im Rahmen von SEFT 1 und 2. Die Projektierungsarbeiten für die Heizzentrale, den Zwischenkreis vom Pumpwerk Schönau und das Wärmetauscherhaus starteten im August 2024.

Die Arbeiten für die Sicherung des Standorts der Heizzentrale sind weit fortgeschritten. Voraussichtlich können die entsprechenden Verträge diesen Herbst abgeschlossen werden. Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Umsetzung des Projekts und den sinnvollen Betrieb des Verbundes sind genügend Kundinnen, die ihre Liegenschaft an den Wärmeverbund anschliessen. Um dies sicherzustellen, arbeitet ewb an der Akquisition der Schlüsselkundinnen.

Die Wärmelieferverträge stehen deshalb unter dem Vorbehalt, dass die Heizzentrale im Raum Morillon realisiert werden kann und dass genügend Kundinnen für das Projekt gewonnen werden können. Gemäss Zeitplan (Best-Case) wäre eine erste Wärmelieferung mit erneuerbarer Wärme frühestens ab 2028 möglich.

## 5. Vertragsbestandteile

Integrierende Bestandteile des Vertragsverhältnisses zwischen ewb und der Gemeinde Köniz bilden die nachfolgenden Dokumente:

- Netzanschluss- und Wärmeliefervertrag (Beilagen 2-4);
- Allgemeine Geschäftsbedingungen für den Netzanschluss und die Wärmelieferung von Energie Wasser Bern;
- Technische Anschlussbedingungen Fernwärme Niedertemperatur (TAB FW NT) von Energie Wasser Bern inkl. Anhänge und das Beiblatt zu den Technischen Anschlussbedingungen für den «Wärmeverbund Bern-Wabern»;
- die Kostenzusammenstellung Netzanschlussbeitrag vom 16.05.2024.
- Wärmepreisordnung Wärmeverbund Bern-Wabern vom 24.10.2023 inkl. Anhänge (nachfolgend «WPO»);
- Verzeichnis Verbrauchsstelle und Messpunkt Wärmeverbund Bern-Wabern vom 16.05.2024.

## 6. Finanzen

### 6.1 Finanzkompetenzen

Mit dem vorliegenden Parlamentsantrag werden die aufsummierten Jahreskosten über 30 Jahre plus die einmaligen Anschlusskosten der Schulanlagen in Form eines Verpflichtungskredits beantragt.

Die Schulanlagen sind Teil des Verwaltungsvermögens. Weil sich die Gemeinde für eine Wärmeabnahme mit Vertragsdauer von 30 Jahren verpflichtet und die Kosten auf die ganze Vertragsdauer aufgerechnet werden müssen, handelt es sich um ein Kreditgeschäft, das im Kompetenzbereich des Parlamentes liegt.

Die Villa Bernau hingegen ist Teil des Finanzvermögens und vermietet. Die Heizkosten können vollumfänglich an Mieter\*innen weiterverrechnet werden. Die Kompetenz zum Anschluss der Liegenschaften an den Verbund liegt gestützt auf Artikel 61 Buchstabe e der Gemeindeordnung (GO) beim Gemeinderat.

### 6.2 Finanzierung

Die einmaligen Anschlusskosten der SA Wabern und der SA Morillon gehen zu Lasten IR ab Fertigstellung des Anschlusses, die Jahreskosten (Betriebskosten) und die einmaligen Anschlusskosten der Villa Bernau gehen zu Lasten der ER ab der Realisierung der Leitungen bzw. ab der ersten Wärmelieferung. Die Kosten werden ins Budget 2025ff aufgenommen. Die Kosten für die Übergabestationen und die Umbaukosten werden im IVP (2028-2030) aufgenommen, sie sind nicht Bestandteil dieses Kreditantrags.

Für die einmaligen Anschlusskosten der SA Morillon und der Villa Bernau hat der Gemeinderat eine Entnahme aus der SF Klimaschutz beschlossen.

### 6.3 Kostenübersicht

Die Verträge laufen über eine Dauer von 30 Jahren. In dieser Zeit fallen bei den Schulanlagen total Kosten in der Höhe von CHF 4'271'430.- an, bei der Villa Bernau sind es 917'550.-. Im Preis inbegriffen ist die Wärmelieferung inkl. Unterhalt und Amortisation von Netz und Produktionsanlagen.

Bei baulichen Änderungen (Sanierung oder Erweiterung) kann die Leistungsgebühr angepasst werden. Bei einem allfälligen Verkauf der Liegenschaften hat die Rechtsnachfolge den Anschluss zu übernehmen.

Einmalige Kosten (CHF)

	SA Wabern Dorf	SA Morillon	Total Schulanlagen	Villa Bernau
Einmalige Anschlussgebühren	30'819.-	68'094.-	98'913.-	34'078.-
Mehrwertsteuer 8.1%	2'496.-	5'516.-	8012.-	2760.-
<b>Total einmalige Anschlussgebühren inkl. MwSt.</b>	<b>33'315.-</b>	<b>73'610.-</b>	<b>106'925.-</b>	<b>36'838.-</b>

In den Kosten nicht enthalten sind die baulichen Kosten auf Seiten der Gebäude (Umbau, Rückbau alte Heizungsanlagenteile) sowie die Übergabestation.

Jährlich wiederkehrende Kosten (CHF)

	SA Wabern Dorf	SA Morillon	Total Schulanlagen	Villa Bernau
Grund- und Leistungsgebühr	44'000.-	58'000.-	102'000.-	21'600.-
Energiepreis (5.7 Rp/kWh)	12'117.-	17'596.-	29'713.-	6'695.-
Abgabe an die Gemeinde	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Total jährliche Heizkosten	56'117.-	75'596.-	131'713.-	28'295.-
Mehrwertsteuer 8.1%	4'545.-	6'123.-	10'668.-	2'291.-
Total jährliche Heizkosten inkl. MwSt.	60'662.-	81'719.-	142'381.-	30'585.-
<b>Kosten über die Vertragslaufzeit von 30 Jahren</b>	<b>1'819'860.-</b>	<b>2'451'570.-</b>	<b>4'271'430.-</b>	<b>917'550.-</b>

Bei der "Abgabe an die Gemeinde" handelt es sich um die Abgabe der Wärmeleitungsbetreiber für die Benützung des öffentlichen Grundes (Strassen und Plätze der Gemeinde) gemäss Energieversorgungsreglement Art. 6m. Betreiber von erneuerbaren Wärmeverbünden sind 5 Jahre ab Inbetriebnahme von der Abgabe befreit (Art. 6m Abs. 3). Wie hoch die Abgabe schlussendlich ausfallen wird, hängt von den Leitungsdurchmessern und von der Leitungsführung ab. Sie kann deshalb noch nicht beziffert werden.

**6.4 Indexierung**

Die einmaligen Anschlussgebühren, der Energiepreis, sowie die Grund- und Leistungsgebühren sind indiziert. Die einzelnen Indizes sind der Beilage 5 zu entnehmen.

**6.5 Einordnung des Wärmepreises**

Die spezifischen Wärmepreise pro Kilowattstunden (kWh) für Grund- und Leistungspreis, Energie und Mehrwertsteuer betragen 26 Rappen (Villa Bernau), 26.5 Rappen (SA Morillon) und 28.5 Rappen (SA Wabern Dorf; siehe Beilage 1). Darin nicht enthalten sind die einmaligen Kosten für den Netzanschluss, die Übergabestation und die baulichen Massnahmen am Gebäude. Im Vergleich zu den Preisen anderer Verbünde (vgl. PARA zum WV Niederscherli) erscheint dies relativ hoch. Das liegt produktionsseitig an der eingesetzten Technologie (Grosswärmepumpen, Zwischenkreis Schöna-Morillon, Wärmenetz in stark genutztem Untergrund) und abnahmeseitig am relativ hohen Leistungsbedarf bei vergleichbar geringen Volllaststunden ("teure Spitzenlasten"; siehe Grafik "Wärmepreis vs. Volllaststunden" in der Beilage 1). Dies ist vor allem durch die Nutzung der Gebäude (Schulbetrieb, Kulturbetrieb) zu begründen. Für Abnehmer mit höheren Volllaststunden (Wohnnutzung, Alters- und Pflegeheime, Gewerbe) resultieren folgerichtig tiefere Wärmepreise.

## 6.6 Wirtschaftlichkeitsberechnungen und Machbarkeiten von alternativen Technologien

Alternative Technologien zur Wärmebereitstellung wurden mit Hilfe des Heizungsrechners der Hochschule Luzern für den Altbau Morillon geprüft. Der Kostenvergleich erfolgte für Lösungen mit Erdsonden (Sole-Wasser-Wärmepumpe), mit Luft-Wasser-Wärmepumpen, mit Hackschnitzeln und mit Pellets (siehe Auszug des Rechners in den Beilagen 7 und 8). Für die Investitionskosten wurden die vorgeschlagenen Erfahrungswerte aus dem Rechner eingesetzt.

Die Resultate zeigen, dass die Fernwärmelösung gegenüber den Wärmepumpentechnologien über den Lebenszyklus leicht besser abschneidet, aber deutlich schlechter als die Holzlösungen. Nachberechnungen mit dem Heizkostenrechner des Kantons Zürich (siehe Auszug des Rechners in der Beilage 9) relativieren den Unterschied jedoch: Die Pellet-Lösung schneidet hier nur leicht besser ab als die Fernwärme.

Wie im Kapitel 2 bereits dargelegt, ist die Machbarkeit von alternativen Lösungen im dichten Siedlungsgebiet von Wabern nicht gegeben. Der Platz für Erdsondenfelder bei Sole-Wasser-Wärmepumpen bzw. Rückkühlfeldern bei der Luft-Wasserpumpen-Lösung ist in allen drei Gebäuden nicht oder nur beschränkt vorhanden. Bei der Luft-WP sind ausserdem die Lärmemissionen bei Heizungen dieser Grössenordnung problematisch. Die Holzlösung bedingt grössere Räumlichkeiten für die Lagerung und die Heizkessel, ausserdem ist der Unterhalt aufwändig und teuer. Die Zufahrten zu den Schnitzel- bzw. Pelletsilos erfolgen über sensibles Gebiet (Schülerinnen und Schüler, Lärm). Nicht zuletzt aufgrund der erhöhten Nachfrage nach Holz ist mit einer Preissteigerung für Energieholz zu rechnen. Ganz generell ist im Sinne einer nachhaltigen Ressourcennutzung anzustreben, Holz zuerst stofflich zu verwerten, bevor es energetisch genutzt wird.

## 7. Auswirkungen auf das Klima

Durch den Anschluss der Schulanlage Dorf, der Schulanlage Morillon (Altbau) und der Villa Bernau an den Wärmeverbund kann die Gemeinde eine zukunftssträchtige und nachhaltige Wärmeversorgung dieser Liegenschaften sicherstellen. Der Anschluss der Gemeindeliegenschaften ist zudem ein starkes Bekenntnis der Gemeinde zum Aufbau einer erneuerbaren Wärmeversorgung im Verbund in den dicht besiedelten Gebieten von Wabern und zur Erreichung der eigenen Klimaziele.

Durch die Substitution von Heizöl und Erdgas durch erneuerbare Fernwärme können die vor Ort anfallenden CO<sub>2</sub>-Emissionen (Scope 1) im gesamten Verbundsperrimeter Bern-Wabern um rund 10'000 Tonnen pro Jahr reduziert werden. Das entspricht in etwa dem jährlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoss (Scope 1) von 2'000 Durchschnitts-Schweizern. Der Verbund leistet somit einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz und insbesondere zum Absenkpfad gemäss Klimaschutzreglement der Gemeinde Köniz.

### Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Für den Wärmebezug der Schulanlagen Morillon und Wabern Dorf ab der zu erstellenden Heizzentrale im Morillon Wabern wird ein Verpflichtungskredit von total CHF 4'271'430.- (inkl. MwSt, zuzüglich allfällige Teuerung) zu Lasten Konto 3750.3120.21 „Wärmeverbünde Gemeindeliegenschaften“ über maximal 30 Jahre ab der ersten Wärmelieferung zu Lasten der Erfolgsrechnung bewilligt.
2. Für den einmaligen Anschlusskostenbeitrag der Schulanlagen Morillon und Wabern Dorf wird ein Verpflichtungskredit von total CHF 106'925.- (inkl. MwSt, zuzüglich allfällige Teuerung) zu Lasten Konto 3750.5040.2427 bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, mit Energie Wasser Bern (ewb) Wärmelieferverträge für Raumwärme und Warmwasser in den Schulanlagen Morillon, Wabern Dorf und der Villa Bernau bis zum Jahr 2060 abzuschliessen.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Köniz, 14. August 2024

Der Gemeinderat



## Beilagen

- 1) Kostenübersicht
- 2) Entwurf Netzanschluss- und Wärmeliefervertrag Schulanlage Morillon, Kirchstrasse 169, Wabern
- 3) Entwurf Netzanschluss- und Wärmeliefervertrag Schulhaus Wabern Dorf, Kirchstrasse 200, Wabern
- 4) Entwurf Netzanschluss- und Wärmeliefervertrag Villa Bernau, Seftigenstrasse 243, Wabern
- 5) Wärmepreisordnung Wärmeverbund Bern-Wabern
- 6) Folgekostenblatt Anschluss Gemeindelienschaften
- 7) HSLU\_Heizkostenrechner2024\_V008\_d\_MORILLON ALTBAU
- 8) HSLU\_Heizkostenrechner2024\_V008\_d\_MORILLON\_ALTBAU\_PELLETS
- 9) Heizkostenrechner Energie Kanton Zürich PELLETS

## Diskussion

**GPK-Referentin Sandra Röthlisberger, GLP:** Die GPK stellt einstimmig fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Ich danke dem Gemeinderat Hansueli Pestalozzi und den Fachleuten für die Aufbereitung dieses komplexen Geschäftes und die kompetente Beantwortung der Fragen.

- Was ist die Sachlage? Der vorliegende Antrag betrifft den Anschluss mehrerer gemeindeeigener Gebäude in Wabern an ein neues noch zu realisierendes Fernwärmenetz, der so genannte Wärmeverbund Wabern-Bern. Die Energie Wasser Bern (ewb) betreibt den Wärmeverbund Bern-Wabern. Die ewb ist Anbieterin und Vertragspartnerin. Köniz fungiert als Abnehmerin und ist am Wärmeverbund nicht beteiligt. Um dieses Netz zu initiieren, benötigt die Anbieterin ewb grosse Schlüsselobjekte im Perimeter. Die Realisierung ist aber nicht gänzlich zugesichert. Stand heute soll die Wärmelieferung ab 2028 bis 2031 erfolgen. Das Netz wird mit mindestens 80% erneuerbarer Energien betrieben.
- Was bedeutet dies für Köniz? Das Angebot der ewb enthält fixe Wärmepreisstrukturen. Es besteht keine Verhandlungsmasse. Der Wärmeträger ist nur zu 80% erneuerbar und widerspricht Stand heute - dem Netto-Null-Ziel der Gemeinde Köniz. Bis 2035 ist die Wärme 100% erneuerbar. Die ewb hat seitens der Trägerschaft Stadt Bern ebenfalls diese Vorgaben. Gewährleistet wird dies mit synthetischem Gas oder mit Zertifikaten.
- Welche Gemeindegebäude werden angeschlossen? Die Villa Bernau, das Schulhaus Wabern Dorf und der Altbau des Schulhauses Morillon. Diese Gebäude eignen sich, weil dort das jeweilige Heizsystem das Lebensende erreicht hat und daher ohnehin auf einen erneuerbaren Energieträger umgestellt werden müsste. Der Neubau wird aus terminlichen Gründen nicht angeschlossen.
- Ist die Wirtschaftlichkeit gewährleistet? Im Geschäft sind die Wirtschaftlichkeitsberechnungen transparent aufgeführt, ihr findet diese im Anhang. Verglichen wurde mit anderen erneuerbaren Wärmeenergieträgern. Mit dem Netto-Null-Ziel der Gemeinde Köniz sind fossile Energieträger keine Optionen. Bei einer Vollkostenbetrachtung ist der Anschluss an den Wärmeverbund gegenüber dem Betrieb und dem Unterhalt autonomer Systeme langfristig wirtschaftlich, wobei die künftigen Energiekosten ehrlicherweise sehr schwierig zu prognostizieren sind.
- Was kostet die Wärme? Bei den Wärmekosten handelt es sich um Betriebskosten, belastet also unsere Investitionsrechnung nicht. Im Preis inbegriffen ist die Wärmelieferung, der Unterhalt und die Amortisation von Netz und Produktionsanlagen. Die aufsummierten Jahreskosten über 30 Jahre plus Anschlusskosten betragen CHF 4'271'430. Für den einmaligen Anschlusskostenbeitrag der Schulanlagen Morillon und Wabern Dorf wird ein Verpflichtungskredit von total rund CHF 107'000 beantragt. Die Optimierungsmassnahmen in punkto Vorlauftemperatur und Spitzenlastverteilung sind erkannt und werden angegangen.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Ich begrüsse Thomas Brönnimann hier bei uns im Parlament.

**Fraktionssprecherin FDP, Selin Lopez:** Merci für die Zusammenfassung der GPK-Referentin. Auch die FDP. Die Liberalen haben diesen Kreditantrag geprüft und wir sind überzeugt davon, dass dies eine gute Sache ist. Wärmeverbünde sind etwas, wo wir sehen, dass diese strategisch das Richtige sind und finanziell vermutlich auch das, was am Tragbarsten ist und innovative Lösungen bietet. Für das stehen wir auch.

Im Weiteren haben wir festgestellt, dass aus der Spezialfinanzierung Klimaschutz ein Teil abgezweigt wird, was auch Sinn macht - wir zahlen ja insbesondere für unsere Klimaziele hier ein. Und dann habe ich noch eine Frage, vielleicht kann Hansueli Pestalozzi uns diese noch beantworten. Wir haben die Unterlagen gelesen und haben gesehen, dass hier voraussichtlich 10'000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen reduziert werden können. Wir haben ja einen Absenkpfad bis 2045 definiert und gleichzeitig einen für die Verwaltung bis 2035. Was heisst dies jetzt genau? Wir sind jetzt nicht so die Mathematiker und können dies korrekt berechnen, vielleicht hast du hier gewisse Prognosen, was dies für unseren Absenkpfad bedeutet, welchen wir in dieser Gemeinde ja sehr sportlich definiert haben. Wenn man schon Zahlen hat, dann wäre es toll, wenn diese auf diesen Absenkpfad referenzieren würden, welchen wir auch im Klimaschutzreglement haben.

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Andreas Hauser, GLP:** Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Unterlagen. Ein Wärmeverbund, der die Energie von Verwurfwasser und Grundwasser nutzt, das ist eine prima Perspektive. Allerdings hat die genaue Lektüre bei uns verschiedene Fragen aufgeworfen. Auf zwei davon will ich jetzt eingehen:

1. Die erste geht in eine etwas ähnliche Richtung, wie jene von Selin Lopez: Die Unterlagen sprechen von mindestens 80% erneuerbarer Energie. Die Verwaltung muss aber gemäss dem Klimareglement bis 2035 netto Null Treibhausgase erreichen. Auch die Unterlagen zu Traktandum 13 (Wärmeverbünde) spricht von 100% erneuerbar. Aber sechs Traktanden früher, bei der konkreten Umsetzung in Wabern, da geht der Gemeinderat mit keinem Wort darauf ein, weder im Antrag noch im Vertrag mit der ewb. Darum die Frage an Gemeinderat, so dass es protokolliert ist: Wie wird er das Netto-Null-Ziel der gemeindeeigenen Gebäude rechtzeitig garantieren?
2. Zweitens: Wenn wir schon dem Wärmeverbund auf die Beine helfen, dann macht es vermutlich auch Sinn, dass der Neubau Morillon Teil davon wird. Bisher war das auch so vorgesehen - im aktuellen Antrag nun plötzlich nicht mehr. Wir haben gemeinsam mit den Grünen/Jungen Grünen eine dringliche Motion formuliert: Der Gemeinderat soll diese Lösung nochmals abklären. Wir vermuten, dass sie sich sowohl finanziell als auch ökologisch auszahlt.

Insgesamt ist der Wärmeverbund nötig für die Energiewende. Abhängig von der Antwort des Gemeinderats zur Frage der Erneuerbarkeit – welche jetzt ein bisschen von der GPK vorweg genommen wurde - stimmen wir deshalb überzeugt "ja".

Zum Traktandum 13, Wärmeverbünde, komme ich nicht mehr extra nach vorne. Es ist eine minimalistische Umsetzung des Parlaments-Auftrags. Wir freuen uns aber, dass die Gemeinde die Hausbesitzenden jetzt besser darüber informiert, welche erneuerbaren Heizungen, wo, sinnvoll sind. Die Wärmeversorgungskarte auf dem Geoportal ist nun benutzerfreundlicher, wie wir dies gefordert haben.

**Fraktionssprecher SVP, Roland Hofer:** Im Voraus danke ich dem Gemeinderat für das gute und übersichtliche Dossier. Die SVP-Fraktion der Gemeinde Köniz unterstützt dieses Projekt voll. Der Preis ist aber nicht gerade der Beste, es könnte auch etwas weniger kosten. Doch wenn man das Ganze anschaut, dann macht es durchaus Sinn, diesem Wärmeverbund so viel wie möglich anzuhängen. Und ob man dann die geplante Erdsonde vergisst und dem Wärmeverbund anschliesst - ich weiss nicht, heizen sollte man ja dann trotzdem. Aber wir schauen jetzt, wie es kommt, denn gebaut ist ja noch nichts.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Franziska Adam, SP Frauen:** Die SP/JUSO-Fraktion ist froh, dass es mit den Wärmeverbünden vorwärtsgeht. Die Zeit drängt. Wir alle wollen, dass gemäss Klimareglement die Gemeinde Köniz 2045 klimaneutral wird. Und der Anschluss des Schulhauses Wabern Dorf, des Schulhauses Morillon und der Villa Bernau ist ein Schritt in die richtige Richtung. Wir sind uns bewusst, dass diese Anschlüsse nicht gratis zu haben sind. Aber längerfristig werden sich Wärmeverbünde mit erneuerbaren Energien auszahlen.

Wichtig scheint uns, dass das neue Schulhaus Morillon, wenn immer möglich, auch an den Wärmeverbund angeschlossen oder sonst eine gute Lösung mit erneuerbaren Energien gefunden wird. Wir stimmen somit dem Gemeindeantrag zum Anschluss der oben erwähnten Gemeindeliegenschaften einstimmig zu.

Ich möchte in diesem Zusammenhang und auch wegen der Effizienzsteigerung noch kurz etwas zur Motion der SP/JUSO-Fraktion im Traktandum 13 "Köniz erneuerbar: Köniz setzt auf Wärme- und Kälteverbünde" sagen. Diese wurde 2020 erheblich erklärt und 2022 nicht abgeschrieben, sondern bis jetzt verlängert. Es ist zentral, dass im Zusammenhang mit den Wärmeverbünden eine sogenannte Netzstrategie ausgearbeitet wurde. Der Gemeinderat darf diese Strategie auch gerne "Netzplan" nennen.

Gemäss diesem Netzplan weiss die Könizer Bevölkerung jetzt, wo es Wärmeverbünde geben wird bzw. wo es schon welche hat und wo es keinen Sinn macht. Uns ist klar, dass die ganzheitliche Planung der Wärmeverbünde in Köniz ein rollender Prozess ist. Viele Liegenschaftsbesitzer:innen möchten aber jetzt mit klimafreundlichen Heizsystemen vorwärts machen und dazu benötigen sie Informationen zu den unterschiedlichen Wärmeversorgungssystemen. Und mit der Wärmeversorgungskarte ist dies jetzt möglich. Deshalb vielen Dank an die Verwaltung und den Gemeinderat für diese Karte. Ich empfehle euch, falls ihr es noch nicht gesehen habt, diese einmal anzuschauen, das ist nämlich total spannend. Dies ist ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Wichtig erscheint uns, dass die Gemeinde weiter innovativ ist und schaut, was im Bereich von Wärmeversorgungssystemen weiter machbar ist und diese auch entwickelt.

Sie SP/JUSO-Fraktion wird hier genau hinschauen und sie wird die Motion im Traktandum 13 gemäss Antrag des Gemeinderates abschreiben.

**Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, Simon Stocker, Junge Grüne:** Falls wir hier weiter so zügig vorwärts kommen, würde ich es schön finden, im Anschluss an die Sitzung mit dem einen oder anderen hier im Parlament unten noch anstossen zu können.

Jetzt zum Geschäft: Es ist sehr schön, ist dies hier scheinbar unbestritten. Das ist für ein letztes Votum eigentlich fast etwas langweilig und trotzdem freut es mich, nochmals zu einem Meilenstein zur Erreichung der Könizer Klimaziele sprechen zu können.

Die Grüne Fraktion dankt dem Gemeinderat ganz herzlich für die gut ausgearbeiteten Unterlagen. Wir unterstützen alle Anträge einstimmig.

Mit diesem Verpflichtungskredit können so drei Liegenschaften der Gemeinde mit ökologischer Fernwärme versorgt werden, falls dies zustande kommt. Der Wärmepreis – das ist auch uns aufgefallen – ist zwar relativ hoch, die Unterlagen erklären aber sehr gut, warum dies auch bei den anderen Wärmequellen der Fall wäre. Gemäss unseren fraktionsinternen Energieexperten und -expertinnen, ist dies sehr plausibel.

Als Grosskundin geben wir diesem Verbund Planungssicherheit. Das heisst, wir sind ein Vorbild und ermutigen so auch andere Private, sich dort anzuschliessen. Wie bereits gesagt, ist der Fernwärmeverbund ein wichtiges Puzzleteil zur Erreichung der Könizer Klimaziele. Köniz muss eigene Liegenschaften mit erneuerbarer Energie heizen und auch Private können anschliessen. Wir haben es schon einige Male gehört, es zählt sich also gleichzeitig auf das 2035er Ziel für die Gemeinde, aber auch für das 2045er Ziel für das gesamte Gemeindegebiet aus. Wenn wir jetzt aber das Netto-Null-2035-Ziel für die Verwaltung anschauen, dann müssen aber auch wir kritisch nachfragen, wie der Gemeinderat genau gedenkt, die restlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen zu reduzieren. Denn 2035 ist ja bereits übermorgen und das Ziel ist ja nicht 20%, sondern Null.

Soweit so gut. Wie bereits von Andreas Hauser erwähnt, finden auch wir es unverständlich, warum nicht auch der Neubau des Schulhauses Morillon angeschlossen werden soll. Im Antrag ist ein terminliches Argument aufgelistet, aber das muss hinterfragt werden, denn der Neubau könnte übergangsmässig an das bestehende Morillon-Gaswärmenetz angeschlossen werden, dort hätte es scheinbar genügend Kapazität. Darum reichen wir heute Abend auch diese dringliche Motion zusammen mit der Mitte-Fraktion ein, um dies zeitnah noch zu prüfen und falls wirtschaftlich und ökologisch sinnvoll, dann noch zu ändern.

**Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne:** Vielen Dank für die gute parteiübergreifende Aufnahme, ich habe jetzt kein Votum gehört, welches es nicht gut finden würde, dass wir unsere Gemeindeliegenschaften an diesen Wärmeverbund anschliessen würden. Wieder hat Sandra Röthlisberger dies sauber zusammengefasst und ich muss nicht mehr viel sagen.

Du, aber auch andere, haben noch erwähnt, dass der Wärmeverbund zu mindestens 80% erneuerbar ist. Das heisst, mindestens 80% der Wärme werden aus diesem Verwurfswasser mit Wärmepumpen mit erneuerbarem Strom entnommen und die Spitzenlast im Winter, das würde im Moment noch durch eine Gasheizung abgedeckt. Und diese muss nicht neu gebaut werden, sondern das ist jene, welche jetzt bereits in den Morillon-Blöcken enthalten ist. Da kann man eine bestehende Heizzentrale weiterverwenden. Aber ihr wisst ja, dass die Winter immer wärmer werden und gleichzeitig werden auch Gebäude immer besser, so dass wir vermutlich im Winter je länger je weniger diese Spitzenlast brauchen, mit welchen wir heute noch rechnen. Es kann also sein, dass es bis im Jahr 2035 deutlich mehr erneuerbar ist, als diese 80%. Vielleicht geht es dann gegen 90% oder sogar höher, das weiss man jetzt einfach noch nicht.

Und um dies jetzt vorweg zu nehmen: 2035, wenn wir für die Gemeindeliegenschaften Netto-Null erreichen müssen, falls es dann tatsächlich noch einen nicht erneuerbaren Anteil in diesem Wärmeverbund hätte, dann würden wir diesen mit Zertifikaten für Biogas oder synthetisches Gas – wenn es das dann gibt – decken. Biogas kann man ja heute schon bei der ewb kaufen, verschiedene haben das schon. Wir würden das dann bei der Gemeinde gleich handhaben.

Und 2045, wenn wir als Gemeinde bei Netto-Null sein wollen, dann ist es so, dass die ewb dasselbe Ziel hat. Das kommt auch von der Stadt Bern her, dass dann ewb ihre Wärmeverbünde ohnehin zu 100% erneuerbar betreiben muss.

Ich komme zur Frage von Selin Lopez. Du hast gefragt, welche Auswirkung dies auf den Absenkpfad hat: Ja, diese 10'000 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen kann man einsparen, wenn wir diesen Wärmeverbund in der vollen Ausdehnung bauen und wir die ganzen Gas- und Ölheizungen durch diesen dann klimaneutralen Wärmeverbund ersetzen können. Und das ist natürlich ein wesentliches Element, damit wir in Köniz unser Klimaziel Netto-Null 2045 erreichen können, denn gerade dieser Wärmeverbund wird ganz viele Liegenschaften erschliessen. Ich denke an die ganzen Bondeli-Blöcke, welche nur ganz schwierig selber eine Lösung mit Erdsonden bauen könnten, da es einfach zu wenig Platz für so viele Erdsonden hätte, welche es dort brauchen würde. Und darum ist das Ganze ein ganz wesentliches Element zur Erreichung unserer Klimaziele.

Dann Andreas Hauser, du hast gesagt, dieser Wärmeverbund wird von Verwurfwasser *und* Grundwasser genährt. Grundwasser stimmt nicht, er wird nur mit dem Verwurfwasser des Wasserverbund Region Bern betrieben. Das ist Wasser, welches von Kiesen kommt und das ist jener Anteil des Wassers, welcher vom Wasserverbund Bern nicht als Trinkwasser gebraucht wird.

Du hast auch noch erwähnt, dass der Schulhausneubau Morillon ebenfalls noch an diesen Wärmeverbund anschliessen sollte. Ich kann dazu sagen, der Grund, dass wir das nicht so planen, ist, dass wir beim Start der Planung noch nicht sicher wussten, ob dieser Wärmeverbund wirklich zustande kommt. Und darum hat man gesagt, man geht auf Nummer sicher und plant diesen Neubau mit Erdsonden zu betreiben. Und darum hat man jetzt hier weit über CHF 100'000 – ich glaube etwa CHF 200'000 – für diese Planung investiert. Doch da kann vielleicht Thomas Brönnimann noch etwas dazu sagen.

Die Wärmeversorgungskarte wurde verschiedentlich erwähnt: Geht einmal auf [map.koeniz.ch](http://map.koeniz.ch) und auf den Layer "Wärmeversorgungskarte". Dort findet ihr ganz viele schöne Details. Dort seht ihr, mit welchem Energieträger jedes einzelne Gebäude in Köniz betrieben wird und ihr seht auch, welcher zukünftige erneuerbare Energieträger bei dieser Liegenschaft empfohlen wird. Wir haben vor zwei Wochen eine Informationsveranstaltung im OZK durchgeführt. Es nahmen etwa 200 Personen teil, welche sich informieren liessen, wie sie ihr Gebäude besser dämmen können und wie sie von Öl- und Gasheizungen wegkommen. Das Interesse in der Bevölkerung ist also sehr gross und auch dort konnten wir diese Wärmeversorgungskarte vorstellen, das kam sehr gut an.

Ich glaube, ich habe alle Fragen beantwortet und danke nochmals für die gute Aufnahme.

**Gemeinderat Thomas Brönnimann, GLP:** Ich sage gerne noch etwas - ich *muss* beinahe sogar zu Händen des Protokolls, nicht dass hier falsche Erwartungen geschürt werden.

Ich blende nochmals zurück: Damals, als der Gemeinderat diesen Auftrag für diesen Schulhausbau erteilt hat. Damals war noch nicht klar, ob dieser Wärmeverbund kommt und das ist auch jetzt nicht zu 100% klar. Und ihr wisst ja, aus der Schulbauperspektive haben wir in Wabern schon jetzt Verzögerungen. Klar, diese Verzögerung ist inzwischen so gross geworden, dass die Idee aufkommen könnte, man könnte dies dort jetzt ja ebenfalls anschliessen. Mein letzter Stand ist, dass es jetzt dort auch gegen das Baugesuch Einsprachen gibt und je nachdem, wie weit diese weitergezogen werden, kann dies das Schulprojekt in Wabern noch massiv verzögern.

Nichtsdestotrotz: Wir als Immobilienabteilung Hochbau, mussten dieses Projekt planen und nur so nebenbei, so wie wir dies geplant haben, ist dieses 100% erneuerbar. Die Berechnungen zeigen, dass man das mit Sonden für den Neubau gut machen kann. Will man den Altbau anschliessen, dann könnte es mit Sonden schwierig werden. Allerdings wurden hier keine vertieften Machbarkeitsstudien gemacht, sondern das basiert vielmehr auf der Grobeinschätzung der Fachleute. Und die Behauptung, welche hier heute Abend in den Raum gestellt wurde, dass dies billiger kommt, dazu will ich ein grosses Fragezeichen machen.

Es ist sicher für den Betreiber des Wärmeverbunds massiv interessanter, wenn dieser zusätzlich einen grossen Kunden erhält, welcher dies zu einem Fixpreis abnimmt, aber ich bin nicht sicher, ob dies billiger kommt, als wenn wir - wie wir dies in der Vergangenheit immer gemacht haben - unsere Energie selber zu 100% CO<sub>2</sub>-frei erzeugen.

Nur eine Bemerkung an jene, welche in die obere Gemeinde fahren: Diese fahren jetzt seit etwa fünf Monaten an dieser Baustelle vorbei, wo diese Wärmeleitung verlegt wird, welche am Schluss bis zum Schulhaus Bodengässli in Niederscherli gezogen wird. Und dort haben unsere Berechnungen gezeigt, dass wir mit der Holzheizung, welche wir dort 100% CO<sub>2</sub>-frei haben, rein von den Kosten her billiger gekommen wären, als wenn wir einem Wärmeverbund anschliessen würden. Wir haben dort unseren energiepolitischen Beitrag geleistet, damit wir als Schlüsselkunde diesen Wärmeverbund ermöglichen können, aber wir zahlen einen politischen Preis dafür und ob dies im Morillon nicht genau so ist, ist eine andere Frage.

Ausserdem muss man sich dann doch sehr gut überlegen, ob man dieses Schulhausprojekt mit einem zusätzlichen Verzögerungsrisiko belasten will. Dann bitte ich aber alle, welche heute diese Zusatzabklärungen verlangen, bei meiner Nachfolge nicht zu schimpfen, wenn sich deswegen das Schulhausprojekt weiter verzögert. Denn es ist klar: Wenn wir dort das Schulhaus eröffnen, dann muss diese Heizung funktionieren. Und zwar nicht erst dann, wenn wir dieses beziehen, sondern bereits dann, wenn wir das Baugesuch einreichen. Dann muss klar sein, mit was für einer Heizung wir heizen werden. Da warne ich davor, allzu stark Energiepolitik am konkreten Objekt machen zu wollen. Und ich betone es nochmals: Wir arbeiten immer mit 100% CO<sub>2</sub>-frei, wenn wir Hochbauten bauen - auch wenn wir selber produzieren.

## Beschluss

1. Für den Wärmebezug der Schulanlagen Morillon und Wabern Dorf ab der zu erstellenden Heizzentrale im Morillon Wabern wird ein Verpflichtungskredit von total CHF 4'271'430.- (inkl. MwSt, zuzüglich allfällige Teuerung) zu Lasten Konto 3750.3120.21 „Wärmeverbünde Gemeindeliegenschaften“ über maximal 30 Jahre ab der ersten Wärmelieferung zu Lasten der Erfolgsrechnung bewilligt.
2. Für den einmaligen Anschlusskostenbeitrag der Schulanlagen Morillon und Wabern Dorf wird ein Verpflichtungskredit von total CHF 106'925.- (inkl. MwSt, zuzüglich allfällige Teuerung) zu Lasten Konto 3750.5040.2427 bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, mit Energie Wasser Bern (ewb) Wärmelieferverträge für Raumwärme und Warmwasser in den Schulanlagen Morillon, Wabern Dorf und der Villa Bernau bis zum Jahr 2060 abzuschliessen.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

PAR 2024/83

## **Abfallbewirtschaftung: Zusätzliches Sammelfahrzeug für flächendeckende 14-tägliche Papier-/Kartonabfuhr ab 2025, Verzicht auf Kredit**

Kenntnisnahme; Direktion Planung und Verkehr

### **Bericht**

Das Parlament hat am 13. November 2023 einen Kredit über CHF 700'000.- für die Beschaffung eines zusätzlich elektrisches Sammelfahrzeug beschlossen. Das zusätzliche Fahrzeug wurde zur Erbringung der neu 14-täglichen Papier-/Kartonabfuhr ab 2025 beantragt.

Die im 1. Quartal 2024 durchgeführte Detailplanung der neuen Sammeltouren hat ergeben, dass die zusätzlichen Abfahren mit der bestehenden Fahrzeugflotte abgedeckt werden können. Entsprechend kann auf die Beschaffung des zusätzlichen Sammelfahrzeuges verzichtet werden und der beschlossene Kredit wird nicht beansprucht.

Der vom Parlament beschlossene Kredit zur Ladeinfrastruktur wird hingegen nicht hinfällig. Der nächste Ersatz von Sammelfahrzeugen wird voraussichtlich per 2028 erfolgen. Dann werden drei der heutigen Dieselfahrzeuge mit elektrischen Sammelfahrzeugen ersetzt. Des Weiteren werden die kleineren Betriebsfahrzeuge laufend durch Elektrofahrzeuge ersetzt und die Ladestationen werden entsprechend benötigt (Zielerreichung Klimaschutzreglement).

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Parlament nimmt Kenntnis vom Bericht.

Köniz, 14.8.2024

Der Gemeinderat

## Diskussion

**GPK-Referentin Sandra Röthlisberger, GPK:** Die GPK stellt einstimmig fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Ich danke dem Gemeinderat Hansueli Pestalozzi und den Fachleuten für die Beantwortung der Fragen.

- Warum liegt dieses Geschäft überhaupt vor? Es handelt sich lediglich um eine Kenntnisnahme, ein Beschluss ist nicht nötig. Wenn ein genehmigter Kredit nicht genutzt wird, verfällt er ohne neue Beschlüsse. Der Gemeinderat hat aber entschieden, das Geschäft dem Parlament im Sinne einer Information trotzdem zur Kenntnisnahme vorzulegen.
- Was ist die Sachlage? Im November 2023 hat das Parlament einen Kredit für ein zusätzliches Sammelfahrzeug bewilligt, um ab 2025 eine 14-tägige Papier-/Kartonabfuhr zu gewährleisten. Das Parlament hatte seinerzeit am ersten elektrischen Sammelfahrzeug Gefallen gefunden, der Kredit wurde einstimmig genehmigt. Der Kredit wurde seinerzeit in einer sehr frühen Planungsphase beantragt, weil der Gemeinderat mit einer langen Lieferfrist bei den neuen Elektro-Fahrzeugen gerechnet hat. Erst danach hat sich gezeigt, dass die bestehende Fahrzeugflotte mit fünf Sammelfahrzeugen ausreichen, um auch diese zusätzlichen Abfahrten bewältigen zu können. Diese überraschende Entwicklung ist zustande gekommen, weil die Abfuhr-Routen mit einer neuen Software analysiert und neu geplant wurden.
- Konsequenz: Der Kredit für das zusätzliche Fahrzeug wird nicht benötigt und nicht beansprucht. Die Routen werden kürzer und der Betrieb somit ökonomischer und ökologischer.
- Blick in die Zukunft: Die Ladeinfrastruktur, für die ein separater Kredit bewilligt wurde, wird weiterhin beansprucht. Die nächste Beschaffungstranche ist 2028 fällig, dann sollen die ersten Dieselfahrzeuge durch elektrische ersetzt werden. Wir können uns also auch dann noch darüber freuen. Kleinere Betriebsfahrzeuge werden ebenfalls schrittweise elektrifiziert. Die Flotte wird bis 2035 dekarbonisiert. Die Umsetzung vom Netto-Null-Ziel ist hier avisiert. Übrigens werden alle Holsammlungen, also Kehrrecht, Papier-/Karton, Grüngut und die "Industrietour", neu geplant. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die Umstellung eine gute Kommunikation mit der Bevölkerung und vor allem mit den Hauswirtschaften bedingt.
- Was kostet das? Nichts. Es spart CHF 700'000 Investitionskosten. Die neue Routenplanung braucht aber trotzdem einen zusätzlichen Fahrer. Mit einem sechsten Sammelfahrzeug hätte es drei Leute gebraucht – also resultiert auch hier eine Einsparung.
- Fazit: Köniz kann mit einer höher getakteten Holsammlung ohne zusätzliche Fahrzeuganschaffungen diese 14tägige Abfuhr realisieren. Gleichzeitig wird der eingeschlagene Weg zur Elektrifizierung der Fahrzeugflotte beibehalten - wir brauchen einfach etwas länger.

Die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

**Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, Dominik Fischli, Grüne:** Auch wenn der Bericht kurz ist, so verdient er aus Sicht von uns Grünen/Jungen Grünen seine Würdigung: Ein E-Fahrzeug ist ökologischer als ein Dieselfahrzeug, aber noch ökologischer ist *kein* Fahrzeug. Dank der guten Detailplanung, kann ein Sammelfahrzeug inkl. Belegschaft gespart werden, ohne Leistungen zu kürzen.

Diese gute Detailplanung basiert auch auf den technologischen Möglichkeiten, welche ohne Digitalisierung der Routenplanung nicht möglich gewesen wären. Wir begrüssen, dass sich der Gemeinderat dieser Möglichkeiten bewusst ist und sie zielgerichtet einsetzt. Ganz im Sinne der Suffizienz ist es lobenswert, wenn Ressourcen eingespart werden können, ohne Leistungen zu vermindern.

**Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne:** Nochmals ganz kurz, das Wichtigste wurde gesagt. Ich will einfach nur an die letzte Parlamentsdebatte erinnern, dort haben wir die Digitalisierungsstrategie zur Kenntnis genommen. Dort ging es auch um die Kosten und das hier ist jetzt ein Beispiel, wie man dank Digitalisierung namhaft Kosten einsparen kann. Gegenüber dem, was wir ursprünglich angenommen haben, nämlich dass man mit sechs Sammelfahrzeugen unterwegs sein muss, können wir jetzt dasselbe mit fünf Sammelfahrzeugen machen und wir sparen jährlich zwei Stellen plus Betrieb und Amortisation dieses Sammelfahrzeugs – was etwa CHF 250'000 ausmacht, welche wir hier jährlich weniger ausgeben, für die genau gleiche Leistung.

Sandra Röthlisberger hat es erwähnt, es wird eine Umstellung der Sammeltouren geben. Und man kann nicht genügend darauf hinweisen, denn das wird zu Problemen führen: Denn bisher war seit Jahrzehnten jedem Quartier immer klar, wann die Kehrtafelabfuhr und wann die Grüngutabfuhr stattfindet und das wird jetzt zwar nicht ganz in allen Quartieren, aber in vielen Quartieren, ändern. Das ist kommunikativ eine grosse Herausforderung, welche wir hier vor uns haben und wir werden so umfassend wie möglich kommunizieren. Wir sind uns aber bewusst, dass etwas, was jahrzehntelang in den Köpfen war, man nicht von einem Tag auf den anderen wegbringt. Das wird Probleme geben, aber wenn ihr dies jetzt bereits allen sagt, wenn es bereits in euren Köpfen ist, vielleicht gelingt es uns dann, dass wir hier eine gute Umstellung schaffen werden.

Noch zwei Informationen zusätzlich: Der Gemeinderat hat an der gleichen Sitzung beschlossen, das wir im Rahmen der Umstellung die Grüngutsammlung um einen Monat verlängern werden. Diese wurde bisher Ende November eingestellt, wir führen diese jetzt bis Ende Dezember weiter, denn wir stellen auch fest, dass mit der Klimaveränderung auch im Dezember noch viel Grüngut anfällt. Das gibt eine kleine Verbesserung.

Doch das andere betrifft die Metallsammlung, welche wir bisher zweimal im Jahr gemacht haben: Da gab es beinahe keine Nachfrage mehr und diese werden wir einstellen. Es wird also keine Metall-Holsammlung mehr geben. Allerdings: Wenn jemand grössere Mengen Altmittel hat, dann kann er einen Abholservice bestellen. Dieser kostet zwar etwas, aber das ist ein Service, welchen wir dann anbieten werden.

## Beschluss

Das Parlament nimmt Kenntnis vom Bericht.

(Abstimmungsergebnis: einstimmig zustimmende Kenntnisnahme)

PAR 2024/84

## Passerelle Niederwangen, Projektierungskredit

Kredit; Direktion Planung und Verkehr

### 1. Ausgangslage

Die heutige Fusswegverbindung von der S-Bahn-Haltestelle Niederwangen ins Areal Juch-Hallmatt genügt den künftigen Anforderungen an eine solche Verbindung nicht. Im Gebiet Juch-Hallmatt werden ab 2028 im neuen kantonalen Polizeizentrum rund 1'400 Menschen arbeiten. Weitere Bauten für Gewerbe und Dienstleistungsnutzungen sind vorgesehen. Daher plant die Gemeinde eine neue Passerelle, um die S-Bahn-Haltestelle und das Entwicklungsgebiet zu verbinden.

Das Parlament hat am 28. August 2023 beschlossen, dazu einen offenen Projektwettbewerb nach SIA 142 durchzuführen.

Das Parlament hat den Gemeinderat dabei beauftragt, die Nachhaltigkeit (wirtschaftlich, sozial, ökologisch) im Projektwettbewerb zu berücksichtigen. Insbesondere soll eine möglichst ressourcenschonende Lösung gesucht werden.

Der Wettbewerb wurde im ersten Halbjahr 2024 durchgeführt. Aus Verfahrensgründen durfte zum Zeitpunkt der Erarbeitung des vorliegenden Antrages weder das Siegerprojekt noch das Siegerteam in den Parlamentsunterlagen dargestellt werden. Das Siegerprojekt wurde Ende August 2024 publiziert und die Wettbewerbsbeiträge sind im Laufe des Monats September für die Öffentlichkeit im Gemeindehaus Köniz ausgestellt. Die Mitglieder des Parlaments wurden entsprechend informiert und eingeladen.

Als nächster Schritt nach dem Projektwettbewerb folgt die Weiterentwicklung des Siegerprojekts zum Bauprojekt. Der Gemeinderat beantragt dem Parlament dafür einen Projektierungskredit in der Höhe von CHF 930'000. Mit dem Bauprojekt als Grundlage kann anschliessend dem Parlament und dem Volk ein Kreditantrag zur Realisierung der Passerelle unterbreitet werden.

## 2. Erarbeitung Bauprojekt

Beim vorliegenden Kreditantrag geht es nicht darum, die Realisierungskosten des Passerellenprojekts zu bewilligen, sondern um die Finanzierung der Weiterentwicklung des von der Wettbewerbsjury ausgewählten Projekts zu einem Bauprojekt. Der Kredit zur Realisierung wird (wie oben erwähnt) dem Parlament in einem nächsten Schritt beantragt.

Das Vorgehen bis zum Bauprojekt ist bereits im Wettbewerbsverfahren festgelegt: Mit dem Verfasserteam desjenigen Projekts, welches vom Preisgericht zur Ausführung empfohlen wird, wird ein Planervertrag abgeschlossen. Die Auftragserteilung zur weiteren phasenweisen Bearbeitung erfolgt nach der Zustimmung des finanzkompetenten Organs zum erforderlichen Kredit.

Verschiedene Eckwerte des Projektes sind unabhängig vom Siegerprojekt im Parlamentsantrag vom Sommer 2023 bzw. in den Wettbewerbsunterlagen festgehalten:

- Die Passerelle soll die heutige und künftige Nachfrage der Fussverkehrsquerungen über die Verkehrsadern Bahn und Autobahn abdecken und gleichzeitig eine möglichst hohe gestalterische Qualität bieten, welche trotz der Herausforderungen des stark von Verkehrsinfrastrukturen belasteten Standortes zu einer Aufwertung des Ortes beitragen kann.
- Wichtige Eigenschaften des Projektes sind weiter die wirtschaftlichen Realisierungs- und Betriebskosten sowie die Nachhaltigkeit. Daher soll das Projekt nach den Anweisungen des ["Faktenblatt Strategie «Nachhaltige Entwicklung der Schweiz» Infrastruktur"](#) geplant werden. Daraus ergeben sich u.a. die folgenden Anforderungen:
  - Der Energieverbrauch ist über den gesamten Lebenszyklus zu minimieren.
  - Die Verwendung von natürlichen Ressourcen, deren Vorkommen begrenzt ist (z.B. Kies), soll reduziert werden.
  - Die Trennung von Systemteilen mit unterschiedlicher Lebensdauer ist bestmöglich umzusetzen.
  - Je nach Projektvorschlag soll geprüft werden, ob PV-Anlagen angebracht werden können.
  - Neben den Erstellungskosten sind auch die Lebenszyklus-Kosten zu betrachten.
  - Der Inklusion soll bei der Gestaltung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.
  - Es sind Massnahmen zur Förderung der Biodiversität und Begrünung aufzuzeigen.

Die Nachhaltigkeit (wirtschaftlich, sozial, ökologisch) ist somit gemäss Auftrag des Parlamentes umfangreich in die Wettbewerbsunterlagen eingeflossen.

Informationen zum Siegerprojekt finden sich in der Medienmitteilung zur Ausstellung der Wettbewerbsergebnisse, die Ende August publiziert wurde. Für ausführliche Informationen zu Studien und zu den Vorarbeiten vor der Wettbewerbseröffnung verweisen wir auf die [Parlamentsunterlagen zum Wettbewerbsbeschluss vom 28.08.2023](#).



### 3. Termine

Die neue Passerelle soll mit dem kantonalen Polizeizentrum in Betrieb genommen werden. Gemäss Amt für Gebäude und Grundstücke AGG des Kantons Bern wird dies voraussichtlich Anfang 2028 der Fall sein. Der Spatenstich erfolgte am 4. Juli 2023. Auch wenn sich der Baugrubenaushub im laufenden Jahr verzögert, geht der Bauherr weiterhin von diesem Zieltermin aus.

Die Realisierung der Passerelle sieht die folgenden nächsten Schritte vor:

- Nach Beschluss des vorliegenden Projektierungskredits durch das Parlament wird das Siegerprojekt zum Bauprojekt weiterbearbeitet.
- Auf dieser Grundlage wird dem Parlament und anschliessend der Bevölkerung ein Kredit zur Realisierung der Passerelle beantragt. Dies wird voraussichtlich Ende 2025 bzw. Anfang 2026 der Fall sein. Parallel wird das Baubewilligungsverfahren eingeleitet.
- Stimmen Parlament und Bevölkerung dem Realisierungskredit zu und liegt die Baubewilligung vor, kann die Passerelle voraussichtlich ab 2026/2027 gebaut werden.

### 4. Projektierungskredit

Der vorliegende Kreditantrag basiert auf den Gesamtkosten gemäss Machbarkeitsstudie. Es ist absehbar, dass das Siegerprojekt diesen Kostenrahmen einhalten wird.

Die Höhe des Projektierungskredites ist abhängig von den Baukosten eines Projekts. Grob kann davon ausgegangen werden, dass insgesamt rund 80% der Gesamtkosten Baukosten sind. Basis für die aktuelle Abschätzung der Kosten bilden die im Parlamentsantrag vom Sommer 2023 erwähnten Gesamtkosten von CHF 12 Mio. (Planung, Projektierung und Realisierung). Damit ergibt eine Grobkostenschätzung ungefähre Baukosten in der Höhe von rund CHF 10 Mio.

Als Basis für die Berechnung des benötigten Projektierungskredits dienen die SIA-Normen sowie weitere Bedingungen, die Teil der Wettbewerbsausschreibung sind. Ausgehend davon lassen sich die Kosten für die Erarbeitung des Bauprojektes auf rund CHF 860'000.- (exkl. MwSt.), bzw. CHF 930'000.- (inkl. MwSt., gerundet) abschätzen.

Die Projektierungskosten für die Erarbeitung des Bauprojektes der Passerelle verteilen sich auf folgende Positionen:

Honorare Bauingenieur als GL	CHF	320'000
Honorare Architektur	CHF	150'000
Honorare Landschaftsarchitektur	CHF	100'000
Bauherrenunterstützung	CHF	120'000
Vermessung, Grundlagen	CHF	70'000
Geologe / Baugrunduntersuchung	CHF	50'000
Reserven	CHF	50'000
MwSt. 8.1%	CHF	69'660
<b>Total inkl. MwSt. 8.1 %</b>	<b>CHF</b>	<b>929'660</b>

### 5. Finanzen

Die hier beantragten Mittel für die Projektierung der Passerelle sind Teil der Gesamtkosten gemäss Agglomerationsprogramm der 4. Generation und werden rückwirkend durch Bund und Kanton mitfinanziert. Im IAFP sind die voraussichtlichen Gesamtkosten eingestellt:

IAFP 2025	2025	2026	2027	2028	ff
Niederwangen, Juch Hallmatt, Anschluss Juch an Bahnhof Niederwangen (Passerelle, Projektierung und Realisierung)	400'000	400'000	6'500'000	5'000'000	Div.

Die geplante Mitfinanzierung beläuft sich voraussichtlich auf maximal 40% durch den Bund sowie einem Beitrag des Kantons Bern in der Grössenordnung von ebenfalls rund 40%, womit sich der Finanzierungsanteil der Gemeinde Köniz auf voraussichtlich rund 20% belaufen wird. Für weitere Angaben zur Finanzierung des Gesamtprojekts wird auf die [Parlamentsunterlagen zum Wettbewerbsabschluss vom 28.08.2023](#) verwiesen.

## 6. Folgen bei Ablehnung

Würde kein Projektierungskredit gesprochen, müsste die Weiterentwicklung des Projektes abgebrochen werden.

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Für die Projektierung der Passerelle Niederwangen wird ein Kredit von CHF 930'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 2440.5290.0654 Niederwangen, Fusswegverbindung Juch - Hallmatt, Wettbewerb & Projektierung bewilligt.

Köniz, 14. August 2024

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) Folgekostentabelle

## Diskussion

**GPK-Referentin, Monika Röthlisberger, Grüne:** Herzlichen Dank an den Gemeinderat und die Verwaltung für diese aussagekräftigen Unterlagen und die Beantwortung unserer Fragen in der GPK. 2028 wird das Polizeizentrum in Niederwangen seinen Betrieb stetig aufnehmen und der Bahnhof Niederwangen wird deutlich mehr Pendlerverkehr als heute haben. Da die bestehenden Lifte und Aufgänge in die Jahre gekommen sind, aufgrund der Planung der SBB am gegenwärtigen Standort sowieso weg müssen und zu wenig Kapazität hätten, will die Gemeinde Köniz eine neue Fussgängerbrücke bauen.

Der gewählte Prozess für dieses Projekt ist vorbildlich: Zuerst hat die Gemeinde eine Machbarkeitsstudie mit ersten Überlegungen zu verschiedenen Varianten durchgeführt und auf dieser Grundlage im August 2023 dem Parlament einen Kredit für einen Wettbewerb im offenen Verfahren beantragt. Das ist für ein Infrastrukturprojekt in Köniz eine Premiere. Aufgrund der anspruchsvollen Ausgangslage – Zugtrasse, Autobahn, Limite der bestehenden Brücke und Hangneigungen – hat man durch den Wettbewerb möglichst viele Fachleute Varianten ausdenken lassen. Seit einigen Tagen könnt ihr das Siegerprojekt "green screen red line" und die anderen Vorschläge im Gemeindehaus anschauen. Insgesamt wurden elf Projektvorschläge eingereicht, das ist erfreulich.

Das Parlament hatte diesen Kredit mit der Auflage bewilligt, der Nachhaltigkeit sei bei diesem Projekt besondere Beachtung zu schenken. Das Siegerprojekt ist denn auch tatsächlich von allen Eingaben das nachhaltigste Projekt. Es braucht am wenigsten Baumaterial und besteht aus Standardbauteilen, welche man teilweise aus den bestehenden Aufgängen wiederverwenden und dann später auch wieder in anderen Bauwerken einsetzen kann, wenn dann diese Fussgängerbrücke mal wieder ersetzt werden muss. Die Auflage mit der Nachhaltigkeit hat übrigens weder in der Verwaltung noch bei den Unternehmen, welche Projekte eingereicht haben, zu Mehraufwand geführt und die Mitglieder der GPK, welche an der Vernissage der Ausstellung dabei waren, haben diesen Anlass als sehr gelungen in Erinnerung.

Als nächsten Schritt müssen die siegreichen Planerbüros jetzt ein konkretes und detailliertes Bauprojekt ausarbeiten. Dafür braucht es diesen Kredit im Betrag von CHF 930'000, welcher uns hier beantragt wird. Dieser Aufwand brauchte es übrigens auch, wenn man keinen Wettbewerb gemacht hätte. Bisher hat dieses Projekt den Rahmen der Investitionsplanung eingehalten und wir dürfen weiterhin davon ausgehen, dass Bund und Kanton rund 80% der Kosten übernehmen werden. Da dieses Geld aber erst im Nachhinein fließen wird, werden wir in etwas mehr als einem Jahr, über den ganzen Baukredit entscheiden und anschliessend wird auch eine Volksabstimmung notwendig werden.

Die GPK freut sich über die gute Präsentation dieses Geschäfts, mit Unterlagen, Informationsveranstaltungen und Ausstellungen. Sie ist einstimmig der Meinung, die Unterlagen sind vollständig und empfiehlt dem Parlament ebenfalls einstimmig, diesem Projektierungskredit zuzustimmen.

**Fraktionssprecher SP/JUSO, Urs Mumenthaler, SP Männer:** Am 28. August 2023 hat das Parlament einstimmig den Kredit für die Durchführung des Projektwettbewerbs Fussgängerbrücke Niederwangen Bahnhof–Juch bewilligt. Die Notwendigkeit dieses Projekts ist für uns nach wie vor unbestritten. Dass sich dieses Vorgehen mit der Variantenstudie gelohnt hat, zeigt ein Blick auf die unterschiedlichen Modelle und Ideen, welche dieses Vorgehen hervorgebracht hat. Ein Jahr später liegt nun ein Resultat mit dem schönen Titel "green screen red line" vor.

Heute geht es um einen weiteren Schritt zur Realisierung des Projekts. Die SP/JUSO-Fraktion steht für die Förderung des öffentlichen und des Langsamverkehrs sowie für Nachhaltigkeit und das vorliegende Siegerprojekt erfüllt diese Anliegen grossmehrheitlich.

Mit den Baufortschritten im Ried, dem entstehenden Polizeizentrum und den weiteren Entwicklungen auf dem Areal ist es umso wichtiger, dass das Zentrum von Niederwangen weiter gestärkt wird und die Attraktivität der ÖV-Nutzung gesteigert wird. Diese Passerelle ist hierzu ein wichtiges Puzzleteil.

Das Siegerprojekt überzeugt uns und macht aus einem Stück Infrastruktur ein ästhetisch durchaus ansprechendes Bauwerk mit ökologischem Mehrwert. Auch die Finanzierung ist gemäss heutigem Wissensstand gesichert. Der Bund will sich über das Agglomerationsverkehrsprogramm finanziell beteiligen und der Kanton hat den Rahmenkredit für seine Mitfinanzierung bereits beschlossen. Für die 20% der Gemeinde wird eine Lösung gefunden werden, über welche wir dann im Rahmen des Umsetzungskredits werden diskutieren können.

Deswegen wird die SP/JUSO Fraktion dem Projektierungskredit einstimmig zustimmen.

**Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Monika Röthlisberger, Grüne:** Die Grünen/Jungen Grünen sind vom Wettbewerbsergebnis begeistert und vom Projekt "green screen red line". Es freut uns besonders, dass unser Antrag auf eine hohe Gewichtung der Nachhaltigkeit – merci Simon Stocker, das war eine von deinen guten Ideen – so gut umgesetzt wurde und das Projekt gewonnen hat, welches am wenigsten Ressourcen braucht und am wenigsten CO2 freisetzt. Die bepflanzte Wand und die stylische schlichte Holzbrücke, machen den Bahnhof Niederwangen definitiv zu einem freundlicheren Ort, als heute. Und wer weiss, vielleicht gibt es am Fuss des "green screen" noch eine Pop-up-Bar für ein Feierabend Bier?

Wir finden, dieses Projekt ist auch in der Kommunikation vorbildlich: Das Siegerprojekt wurde öffentlich präsentiert und die betroffene Bevölkerung in Niederwangen hatte vergangenen Mittwoch die Gelegenheit, sich aus erster Hand zu informieren.

Aber eigentlich geht es hier ja weder um Pop-up's noch um bepflanzte Wände, sondern um einen Projektierungskredit. Die Grünen/Jungen Grünen stimmen diesem Kredit einstimmig zu. Wir staunen aber schon, was diese Bauerei so kostet: Beinahe CHF 1 Mio. nur um das Projekt auszuarbeiten. Da ist noch keine Holzlatte und noch keine Pflanze für den "green screen" inbegriffen. Da hoffen wir doch sehr, dass dieser Kredit dank dem schlanken Siegerprojekt dann nicht ganz ausgeschöpft werden muss.

**Fraktionssprecher FDP, Mark Kobel:** Gerne möchte ich vorab gleich sagen, dass die FDP dem Antrag für diesen Projektierungskredit für diese Passerelle in Niederwangen zustimmen wird. Das, obschon wir, wie auch gerade meine Vorrednerin, die Projektierungskosten eigentlich als zu hoch erachten. In unseren Augen hätten vermutlich CHF 600'000 vielleicht maximal CHF 700'000 genügen müssen.

Am Anfang unserer Fraktionssitzung, als wir dieses Geschäft besprochen haben, war dieses Geschäft völlig unbestritten. Die Ausgangssituation war ja klar: Die heutige Fussverbindung der S-Bahn-Haltestelle Niederwangen über die Autobahn und die Bahn genügt den Anforderungen nicht mehr. Das sicherlich auch, weil ab 2028 rund 1'400 Menschen im neuen kantonalen Polizeizentrum arbeiten werden.

Dann, im Gebiet auf der anderen Seite der Bahn, will man Gewerbe und Dienstleistungen ansiedeln. Auch dafür ist es wichtig, dass der Bahnhof eine gute Anbindung hat. Dann wurde der Wettbewerb erfolgreich durchgeführt, ein Projekt klar als Sieger erkoren und sogar ein Projekt, welches in sehr vielen Punkten überzeugen kann. Dann haben wir noch eine Passerelle über eine Nationalstrasse, über eine Autobahn und über die Bahnlinie. Auch das muss man sicherlich berücksichtigen, denn solche Sachen sind sicherlich speziell zu planen und auch beim Bauen sind gewisse Vorsichtsmassnahmen sehr wichtig. Dann ist der letzte positive Punkt sicherlich auch, dass das Projekt nachhaltig sein soll. Ihr seht, wir hatten eigentlich das Gefühl, das gibt eine lockere Runde für dieses Projekt – so weit so gut.

Je länger die Diskussionen in der Fraktion aber geführt wurden, umso mehr hat uns das Gefühl eines gewissen Unbehagens beschlichen:

- Hohe gestalterische Qualität: Den Wakkerpreis hat Köniz ja bereits erhalten - ich glaube nicht, dass wir hier jetzt noch speziell dafür arbeiten müssen.
- Eine Photovoltaikanlage installieren: Ja wollen wir dort so viel Fläche verbauen?
- Der Inklusion soll besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden: Heisst Inklusion nicht, dass sowieso das Spezielle in das Normale eingebaut werden muss?
- Die Förderung der Biodiversität und die Begrünung: Ja, wollen wir auch noch die Wildtiere über diese Passerelle schicken?
- Hohe Honorare für die Erarbeitung des Projekts und die letzte und vermutlich wichtigste Frage: Werden hier vielleicht bereits Reserven eingebaut?

Die Kosten für diesen Projektierungskredit erachten wir als unglaublich hoch und wir befürchten, dass wieder einmal ein Projekt aus der öffentlichen Hand nicht gleich behandelt wird, wie ein Projekt eines privaten Bauherrn. Müsste man nicht gerade bei einem solchen Projekt, wo die Gemeinde "Chef" ist, mit den Architekten und den Ingenieuren gewisse Grenzen setzen? Schlussendlich bauen wir eine Passerelle, welche hauptsächlich dem neuen kantonalen Polizeizentrum dient, damit Polizistinnen und Polizisten bequem täglich mit dem ÖV an ihren Arbeitsplatz anreisen können, Personen übrigens, welche die Meisten bei uns gar keine Steuern zahlen.

Trotz all dieser Vorbehalte werden wir, die FDP, diesem Antrag zustimmen. Wir erwarten aber, dass in Zukunft auf diese Projektierungskredite mehr Aufmerksamkeit gelegt wird und vermehrt zwischen den Themen "Must have" und "Nice to have" unterschieden wird.

**Fraktionssprecherin SVP, Andrea Winzenried:** Bereits in meinem Votum im August 2023 habe ich gesagt, dass diese Passerelle vom Bahnhof Niederwangen zur Überbauung Juch und zum Polizeizentrum dringend nötig ist. Dass dies keine einfache Realisierung wird, ist allen klar, weil die Autobahn und die Zug Linie überquert werden müssen. Es hat jetzt ein Projektwettbewerb stattgefunden und es wurden wirklich schöne und kreative Projekte eingereicht. Das Siegerprojekt besticht durch eine schlichte und pragmatische Linienführung mit zwei durchdachten Aufgängen und einem fließenden Übergang zum Hang gegen die Firma Fust hinunter.

Wir danken der zuständigen Direktion für die gut verständlichen Unterlagen und die Möglichkeit, die verschiedenen Projekte anschauen zu dürfen. Für die weitere Entwicklung dieses Siegerprojekts zu einem Bauprojekt, braucht es jetzt eben diesen Projektierungskredit. Dieser Kredit - das finden wir auch - ist doch eher hoch, aber im Vergleich mit der erwarteten Bausumme, doch im Verhältnis. Und er ist ein Teil der Gesamtkosten und diese helfen der Kanton und der Bund ja mittragen.

Wir von der SVP-Fraktion stimmen diesem Kreditantrag zu.

**Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Toni Eder, Die Mitte:** Ich wiederhole nicht alles, was bereits gesagt wurde, sondern ich starte gleich mit dem Siegerprojekt, welches Ende August publiziert wurde und die Wettbewerbsbeiträge sind ja in diesem Monat für die Öffentlichkeit im Gemeindehaus Köniz ausgestellt. Die Mitglieder des Parlaments wurden entsprechend informiert und waren zur Vernissage eingeladen. An der Vernissage wurden die fünf besten Projekte im Detail vorgestellt. Vier Parlamentarier sind dieser Einladung nachgekommen, es war ein guter Anlass und ich danke dem zuständigen Gemeinderat herzlich und auch seinen Mitarbeitenden.

Der Kreditantrag basiert auf den Gesamtkosten gemäss Machbarkeitsstudie. Es ist absehbar, dass das Siegerprojekt diesen Kostenrahmen einhalten wird, das steht so im Antrag. Das ist eine mutige Aussage. Es ist aber so, das siegreiche Projekt ist sicherlich eines der günstigeren Projekte. Es ist eine kurze Brücke, es ist eine einfache Konstruktion. Von mir aus gesehen sind die Risiken eigentlich vor allem im Baugrund zu suchen: Die Brücke geht in den Hang hinter der Brücke, der Baugrund ist weitgehend unbekannt, es braucht beinahe sicher eine Mauer, allenfalls zur Stabilisierung Zuganker.

Vis-à-vis beim Abgang, dort gehen wir in ein Gelände mit einer Siedlungsgeschichte – wie ich dem gesagt habe – wenn hier unerwartete Teile bei der Fundation hervorkommen, dann ergibt dies auch Mehrkosten. Die Höhe des Projektierungskredits ist von den Baukosten des Projekts abhängig: Grob gesagt, können wir davon ausgehen, dass 80% der Gesamtkosten Baukosten sind und 20% Planungskosten. Basis bildet die Abschätzung, welche man gemacht hat, diese sind bereits im Parlamentsantrag vom Sommer 2023 erwähnt worden. Wir haben es gehört: CHF 12 Mio. Gesamtkosten. Wie kommt man dann auf diese Projektierungskosten? Da gibt es Normen, welche man einhalten muss, es gibt Bedingungen, welche Teil der Wettbewerbsausschreibung waren und davon ausgehend kommt man dann auf diese CHF 930'000 inkl. MWST. Jetzt ist einfach die Frage, ob dies viel ist? Kann man bei der Planung sparen? Ja, das kann man, da kann man sogar sehr gut sparen. Die Frage ist einfach, ob es klug ist, bei der Planung zu sparen. Ich habe eine kleine Rechnung gemacht: Wenn wir bei der Planung 30% einsparen würden, dann sind dies 6% der Gesamtkosten. Wenn aber aufgrund dieser abgespeckten Planung, diese nur noch ungenügend ist und die Baukosten deswegen nur 10% höher sind, dann sind dies 8% der Gesamtkosten. Also: Gute Planung lohnt sich, ansonsten gilt die Regel, Sparen kann teuer werden. Wenn wir diesem Planungskredit heute zustimmen, dann geht es weiter und das wollen wir. Darum stimmt die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dem Antrag des Gemeinderates zu.

**Casimir von Arx, GLP:** Es ist noch etwas Verwirrung in Bezug auf das Votum von Mark Kobel bezüglich Photovoltaik entstanden. Denn in diesem Jurybericht gibt es keine spezifischen Aussagen dazu. Ich will aber gerne noch eine Ergänzung zu diesem Thema machen: Falls am Schluss dieses Siegerprojekt ein Dach mit über 50m<sup>2</sup> hätte, dann würde vermutlich der Gegenvorschlag zur Solarinitiative greifen und eine Photovoltaik oder Solarthermie-Anlage wäre obligatorisch. Und ich mache an dieser Stelle auch noch gerne darauf aufmerksam, dass die FDP-Fraktion im Grossen Rat diesem Gegenvorschlag einstimmig zugestimmt hat.

**Gemeinderat Christian Burren, SVP:** Vielen Dank Monika Röthlisberger für die korrekte Wiedergabe dieses Geschäfts aus Sicht GPK. Besten Dank auch für die generell gute Aufnahme dieses Geschäfts im Parlament, ich habe einzig Kritikpunkte von der Fraktion der FDP gehört, die Kosten für die Projektierung seien zu hoch.

Ja, Toni Eder hat mir die Antwort beinahe bereits abgenommen: Er hat erklärt, wie diese zustande gekommen sind und vielleicht müssen wir diese nicht ganz ausschöpfen. Aber ganz klar ist, dass wir dort an einem absolut schwierigen Ort sind und eine gute Planung ist eminent wichtig, damit uns dann die Baukosten nicht überraschen. Reserven haben wir zum jetzigen Zeitpunkt keine grossen eingebaut. Wir gehen auch davon aus, dass wir die Kosten - diese Prognose wage ich jetzt, trotz der Warnung von Toni Eder - einhalten werden, den Kredit in der Höhe dieser CHF 12 Mio. Denn es ist gemäss der Kostenschätzung eines der günstigeren Projekte all dieser Varianten, welche vorgeschlagen wurden. Es ist auch eines von zweien Projekten, welches mit nur zwei Lifttürmen auskommt. Es kommt dann in Zukunft ja auch noch auf die Betriebskosten an, diese kosten uns dann alle Jahre und wir wissen, was die heutigen Lifttürme im Unterhalt kosten. Ich glaube, es ist hier ein gutes Projekt und es lohnt sich auch, dass wir das jetzt sauber projektieren und ein sauberes Bauprojekt bekommen, um dann auch einen verlässlichen Kostenvoranschlag für den Baukredit berechnen zu können. Die Ökologie wurde noch angesprochen, das betrifft hauptsächlich das Gebiet des Gegenhangs, dort, wo der Abgang ist, also auf der Seite Niederwangen Juch-Schulhaus. Aber auf der Brücke selber, ist die Ökologie nicht von grösster Bedeutung. Und zur Photovoltaikanlage: Wenn kein Dach geplant ist, dann ist diese kaum vorzusehen. So viel von meiner Seite.

## Beschluss

Für die Projektierung der Passerelle Niederwangen wird ein Kredit von CHF 930'000 (inkl. MwSt. zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto 2440.5290.0654 Niederwangen, Fusswegverbindung Juch - Hallmatt, Wettbewerb & Projektierung bewilligt.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Annahme)

PAR 2024/85

## **Oberwangen, Umbau Schreinerei zu Basisstufe und Übertragen Gebäudeteil in Verwaltungsvermögen**

Kredit und Beschluss; Direktion Sicherheit und Liegenschaften

### **1. Ausgangslage**

Die Bildungsraumsituation in Oberwangen ist seit mehreren Jahren angespannt, es besteht ein akuter Platzmangel. Unter Berücksichtigung der finanziellen Situation, des zusätzlichen Raumbedarfs und des Kosten-/Nutzenverhältnisses wurden dem Gemeinderat sowie dem Parlament am 25. Mai 2020 für die Sanierung der Schulanlage Oberwangen folgende Varianten vorgelegt:

- 1) Renovation: Minimaler Eingriff / hindernisfreie Zugänglichkeit / kein zusätzlicher Raum
- 2) Laubengang: Zusätzlicher Bildungsraumraum / energetisch optimiert
- 3) Anbauten: auf beiden Gebäudeseiten, zusätzliche Gruppenräume / neuer Sanitärtrakt

Gemeinderat und Parlament haben sich damals für die Variante 1 entschieden, welche keine Bildungsraum-Reserven beinhaltet. Die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ist seit dem Entscheid leider nicht wie im Schulraumkonzept 2017 (Seite 20) prognostiziert stabil geblieben, sondern ist angewachsen. Im Schuljahr 2022/23 musste eine dritte Basisstufenklasse eröffnet werden. Der Anstieg der Schülerzahlen ist auf den Generationenwechsel in zwei Quartieren zurückzuführen. Die Anzahl Klassen ist mit drei Basisstufenklassen und drei Klassen Zyklus 2 (6 Klassen) gemäss Schulraumkonzept 2017 nicht überschritten. Der Mehrbedarf an Raum für drei Basisstufen und drei Zyklus 2 Klassen mit Gruppenräumen ist jedoch nicht vorhanden. (Details Kapitel 2 -IST-Situation).

Im Schulhaus Oberwangen bestehen keine Raumreserven. Die engen, ungenügenden Platzverhältnisse sind für die an Unterricht und Betreuung beteiligten Personen (Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrpersonen) unbefriedigend. Aufgrund der begrenzten räumlichen Kapazitäten und der fehlenden Gruppenräume, ist die Sicherstellung eines zeitgemässen, den Vorgaben des LP21 entsprechenden Unterrichts nur teilweise umsetzbar. Der Schulraumbedarf muss längerfristig gesichert werden, damit nicht, wie im Schuljahr 24/25, Basisstufenklassen in Provisorien ausgelagert werden müssen. Die Prognose der Schülerzahlen zeigt, dass der Schulraumbedarf in den nächsten Jahren tendenziell leicht steigend ist.

Die zusätzlich gekaufte Liegenschaft Feldackerstrasse 28/30/32 befindet sich direkt neben dem Schulhaus und bietet eine optimale Schulraumerweiterung. Die Aussenräume der Liegenschaft und der Schulanlage können gemeinsam benutzt werden und bieten dadurch Aufenthaltsmöglichkeiten im Freien. Betrieblich gesehen ist dies eine kompakte und angemessene Situation. Auf der neu gekauften Parzelle befinden sich heute ein Wohnhaus mit vier Wohnungen und ein Gewerbeteil mit einer Schreinerei. Die Schreinerei ist separiert vom Wohnhaus und bietet einen idealen Bereich für den Schulraumbedarf für eine Basisstufenklasse. Bis zur Fertigstellung des Umbaus wird auf dem Pausenplatz ein Provisorium für eine Basisstufe installiert (Finanzkompetentes Organ GR).

Die Tagesschule ist heute bereits ausgelagert worden und befindet sich an der Wangentalstrasse 195 und 197.

### **2. IST Situation**

Aktuell befinden sich drei Basisstufen-Klassen und drei Zyklus 2 Klassen (128 Schülerinnen/ Schüler) im Schulhaus Oberwangen. Gemäss dem vorgegebenen Richtraumprogramm des Kantons Bern müsste pro Zyklus 2 Klasse ein zusätzlicher Gruppenraum zur Verfügung stehen. Der einzige noch zur Verfügung stehende Gruppenraum wird aktuell von der Schulsozialarbeiterin und den DaZ-Lehrpersonen genutzt. Den Klassen steht im Garderobenbereich eine kleine Lernlandschaft zur Verfügung, die jedoch der Qualität eines Gruppenraumes nicht gleichzusetzen ist, da die Schülerinnen und Schüler wegen der hohen Frequentierung oft nicht ungestört arbeiten können. Diese Ausgangslage bedeutet organisatorische Mehraufwände unter den Lehrpersonen, weil die beengte Raumsituation tagtäglich Absprachen benötigt.

Die Tagesschule wurde im Sommer 2021 an der Wangentalstrasse 197 für ca. 15 Tagesschulkinder eröffnet. Aufgrund der hohen Zahl an Anmeldungen im Sommer 2023 von ca. 36 Tagesschulkindern, musste kurzfristig eine Lösung gefunden werden. Seit Herbst 2023 wird dafür das Erdgeschoss an der Wangentalstrasse 195 für die Tagesschule benutzt.

### 3. Prognose Schülerzahlen

Eine nachhaltige Schulraumplanung bedingt eine verlässliche Prognose der SuS- und Klassenzahlen. Der Bedarf der jeweils nächsten vier Jahre kann anhand der effektiven Geburtenentwicklung (künftige SuS sind schon geboren) relativ gut abgeschätzt werden. Auf Grund der vorschulpflichtigen Kinder rechnet die Abteilung BSS weiterhin mit konstanten Schülerinnen- und Schülerzahlen.

	SJ 2023/24		SJ 2024/25		SJ 2025/26		SJ 2026/27		SJ 2027/28	
<b>Oberwangen</b>										
BS - SuS	69		67		66		64		62	
BS – Kl.		3		3		3		3		3
Prim - SuS	61		66		69		73		70	
Prim – Kl.		3		3		3		3		3
<b>Total</b>	<b>130</b>	<b>6</b>	<b>133</b>	<b>6</b>	<b>135</b>	<b>6</b>	<b>137</b>	<b>6</b>	<b>132</b>	<b>6</b>

Die Prognose SJ 28/29 kann erst Ende Juli 24 anhand der Geburten abgeschlossen werden. Bei der geplanten Überbauung "Station Oberwangen" ist im Zeitraum von 2027 bis 2032 einen Zuwachs von bis zu 380 Einwohnenden für Oberwangen zu erwarten.

### 4. Bildungsraumbedarf Oberwangen

In den nächsten 3-4 Jahren variieren die Schülerzahlen nur marginal. Die Klassendurchschnittszahlen bleiben aber mit rund 22 SuS/Klasse konstant hoch. Mit einer zusätzlichen Klasse kann hier kurz- bis mittelfristig Entspannung gebracht werden, denn mit einer Überbauung des Areals bei der Bahnstation Oberwangen würde der Druck auf die Klassengrössen weiter steigen.

Das Areal bei der Station Oberwangen (ZPP 12/3 Station Oberwangen) ist grösstenteils ungenutzt und liegt brach. Die Grundeigentümerin der Schlüsselparzellen beabsichtigt auf dem Areal eine verdichtete Wohnüberbauung mit Ergänzungsnutzungen wie z.B. Verkaufsnutzung, Generationenwohnen und Angebote im Bereich Gesundheit und Bildung zu realisieren. Damit die geplante Überbauung umgesetzt werden kann, muss die baurechtliche Grundordnung des Areals, d.h. die Zone mit Planungspflicht Nr. 12/3 «Station Oberwangen» in einem ordentlichen Verfahren mit Volksabstimmung angepasst werden. Diese findet am 22. September 2024 statt.

Es ist davon auszugehen, dass der erwartete Anstieg der Schülerzahlen durch die Realisierung der Überbauung "Station Oberwangen" mittel- bis langfristig die Eröffnung einer weiteren Primarschulklassen am Standort Oberwangen erforderlich machen wird. Der dafür benötigte Schulraum kann mit gemeindeeigenen Liegenschaften in Oberwangen abgedeckt werden.

## 5. Alternativen

Folgende alternativen Standorte wurden diskutiert und geprüft.

**a) FARMCO, Mühlestrasse 12:**

Das Gebäude an der Mühlestrasse 12 befindet sich unmittelbar hinter dem Mehrzweckgebäude und der Zivilschutzanlage Oberwangen. Das Gebäude wurde als strategische Raumreserve im September 2021 erworben. Das Gebäude müsste umgebaut werden und die Platzierung von nur einer Basisstufe ist aus sicherheitstechnischen Gründen nicht möglich, da auf dem Areal verschiedene Gewerbe angesiedelt sind.

**b) Wangentalstrasse 195, Chalet:**

Das Chalet wird aufgrund der gestiegenen Nachfrage bei der Betreuung als Tagesschule genutzt. Die Flächen sind insgesamt zu klein für einen regulären Betrieb einer Basisstufenklasse.

**c) Miete von zusätzlichen Räumlichkeiten**

Aktuell sind die zonenkonformen Möglichkeiten in Oberwangen ausgeschöpft.

**d) Transport der Schülerinnen und Schüler in ein anderes Schulhaus:**

Die Auslagerung einer einzelnen Klasse für einen begrenzten Zeitraum, zum Beispiel ins Schulhaus Ried, ist aus Sicht der zuständigen Fachabteilung allen an Unterricht und Betreuung beteiligten Personen, insbesondere aber den Schülerinnen und Schülern, nicht zuzumuten und der kalkulierte Aufwand für den SuS-Transport wäre kaum rechtfertigbar. Zudem würde im Schulhaus Ried nur noch für ein Jahr Platz bestehen, da dort im Schuljahr 2025/26 eine weitere Klasse eröffnet wird und das Ried dann gefüllt sein wird.

**e) Neuordnung von Räumen innerhalb des Schulhauses Oberwangen:** Diese Variante wurde über die letzten beiden Jahre laufend geprüft und zum Teil auch mit einfachen Mitteln umgesetzt. Alle Lösungen basieren immer auf Rücksichtnahme aller Beteiligten. Diese haben in den letzten beiden Jahren viel Durchhaltewillen gezeigt.

Zu den geprüften Möglichkeiten a) bis d) ist zu erwähnen, dass eine räumliche Separation einer einzelnen Klasse, egal welchem Zyklus zugehörend, für alle Beteiligten enorme betriebliche Umstände mit sich bringt. Man hat als «ausgelagerte Klasse» keinen Zugriff auf Spezialräume (Sport, Gestalten etc.), es fehlt der soziale Austausch sowohl zwischen den Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Altersstufen als auch zwischen den Lehrpersonen innerhalb des Kollegiums. Damit leidet die Gesamtwirkung der Schule, Entwicklungsprozesse sind schwieriger zu gestalten.

## 6. Ausblick Oberwangen

Momentan besitzt die Gemeinde Köniz zwei potenzielle Erweiterungsareale für die schulische Nutzung: die kürzlich erworbene Feldackerstrasse und das FARMCO. Beide Areale befinden sich in der gemischten Zone, was die Nutzung für schulische Zwecke einschränkt. Grundsätzlich muss Schulraum in einer Zone für öffentliche Nutzung (ZöN) liegen. Die Turnhalle in Oberwangen, die sich direkt neben dem FARMCO befindet, liegt bereits in der passenden Zone.

Im Sinne einer vorausschauenden Planung wird die Abteilung Immobilien in Zusammenarbeit mit der BSS für beide Standorte eine Machbarkeitsstudie erarbeiten. Diese Studie wird die Nutzungsmöglichkeiten für Schul-, Sport- und Jugendraum untersuchen. Parallel dazu wird der Prozess zur Umzonung der Areale gestartet.

Diese Massnahmen ermöglichen eine vorausschauende Planung und langfristige Sicherung von Schul-, Sport- und Jugendraum in Oberwangen. Mit diesen Arealen kann weiterer Schulraumbedarf aufgefangen werden.



## 7. Provisorium bis zur Fertigstellung Umbau

Bis zur Fertigstellung des Umbaus der Schreinerei wird ab Sommer 2024 ein Containerprovisorium (Finanzkompetenz Gemeinderat) auf dem Pausenplatz installiert. Die Container sind gemietet.

Einreichung Baugesuch	Anfang Jan 2024
Voraussichtliche genehmigtes Baugesuch	Mai/Juni 2024
Voraussichtliche Lieferung	Juni 2024
Bezugsbereit	voraussichtlich Juli 2024
*Voraussichtlicher Abbau Container	Juli 2026

\* Sofern die Schreinerei zu einem früheren Zeitpunkt bezugsbereit ist, besteht die Möglichkeit, den vorzeitigen Abbau der Container zu ermöglichen. Die voraussichtliche Eröffnung der Basisstufe in der ehemaligen Schreinerei (Kapitel 10) soll im Februar 2026 stattfinden.

## 8. Projekt

Die heutige Schreinerei in der Feldackerstrasse 28/ 32 soll in eine Basisstufe umgewandelt werden, der aktuelle Zustand ist nicht gut. Die bestehende Fassade und das Dach werden beibehalten, wobei das Dach einer Sanierung unterzogen wird und die Integration einer Photovoltaikanlage vorgeschlagen wird. Eine bisher fehlende Wärmedämmung wird im Inneren des Gebäudes ergänzt, und die Fenster werden erneuert.

Zusätzlich zu dem Hauptunterrichtsraum wird ein Nebenraum für individuellen Unterricht geschaffen. Darüber hinaus wird ein Zwischengeschoss mit einer Holzkonstruktion eingefügt. Im Erdgeschoss befinden sich die Nasszellen, während im oberen Geschoss Raum für die Kinder zum Spielen oder für ähnliche Aktivitäten geschaffen wird.

Unmittelbar vor dem Gebäude wird ein kleiner Aussenbereich gestaltet, der durch einen direkten Fussweg eine Verbindung zum Schulhaus erhält.

Die detaillierten Pläne des Projekts sind in der Beilage 1 aufgeführt.

## 9. Finanzen

Kostenschätzung +/-15%; Baupreisindex Hochbau, Espace Mittelland, Stand April 2023, 114.3 Punkte

Arbeitsgattung		Kosten inkl. MwSt.
Vorbereitungsarbeiten	CHF	83'600
Gebäude	CHF	1'183'300
Umgebung	CHF	36'600
Baunebenkosten	CHF	49'700
Reserve/ Rückvergütungen	CHF	102'500
Ausstattung	CHF	4'300
Photovoltaik Anlage	CHF	18'400
Möbliering	CHF	30'000
Umzug	CHF	30'000
*Umzug Schreiner	CHF	65'000
Total inkl. MwSt.	CHF	1'603'400
<b>Total inkl. MwSt. gerundet</b>	<b>CHF</b>	<b>1'605'000</b>

Die detaillierte Kostenschätzung kann in der Beilage 2 entnommen werden.

Im vorliegenden IVP 2024 wurde kein Vorhaben zum Umbau der Feldackerstrasse 28/32 aufgeführt. Das Objekt wurde im Sommer 2023 gekauft, daher konnte das Objekt beim Budgetprozess nicht berücksichtigt werden. Die Summe kann jedoch von anderen Objekten kompensiert werden.

\*Umzug Schreiner: In der Feldackerstrasse 32 war bisher ein Schreiner eingemietet. Um die Räumlichkeiten zukünftig für schulische Zwecke nutzen zu können, wurde dem Schreiner eine Alternative angeboten.

Die entstehenden Umzugskosten übernahm die Gemeinde. Dies ermöglicht es der Gemeinde sicherzustellen, dass die geplanten Arbeiten unmittelbar nach Vorlage des Parlamentsantrags und der bewilligten Baugenehmigung beginnen können.

### Übertragung Verwaltungsvermögen

Die Feldackerstrasse 28/30/32 befindet sich heute im Finanzvermögen, da im Zeitpunkt des Kaufes alles vermietet war. Neu wird die Feldackerstrasse 28 und 32 als Schulnutzung verwendet. Die Nr. 32 ist die Schreinerei und die Nr. 28 ist ein Schopf. Der geschätzte Verkehrswert ist: Für die Schreinerei 240'886.- und für den Schopf 39'400.-

### 10. Termine

PARA Ausführungskredit	16.09.2024
Baueingabe	Oktober 2024
Baubewilligungsergebnis	April 2025
Reserve Einsprachen	bis Juni 2025
Baubeginn	Juli 2025
Bauende	März 2026
Eröffnung Basisstufe	Sommer 2026

### 11. Folgen bei Ablehnung

Die Mankos für den Betrieb einer zeitgemässen Unterstufe und die kaum flexible Raumnutzung müssen weiterhin in Kauf genommen werden. In Aussicht gestellte Schulraumerweiterungen, welche an den verschiedenen Infoveranstaltungen gegenüber der Bevölkerung gemacht wurden, könnten nicht realisiert werden. Das Provisorium müsste länger in Betrieb bleiben obwohl dieses ein nur minimales Platzangebot für eine begrenzte Übergangszeit bietet.

### Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Parlament bewilligt für das Projekt "Oberwangen, Umbau Schreinerei zu Basisstufe" einen Kredit von CHF 1'605'000.- (inkl. MwSt., zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 3750.5040.2421, "Oberwangen; Feldackerstrasse 28/32, Umbau Schreinerei in Basisstufe".
2. Der Übertragung des Gebäudeteils Feldackerstrasse 28 und 32, Oberwangen (Sachanlagen im Finanzvermögen) in das Verwaltungsvermögen wird zugestimmt.

Köniz, 7. August 2024

Der Gemeinderat

### Beilagen

- 1) Vorprojekt
- 2) Kostenschätzung
- 3) Folgekosten

### Diskussion

**GPK-Referentin, Kathrin Gilgen, SVP:** Mit dem Umbau in den Jahren 2020/2021 wurde im Schulhaus Oberwangen kein zusätzlicher Raum erstellt. Die Platzverhältnisse waren über Jahre nicht optimal und inzwischen ist zu wenig Schulraum vorhanden. Darum steht jetzt seit August ein Container-Provisorium auf dem Pausenplatz, welcher den nötigen Raum für eine Basisstufenklasse bietet und die Zeit bis zur Fertigstellung der Basisstufe in der alten Schreinerei überbrücken soll.

Das noch mit Mitteln aus dem alten Rahmenkredit gekaufte Objekt an der Feldackerstrasse grenzt direkt an das Schulhaus, Parzelle A, und ist somit prädestiniert für eine Schulraumerweiterung in Oberwangen. Der Zugang verläuft über den Eingangsbereich und den Pausenplatz des Schulhauses und ist nur ein Katzensprung entfernt und bildet somit eine Einheit. Das Projekt betrifft nur die separate Schreinerei an der Feldackerstrasse 28 und 32 und es ist kein Kredit im Investitionsplan eingestellt. Das Objekt wurde erst im Sommer 2023 gekauft.

Geplant ist, dass es im August 2026 für eine Basisstufenklasse bezugsbereit ist. Dach und Fassade bleiben erhalten, werden saniert und mit Wärmedämmung und einer integrierten Photovoltaik erweitert. Ihr findet einen Beschrieb und Pläne in den Unterlagen. Der Umbauteil wird an der bestehenden Pelletheizung des Schulhauses angeschlossen.

Was die Unterstützung beim Umzug betrifft, war dies eine Risikominimierung, um das Projekt zeitlich passend umsetzen zu können. Erfreulicherweise konnte gleichzeitig ein Leerstand im FARMCO-Gebäude vermietet werden und somit wird ein Mietzins generiert. Da zum Zeitpunkt des Kaufes alles vermietet war, befindet sich das ganze Objekt Feldackerstrasse 28, 30 und 32 im Finanzvermögen. Neu wird der Teil 28 und 32 als Schulraum genutzt, mit einem geschätzten Wert von zusammen CHF 240'886, welches jetzt ins Verwaltungsvermögen übertragen werden soll.

- Die GPK stellt fest, dass die für den Entscheid notwendigen Informationen und Unterlagen vorliegen. Das Abstimmungsergebnis war einstimmig.
- Die GPK empfiehlt dem Parlament, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Das Abstimmungsergebnis war einstimmig.
- Die GPK hat auch noch weiter diskutiert und stellt fest, dass die Schulraumplanung aufgrund der Verzögerung schwierig ist. Sie erwartet, dass die Schulraumplanung jetzt rasch angegangen wird, da ansonsten Planungsunsicherheiten und weitere Mehrkosten entstehen. Auch dort war das Abstimmungsverhältnis einstimmig.

**Fraktionssprecherin SVP, Kathrin Gilgen:** Ich nehme es gleich vorweg, die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu. Wir anerkennen und würdigen auch die weitsichtige und gute Arbeit der verantwortlichen Personen in der Verwaltung, im Besonderen in der Abteilung Immobilien. Bereits der Kauf des strategisch gut gelegenen Objekts neben dem Schulhaus und das pragmatische Ausbauprojekt in dieser Zeitspanne, zeugt von fachlich kompetentem Überblick, lösungsorientierter Leistungsbereitschaft und einem sorgfältigen Einsatz für die Gemeinde Köniz. Besten Dank hierfür.

Ein kurzer Rückblick zur Situation Schulhaus Oberwangen: Ich erinnere mich noch gut an diese hitzige Diskussion, dannzumal in der Aula im OZK, an der Parlamentssitzung vom 25. Mai 2020. Auch wir hätten damals gerne vertiefter über eine Abbruch- und Neubau-Variante des heutigen Schulhauses nachgedacht. Diese dann im Antrag erwähnten, angenommenen CHF 5 bis 6 Mio. für einen Neubau, wirkten beinahe wie ein Schnäppchen und die dafür erhaltene Schulraumaufteilung und Gestaltung nach heutigem Standard und Ansprüchen hätten auch viele Probleme gelöst. Inzwischen wurden durch den Rahmenkredit diverse Objekte in Oberwangen gekauft und in Teilen davon ist die Tagesschule einquartiert. Die Kosten für den Kauf dieser Objekte sind das eine und zugegeben, dies sind ja auch Investitionen und nicht verlorenes Geld. Rechnen wir aber die jeweiligen Sanierungs- und Umbaukosten und Containerlösungen zusammen, kommen wir locker auf CHF 5.5 Mio. und haben dafür ein über das ganze Dorf verzettelte Lösung in alten, zum Teil nicht zonengerechten Gebäuden.

Dass im Jahr 2020 eine Kehrtwende zu einem Neubau nicht möglich war, ist bekannt, dies aus diversen Gründen. Insbesondere aber wegen dem fehlenden Schulraumkonzept hinken wir seit Jahren mit diesem Schulraumbau hinterher und müssen immer wieder kurzfristig Brände löschen. Inzwischen haben wir beinahe Ende 2024 und das Schulraumkonzept fehlt immer noch. Vielerorts in der Gemeinde, gerade auch in Oberwangen, gibt es einen Flickenteppich, welcher bei der Gestaltung wie auch im Unterhalt viel kostet und im Alltag unpraktisch ist. Wir weisen erneut darauf hin, dass dieses Schulraumkonzept jetzt zuoberst auf die Prioritätenliste gehört und erhoffen uns auch, dass das Wangental als Ganzes visionär und pragmatisch angeschaut wird.

Im vorliegenden Geschäft sind die zukünftigen Möglichkeiten, wie ein FARMCO-Gebäude erwähnt und eine tiefgründige Planung sollte jetzt frühzeitig vorgenommen werden. Denn im Ried, Niederwangen, ist das Schulhaus voll. Die Tagesschule muss ausgelagert werden und im Juch ist spätestens ab 2028 auch zu wenig Platz vorhanden und bei einem Objekt ist das Dach undicht. Immer nur kurzfristige Brandbekämpfung verursacht viele unnötige Mehrkosten und selten gute Alltagslösungen für die Lehrpersonen und die Schulkinder.

**Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte, Katja Streiff, EVP:** Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat für das vorliegende Projekt. Der Standort ist sehr gut gelegen, man könnte sagen: ideal. Direkt neben dem bestehenden Schulhaus und es ermöglicht eine Verbindung zwischen den beiden Standorten. Man könnte sagen: Ein Glücksfall in der Misere.

Aber warum eine Misere? Die Schulraumsituation im Wangental steht sinnbildlich für die Schulraumplanung in unserer Gemeinde. Sie spitzt sich seit geraumer Zeit zu und das Problem ist nicht neu. Seit Jahren warten wir auf ein Schulraumkonzept und es müsste längst vorliegen.

Besonders Besorgnis erregend ist jetzt diese Situation im Schulhaus Oberwangen. Hier gibt es keine Raumreserven und der Bedarf wird weiter steigen. Die bereits geplante Überbauung Station Oberwangen wird bis zu 380 neue Einwohnerinnen und Einwohner bringen. Ein Zuwachs, welcher die Schulraumsituation weiter verschärfen wird. Und trotzdem stehen wir hier ohne längerfristig gesicherte Lösung. Bereits heute sind die Basisstufenklassen in Provisorien auf dem Pausenplatz ausgelagert. Und ja, auf dem Pausenplatz, das bedeutet für die Kinder ein Minus an einem Pausenplatz und wir alle wissen, was das heisst und wie wichtig so ein Pausenplatz ist.

Die errechneten Schülerzahlen in Niederwangen zeigen gleich das nächste grosse Schulraumproblem im Wangental auf, welches bereits in den nächsten Jahren ungehalten auf uns zukommen wird. Es kann nicht sein, dass wir ohne klare Planung in die Zukunft schauen. Wir brauchen eine langfristige und verbindliche Planung. Das hätte schon vor Jahren angegangen werden müssen und ist in unseren Augen längst überfällig. Der Gemeinderat schreibt im vorliegenden Geschäft, dass im Sinne einer vorausschauenden Planung die Abteilung Immobilien in Zusammenarbeit mit der BSS eine Machbarkeitsstudie für beide Standorte erarbeitet. Darin werden die Nutzungsmöglichkeiten für Schulen, Sport und Jugend untersucht. Parallel dazu, wird das Umzonungsverfahren eingeleitet. Das klingt gut, aber auch hier hätte diese Machbarkeitsstudie schon längst in Auftrag gegeben werden können, denn das Areal von FARMCO ist nicht erst seit diesem Sommer im Besitz der Gemeinde. Und wir alle wissen, dass für eine mögliche Umsetzung bis zu zehn Jahre gerechnet werden muss. Die Abteilung Immobilien hat damals vorausschauend gehandelt und das Grundstück erworben. Aber warum will das BSS erst jetzt eine Studie machen? Die BSS ist doch die auftraggebende Abteilung, es müsste doch in ihrem Interesse liegen? Da haben wir grosse Fragezeichen.

Ja, liebe Anwesende, die EVP-GLP-Mitte-Fraktion kritisiert die Situation und die für uns nicht vorausschauende Planung. Aber an diesem Projekt in Oberwangen für sich betrachtet, gibt es nichts zu beanstanden und dem wird die EVP-GLP-Mitte-Fraktion einstimmig zustimmen.

**Fraktionssprecherin FDP, Heidi Eberhard:** Der vorbereitenden Direktion und den involvierten Stellen besten Dank für die Unterlagen zum Geschäft. Der GPK-Referentin, besten Dank für die zusätzlichen Abklärungen und Ausführungen, welche wir gehört haben.

Uns allen ist bekannt, dass die Bildungsraumsituation in Oberwangen seit mehreren Jahren angespannt ist. Das ist aber nicht nur in diesem Ortsteil der Fall, das haben wir auch bereits gehört.

Im Mai 2020 hat der Gemeinderat und das Parlament für CHF 2.95 Mio. einer Sanierung des Schulhauses Oberwangen zugestimmt. Das war damals die Variante 1. Durch diese Sanierung ist aber auch kein zusätzlicher Schulraum entstanden und eine strategische Reserve wurde damals als nicht notwendig erachtet. Ein Trugschluss, wie sich jetzt herausstellt. Die Schülerzahlen sind, entgegen des im damaligen – und leider auch noch jetzigen – Schulraumkonzepts getroffenen Annahmen gestiegen. Das aber auch, weil in einigen Quartieren in Oberwangen seit 2020 ein Generationenwechsel stattfindet. Neuzuzüger haben schulpflichtige Kinder. Die Prognose weist auch jetzt wieder auf einen steigenden Schulraumbedarf.

Am 22. September werden die Könizer Stimmberechtigten über die Änderung der baurechtlichen Grundordnung Station Oberwangen abstimmen. In diese geplante Wohnüberbauung werden sicher auch wieder Familien mit schulpflichtigen Kindern einziehen. Die Schulraumsituation wird also noch prekärer, als sie heute bereits ist. Der heutige Antrag passt zur gefühlt unendlichen Geschichte in Sachen Schulraumplanung und Schulraumbeschaffung.

Vorweg, wir werden dem Kredit zustimmen, weil wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler in anständigen Räumen unterrichtet werden. Nichtsdestotrotz wollen wir, dass die Gemeinde Nägel mit Köpfen macht und dass sie die überarbeiteten neuen Schulraumkonzepte im Frühling 2025 vorlegt. Nicht dass in einem weiteren Eilverfahren ein Gebäudeteil einer anderen Liegenschaft vor dem nächsten Schuljahresbeginn 2025/26 oder dann 2026/27 erneut in Schulraum umgebaut werden muss.

Zurück zum heute betroffenen Gebäude: Die Gemeinde hat dieses – es sind drei Stück – im Sommer 2023 erworben. Die jetzt sich bietende Gelegenheit, diese Schreinerei in der Feldackerstrasse 28/32, in eine Basisstufe umzugestalten, ist eine sich in der Not bietende Lösung. Bis zur Fertigstellung des Umbaus der Schreinerei, sichern Containerprovisorien den Raumbedarf.

Die Kosten dafür liegen in der Finanzkompetenz des Gemeinderates. Über die Investition für den Umbau der Schreinerei zur Basisstufe in der Höhe von CHF 1.605 Mio. befinden wir im Parlament. Im IVP ist kein Vorhaben zum Umbau dieser Feldackerstrasse enthalten gewesen. Die Summe kann jedoch von anderen Objekten kompensiert werden – schauen wir mal, wie das geht.

Die Fraktion FDP.Die Liberalen stimmt nichtsdestotrotz dem Antrag des Gemeinderates im Punkt 1 und 2 einstimmig zu.

**Fraktionssprecherin Grüne/Junge Grüne, Laura Hoffmann, Junge Grüne:** Das vorliegende Geschäft führt uns - wie dies hier in den letzten Minuten bereits deutlich benannt worden ist – vor Augen, wie angespannt die Bildungsraumsituation in der Gemeinde Köniz ist und wie dynamisch der Bedarf an Schulraum innerhalb einiger Jahre und einem Generationenwechsel im Quartier ändern kann.

Die Geschichte wurde auch bereits erzählt und meine Vorrednerinnen haben es angesprochen: Vor vier Jahren haben der Gemeinderat und das Parlament die Variante 1 der Sanierung der Schulanlage Oberwangen in Form eines minimalen Eingriffs durch eine Renovation des Schulhauses gutgeheissen. Die damalige Variante 3 wiederum hatte eine beidseitige Gebäudeanbaute und zusätzliche Gruppenräume im Sinn gehabt. Ja, was wäre wenn ... Das Schulraumkonzept aus dem Jahr 2017 prognostizierte noch eine stabile Schülerinnen- und Schülerzahl. Im Schuljahr 2022/23 hat dies aber nicht mehr zugebrochen und eine weitere Basisstufe wurde eröffnet.

Was seit dem Sommer der Fall ist, wurde auch bereits kritisch diskutiert. Ich kürze ab: Die Basisstufenklasse wurde in ein Containerprovisorium ausgelagert. Auch hier besteht Einigkeit: Wenn dies nicht ein prägnantes Zeugnis ist, wie eine weitsichtige Schulraumplanung vor vier Jahren schlicht und einfach verpasst wurde – zum Nachteil von Klein und Gross vor Ort. An dieser Stelle eine Frage an den Gemeinderat: Was kosten denn diese Container auf dem Pausenplatz, welche für voraussichtlich zwei Jahre gemietet sind?

Auf jeden Fall haben wir jetzt diese Schreinerei und ihren Umbau im Blick. Der Schreiner ist kooperativ auch bereits umgezogen – das hat auch ein bisschen etwas gekostet – und über den Projektkredit stimmen wir jetzt ab.

Die Jungen Grünen/Grünen finden es zuerst einmal positiv, dass auch alternative Standorte und Möglichkeiten in der Projektentwicklung berücksichtigt wurden. Das dann mit der Schreinerei an der Feldackerstrasse 28 und 32 ein nahestehendes Gebäude gewählt wurde, das befürworten wir und auch, dass man diese Umnutzung so gestaltet, dass man sie modular baut, Photovoltaik integriert und vor dem Gebäude einen kleinen, einladenden Aussenbereich macht, welcher mit einem Fussweg die Schreinerei oder eben dann voraussichtlich ab Sommer 2026 eine Basisstufe mit dem Schulhaus verbindet.

Alles in Allem finden wir Junge Grüne/Grüne das Projekt so in Ordnung und werden diesem zustimmen.

Und wenn wir den Bogen nochmals zurückspannen, stehen wir jetzt wie damals 2020 vor der Frage, was denn der Bildungsraumbedarf in drei, fünf oder zehn Jahren sein wird. Was sagen die Prognosen der Schüler:innenzahlen und inwiefern können diese abbilden, was die Überbauung der Station Oberwangen für die Bevölkerungsentwicklung und Einschulungen dort mittelfristig bedeutet?

Auch die Jungen Grünen/Grünen stimmen der offenen Aufforderung, welche im Raum steht zu: Wir brauchen einen mehrjährigen Vorlauf, um rechtzeitig die Infrastruktur zu planen und umzusetzen. Die langfristige Schulraumplanung und die Diskussion darüber ist nicht vom Tisch und eine grössere Strategie und Weiterentwicklung des Schulraumangebots bleibt zentral, damit wir nicht von Provisorium zu Provisorium gehen.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Géraldine Boesch, SP Frauen:** Die SP/JUSO-Fraktion schliesst sich dem Dank der Vorrednerinnen an die Verwaltung und den Gemeinderat an. Ich kürze ab, weil vieles inhaltlich bereits genannt worden ist und komme gleich zur Haltung der SP/JUSO-Fraktion: Wir sehen dieses Vorhaben als Dringlichkeitsplanung vor dem Hintergrund einer unbefriedigenden Gesamtstrategie - kurz: als Druckverband. Weil dieser akut benötigt wird, stimmt unsere Fraktion dem Geschäft zu. Sie teilt aber die von der GPK und allen Vorrednerinnen geäusserten Erwartungen an den Gemeinderat und spricht sich für eine vorausschauende, directionsübergreifende Schulraumplanung aus.

Darüber hinaus ist für die SP/JUSO-Fraktion klar, dass die Gemeinde mehr in Schulraum investieren muss, um von einer reaktiven zu einer proaktiven Schulraumplanung zu kommen. Sparen kann teuer werden, wir haben es gehört, aber in der Bildung kommt es uns sicher teuer zu stehen.

Ein Beispiel kündigt sich schon im vorliegenden Antrag an: Dort ist erwähnt, dass das Schulhaus Ried bereits ab nächstem Schuljahr 2025/2026 an seine Kapazitätsgrenzen stossen wird und Kathrin Gilgen hat es auch bereits erwähnt, dass im Juch, ab 2027/2028 dasselbe der Fall sein wird. Da besteht sicherlich Bedarf, dass man genau hinschaut.

**Gemeinderat, Thomas Brönnimann, GLP:** Es wurde auf das Jahr 2020 zurückgeblendet. Die meisten, welche damals dabei waren, können sich noch an die damaligen finanziellen Rahmenbedingungen erinnern, welche den Gemeinderat damals dazu bewogen haben, nur das Nötigste zu machen. Es ist aber natürlich richtig, wie ihr vier Jahre später feststellt, dass man damals zu wenig investiert hat und wir jetzt von der Zeit und den Schülerzahlen eingeholt werden. Das lässt sich nicht schön reden, darum schaue ich jetzt lieber nach vorne: Ich glaube, wir hatten angesichts der Situation jetzt doch noch Glück, dass wir dieses Gebäude, welches direkt an das Schulareal Oberwangen anliegend ist, kaufen konnten. Wir haben auch Glück, dass es in der richtigen Zone ist. Es liegt in einer gemischten Gewerbezone, denn wir müssen ja immer wieder feststellen, dass selbst für uns als Gemeinde, dies sehr anspruchsvoll ist und wir nicht einfach dauerhaft in der Wohnzone Unterricht unterbringen können. Da gelten für uns die gleichen Regeln, wie für alle anderen auch. Und wenn man dann umzögen möchte, dann ist dies ein sehr langer Weg.

Ich glaube, es ist unbestritten, dass wir mit diesem konkreten Kreditgeschäft das Beste aus der Situation machen. Da ich schon bald meinen Stab an die Nachfolge übergebe, erlaube ich mir noch einen Ausblick in die Zukunft, um aufzuzeigen, dass es auch meiner Nachfolge nicht langweilig werden wird. Auch diese wird in Zukunft pro Jahr ein bis zwei Schulprojekte haben – Erweiterungs-, Sanierungs-, vielleicht sogar Neubauprojekte.

Es wurde von Kathrin Gilgen erwähnt, dass wenn es manchmal prekär ist, dann wird es noch prekärer: Wir haben gewusst, dass der Gebäudezustand im Juch nicht gut in Sachen Dichtigkeit ist und ihr wisst, es gab vor kurzem über Niederwangen und Bümpliz ein grosses Starkregen-Ereignis, worauf diese Schulzimmer mehr oder weniger unter Wasser standen. Das hat dazu geführt, dass man dort gewisse Sanierungsmassnahmen im Sinne von Notmassnahmen beschleunigen muss. Doch das ist natürlich ungünstig, denn wir wissen eigentlich, dass wir mit einem langfristigen Projekt diese Gebäude sanieren müssen. Diese Pavillons aus Holz, welche bereits 30jährig sind, obwohl man das Gefühl hat, dass diese immer noch neu sind, diese müssen durch grössere Volumen ersetzt werden. Denn es wurde auch richtig gesagt, wir sind sehr froh, haben wir das Ried nicht in zwei Etappen gebaut, sondern in einer. Hans-Peter Kohler kann dazu noch etwas sagen, aber meine Informationen sind, dass von den Anzahl Klassen her, ab dem nächsten Schuljahr das Ried voll sein wird. Die Klassen werden zwar von der Anzahl der Schüler noch nicht komplett voll sein, aber jedes Schulzimmer wird gefüllt sein.

Zum Glück konnten wir dort eine kleine strategische Reserve realisieren, welche wir jetzt dann bereits konsumieren. Die grosse Herausforderung im Wangental werden wirklich die nächsten zehn Jahre sein. Ich glaube, mit diesem Projekt in Oberwangen haben wir dort fünf Jahre Ruhe, aber dann, wenn diese Überbauung beim Bahnhof Oberwangen realisiert und bezogen ist, dann wird es in Oberwangen auch Druck geben. Es ist zu hoffen, dass wir bis dann das Juch in Niederwangen realisiert und erweitert haben, dass man zum Beispiel Klassen, welche jetzt noch in Oberwangen sind, dann nach Niederwangen nehmen kann. Und es ist absehbar, wenn in zehn Jahren das ganze Ried fertig sein wird, wir dort in diesem Schulkreis Wangental neue Herausforderungen haben werden – wir hatten ja gerade in dieser Woche den Spatenstich des Baufeld F, auf welchem 240 Wohnungen geplant sind, welche in der Werbung als sehr kinderfreundlich angepriesen werden.

Und ich kann von der Immobilienseite her auch sagen, dass es dort bei der Mehrzweckhalle für ein Schulhaus vom Aussenraum her nicht optimal ist, aber immerhin haben wir uns diese strategische Reserve geschaffen, damit wir dort etwas machen können. Vielleicht gibt es in einem Zeithorizont von zehn Jahren noch etwas ganz anderes: Vielleicht wird dann neu eingezont oder massiv in Niederwangen im Juch ausgebaut und gewisse Klassen werden verschoben. Kathrin Gilgen hat es gesagt, es ist sicher nicht verlorenes Geld, das was wir in die strategische Grundstücke rund um die Mehrzweckhalle investiert haben. Das FARMCO-Areal ist auch bei Gewerbenutzenden sehr beliebt, es ist also voll vermietet. Es wurde gesagt: Wir sind auch dort froh, wenn wir strategische Reserven haben. Wir konnten dieser Schreinerei, welche dort einquartiert war, Alternativen anbieten. Ob es dort dann einmal ein Schulhaus gibt oder Gewerbenutzung oder Wohnnutzung, das wird man sehen, aber in einer Zeitperspektive von zehn Jahren wird dort sicherlich etwas passieren.

**Gemeinderat, Hans-Peter Kohler, FDP:** Ich möchte sehr gerne auch noch etwas sagen. Ich muss hier doch noch etwas korrigieren.

Kathrin Gilgen, fehlendes Schulraumkonzept: Das stimmt einfach nicht und das weisst du auch. Es gibt ein Schulraumkonzept und die Zahlen sind zum Teil noch heute gültig, was man damals gerechnet hat. Es ist nicht ganz "up to date" und man hat es zwischenzeitlich auch adaptiert - die BSS schläft nicht.

Und Géraldine Boesch, das mit einem Druckverband zu vergleichen – ich bin Arzt, ich weiss in welchen Situation es einen Druckverband braucht – so schlimm kann man es nicht darstellen. Oder die Planung sei verpasst worden, das ist unrichtig, das stimmt nicht. Wir sind aktuell mit dieser ganzen Schulraumplanung direktionsübergreifend dran - und zwar mit mehr als zwei Direktionen. Ich schaue hier zur Gemeindepräsidentin, wo wir in einer anderen Flughöhe versuchen, noch genauer zu sein. Da muss ich meine Direktion einfach in Schutz nehmen, ansonsten sieht es so aus, als ob die BSS blind ist und keine Schulraumplanung hat und dem ist nicht so. In Oberwangen ist es eine spezielle Situation, weil man auch Grundstücke gekauft hat, bei welchen sich danach gezeigt hat, dass man dort keinen Schulraum einführen kann. Es ist auch nicht alles so gelaufen, wie wir wollten, aber es hat sich jede Direktion bemüht. In Oberwangen ist es ein Sonderfall, was die Grundstücke angeht.

Zusammenfassend: Die BSS ist immer am Planen. Wir versuchen, das Möglichste zu machen und es ist nicht so, dass es kein Schulraumkonzept gibt, aber wir müssen es erneuern und mit anderen Elementen füllen. Ich habe dieses übrigens auch einmal der GPK vorgestellt. Es wird sehr viel in der BSS gearbeitet, wenn es um die Schulraumplanung geht. Doch nicht nur in meiner Direktion wird viel gearbeitet, wenn es um Schulraum geht. Das wollte ich unbedingt noch korrigieren oder klarstellen.

## Beschluss

1. Das Parlament bewilligt für das Projekt "Oberwangen, Umbau Schreinerei zu Basisstufe" einen Kredit von CHF 1'605'000.- (inkl. MwSt., zuzüglich allfälliger Teuerung) zu Lasten Konto Nr. 3750.5040.2421, "Oberwangen; Feldackerstrasse 28/32, Umbau Schreinerei in Basisstufe".
2. Der Übertragung des Gebäudeteils Feldackerstrasse 28 und 32, Oberwangen (Sachanlagen im Finanzvermögen) in das Verwaltungsvermögen wird zugestimmt.

(Abstimmungsergebnis: einstimmige Zustimmung)

PAR 2024/86

## V2404 Interpellation (Grüne/Junge Grüne) „Cargo Sous Terrain in Köniz“

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

## Vorstosstext

Der Güter- und Logistikverkehr ist für viele Branchen unverzichtbarer Teil des Wirtschaftens, die damit einhergehenden Herausforderungen für Gesellschaft und Umwelt (u.a. mit zunehmender Relevanz von Onlinebestellsystemen) nehmen jedoch stetig zu. Mit Cargo Sous Terrain (CST) besteht ein Projekt für ein unterirdisches Logistiksystem, das in einem ersten Schritt Härkingen und Zürich verbinden soll<sup>4</sup>. Der Kanton Bern hat in einer Studie die Auswirkungen auf Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft von verschiedenen Linienführungen von Cargo Sous Terrain untersuchen lassen. Der Kanton erläutert zusammenfassend, «dass eine Streckenerweiterung nach Bern, Biel und Thun grundsätzlich wirtschaftlich betrieben werden kann und eine Erschliessung von Bern, Biel und Thun ermöglicht.»<sup>5</sup> Die Studie zeigt zudem auf, dass «das erwartete Aufkommen in der Stadt Bern von über 3 Mio. t im Vollausbau im Jahr 2050 mehrere CST-Hubs im Stadtgebiet erfordert. Zur Vermeidung von Transitgüterverkehr sind verteilte periphere Standorte in gut erschlossenen Industriezonen vorteilhaft.»<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Cargo Sous Terrain, [Unterirdisches digitales Logistiksystem - Cargo sous terrain \(cst.ch\)](https://www.cst.ch)

<sup>5</sup> Kanton Bern (8.4.2024), *Cargo sous terrain: Studienergebnisse zur künftigen Verlängerung des Streckennetzes*. [Kurzmitteilungen der Kantonsverwaltung \(be.ch\)](https://www.kantonbern.ch/content/dam/weu/dokumente/awi-ava/de/wirtschaft-arbeit/wirtschaftsstandort/AWI-cargo-sous-terrain-ergebnis-DE.pdf)

<sup>6</sup> Cargo Sous Terrain AG (06.12.2023), *Cargo Sous Terrain (CST) im Kanton Bern - Ergebnisbericht zur Detailstudie*. <https://www.weu.be.ch/content/dam/weu/dokumente/awi-ava/de/wirtschaft-arbeit/wirtschaftsstandort/AWI-cargo-sous-terrain-ergebnis-DE.pdf>

Andererseits gibt es auch kritische Stimmen, die die finanzielle Machbarkeit des Projekts anzweifeln<sup>7</sup>. Der Gemeinderat wird in diesem Zusammenhang gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. War Köniz in die bisherigen Abklärungen des Kantons involviert oder beabsichtigt, sich für die weiteren Schritte zu involvieren?
2. Was für Chancen und Risiken sieht der Gemeinderat für Köniz im Zusammenhang mit dem Projekt Cargo Sous Terrain?
3. Ist bereits klar, wo im Raum Bern mögliche Standorte für Umschlag-Hubs sind?
4. Sieht der Gemeinderat Möglichkeiten für eine direkte Anbindung von Köniz?
5. Falls ja, welche Standorte in Köniz kommen aus Sicht des Gemeinderats in Frage?
6. Wie würde die Feinverteilung in Köniz erfolgen?
7. Was für Alternativen zu diesem Grossprojekt sieht der Gemeinderat für eine platzsparende Güterverteilung in Köniz?

## **Eingereicht**

06.05.2024

## **Unterschrieben von 23 Parlamentsmitgliedern**

David Müller, Dominik Fischli, Simon Stocker, Mayra Faccio, Géraldine Boesch, Ursina Lehner, Franziska Adam, Brigitte Rohrbach, Bülent Celik, Sandra Röthlisberger, Casimir von Arx, Fabienne Marti, Michael Gerber, Roland Akeret, Matthias Müller, Andreas Hauser, Toni Eder, Katja Streiff, Jürg Mosimann, Christina Aebischer, Laura Hoffmann, Lukas Erni, Monika Röthlisberger

## **Antwort des Gemeinderates**

### **Frage 1: War Köniz in die bisherigen Abklärungen des Kantons involviert oder beabsichtigt, sich für die weiteren Schritte zu involvieren?**

Die Gemeinde Köniz war in die bisherigen Abklärungen des Kantons betreffend des Vorhabens Cargo Sous Terrain nicht involviert. Die urbanen Gemeinden inkl. Köniz wurden jedoch in die Erarbeitung der kantonalen Grundlage von 2021 (Kantonales Güterverkehrs- und Logistikkonzept) einbezogen und konnten sich im Rahmen der Vernehmlassung des Städteverbands zum Bundesgesetz über den unterirdischen Güterverkehr äussern.

Falls das Projekt Cargo Sous Terrain erfolgreich startet und in Zukunft nach der aktuell beabsichtigten ersten Etappe im Grossraum Zürich-Härkingen auch Planungen für den Grossraum Bern in Angriff genommen werden, beabsichtigt Köniz, sich im Rahmen kantonalen und regionaler Koordination aktiv zu involvieren.

### **Frage 2: Was für Chancen und Risiken sieht der Gemeinderat für Köniz im Zusammenhang mit dem Projekt Cargo Sous Terrain?**

Als Chance eines unterirdischen Güterverkehrs sieht Köniz wie andere städtische Gemeinden auch eine mögliche Bündelung des Güterverkehrs und die Entlastung bestehender oberirdischer Infrastrukturen. Als Risiken werden neben der baulichen Auswirkung des Projekts (Grundwasserströme dürfen nicht tangiert werden) die Folgen der "letzten Meile" um die Umschlagsanlagen (die Hubs) betrachtet: lokaler Lärm, Umweltschutz, Strassenbeanspruchung und noch unregelmässige Finanzierung der lokalen Erschliessungen.

### **Frage 3: Ist bereits klar, wo im Raum Bern mögliche Standorte für Umschlag-Hubs sind?**

Ja, in der 2023 erschienenen und im Vorstosstext bereits erwähnten Studie von CST im Auftrag des Kantons Bern werden als mögliche Standorte im Raum Bern je ein Hub östlich und westlich der Aare genannt. Für Köniz allenfalls relevant ist die westliche Lage.

<sup>7</sup> Blick (28.04.2024). Logistiker verlieren Glauben an Cargo Sous Terrain. <https://www.blick.ch/wirtschaft/steht-die-post-beim-megaprojekt-vor-dem-absprung-logistiker-verlieren-glauben-an-cargo-sous-terrain-id19683663.html>



Hier werden die "Standorte Bern Weyermannshaus und Bern Ausserholligen identifiziert: Der Standort Weyermannshaus ist aufgrund seiner randlichen Lage im Grundwassergebiet klar zu bevorzugen, während Letzteres für die Erschliessung des Standorts Ausserholligen zwingend durchquert werden müsste. Das Entwicklungsgebiet Niederbottigen liegt ausserhalb des Staugürtels und ist für die Verbesserung der City Logistik wenig geeignet."<sup>8</sup>

#### **Frage 4: Sieht der Gemeinderat Möglichkeiten für eine direkte Anbindung von Köniz?**

Aufgrund der oben genannten möglichen Lage eines allfälligen Standorts im Grossraum Bern westlich der Aare ist eine Anbindung von Köniz an einen Hub von Cargo Sous Terrain möglich. Dies betrifft sowohl Ausserholligen als auch das Weyermannshaus, die sich beide in nächster Nähe zur Gemeindegrenze befinden. Sogar das als wenig geeignet bezeichnete Niederbottigen wäre nahe gelegen.

#### **Frage 5: Falls ja, welche Standorte in Köniz kommen aus Sicht des Gemeinderats in Frage?**

Vor einer allfälligen Äusserung zu einem potenziellen Standort müssten vorgängig noch fundierte und vertiefte Abklärungen erfolgen, um die möglichen Vor- und Nachteile einer unterirdischen Güterbahn zu analysieren, und um mögliche Nutzen und die oben genannten Risiken für die Gemeinde gegeneinander abzuwägen.

Ein Standort für einen Hub von Cargo Sous Terrain müsste aus heutiger Sicht des Gemeinderats nicht unbedingt direkt auf Gemeindegebiet liegen. Der Güterverkehr in Köniz ist nicht nur kommunal, sondern auch regional und kantonal zu koordinieren. Wichtig für Köniz wäre die Nähe zu den relevanten Industriearealen im Wangental und Liebefeld. Beide aus heutiger Sicht machbaren Standorte westlich der Aare erfüllen dieses Kriterium, so dass die zu erwartenden Fahrten der letzten Meile möglichst kurz ausgestaltet werden könnten.

#### **Frage 6: Wie würde die Feinverteilung in Köniz erfolgen?**

Diese Frage ist zurzeit noch kaum beantwortbar. Einige Hinweise dazu finden sich im bereits erwähnten Kantonalen Güterverkehrs- und Logistikkonzept von 2021: Neben technischen Massnahmen (emissionsarme, klimaverträgliche Fahrzeuge und Verladeinfrastrukturen) sind organisatorische Massnahmen erforderlich, um den Güterverkehr auf der letzten Meile zukunftsfähig zu gestalten. Dabei spielen Hubs eine wichtige Rolle, und zwar sowohl bahnerschlossene City Hubs als auch mögliche Mikro-Hubs in den Ortszentren (B2B) oder Quartieren (B2C).<sup>9</sup> Das Thema der letzten Meile (Feinverteilung) soll basierend auf der geplanten Umsetzung des Könizer Klima-Massnahmenpakets in einem Themenfeld "Logistik und Güterverkehr" als neue Aufgabe der Abteilung Verkehr und Unterhalt aufgenommen werden. Erste konzeptionelle Arbeiten dazu sollen im nächsten Jahr aufgenommen werden. Sie sind aber stets im Rahmen der regionalen und kantonalen Koordination zu führen.

#### **Frage 7: Was für Alternativen zu diesem Grossprojekt sieht der Gemeinderat für eine platzsparende Güterverteilung in Köniz?**

Das Thema einer koordinierten und damit effizienten, platzsparenden Güterverteilung beschäftigt praktisch sämtliche Akteure in Siedlungsräumen und -zentren der Schweiz und auch weltweit seit Langem.<sup>10</sup> Verallgemeinernd lässt sich sagen, dass a) die Bündelung von Transporten (wie es Cargo Sous Terrain auch will) der vielversprechendste Ansatz ist, und b) diese Herausforderung gewaltig ist, da der Logistikmarkt zum Einen ein weltweiter und aufgrund des Preisdrucks bereits hocheffizienter Megamarkt ist, und zum Anderen sich die Frage nach der Intensität (einsetzbare Ressourcen) und Legitimation eines allfälligen staatlichen Eingriffs stellt. Als wichtigste Handlungsfelder der öffentlichen Hand werden dabei genannt: Planungsinstrumente, Bewilligungen, Infrastrukturen, Regulierungen, Verkehrsmanagement, Anreize, Ausbildung und Information, Kooperationen, Vorbildrollen, Forschung und Entwicklung sowie Monitoring/ Controlling.<sup>11</sup>

<sup>8</sup> Cargo Sous Terrain AG (2023:11f), Cargo Sous Terrain (CST) im Kanton Bern - Ergebnisbericht zur Detailstudie.

<sup>9</sup> B2B: Business to business (kommerzieller Güterverkehr), B2C: Business to customer (Güterverkehr mit privaten Empfängern/ Kunden).

<sup>10</sup> Vgl. auch Bundesamt für Raumentwicklung ARE (2021): Wirtschaftsverkehr in urbanen Räumen <https://www.are.admin.ch/dam/are/de/dokumente/verkehr/publikationen/bericht-wive-01-01-2021.pdf.download.pdf/bericht-wive-01-01-2021.pdf> ; sowie Nationales Forschungsprogramm NFP 54: Güterverkehrsplanung in städtischen Gebieten. Planungshandbuch. [https://www.rapp.ch/sites/default/files/uploads/2018-06/RT-NFP54\\_Handbuch\\_Gueterverkehr.pdf](https://www.rapp.ch/sites/default/files/uploads/2018-06/RT-NFP54_Handbuch_Gueterverkehr.pdf)

<sup>11</sup> NFP 54 (2013:45f) und ARE (2021:89f).

## Fazit

Gemäss den beteiligten Akteuren sowie der aktuellen Berichterstattung über das Projekt Cargo Sous Terrain dürfte es noch länger dauern, bis konkretere Planungen für eine allfällige zweite Etappe eines unterirdischen Güterverkehrssystems in Angriff genommen werden. Für den Kanton Bern und den Grossraum Bern liegen mit den erwähnten Studien und den Richtplananpassungen 2022 die aktuell nötigen Grundlagen bereits vor. Sollte eine zweite Etappe von Cargo Sous Terrain und damit ein Anschluss des Grossraums Bern inklusive Köniz an ein unterirdisches Güterverkehrssystem dann konkreter werden, würde Köniz – vermutlich unter Federführung des Kantons Bern sowie der Regionalkonferenz Bern Mittelland – sich umgehend und intensiv in die Planungsarbeiten einbringen.

Köniz, 07. August 2024

Der Gemeinderat

## Diskussion

Das Parlament wünscht keine Diskussion.

**Erstunterzeichner, David Müller, Grüne:** Seit der Einreichung dieser Interpellation konnte man in den Medien lesen, dass am aktuellen Projekt des ersten Abschnitts des Cargo Sous Terrain bei Härkingen, vermehrt Kritik aufgekommen ist. Die künftige Entwicklung dieses konkreten Projekts scheint darum im Moment nicht absehbar. Der Güter- und Logistikverkehr ist und bleibt aber eine grosse Herausforderung für unsere Städte und Gemeinden. Die auf der Strasse transportierte Güterverkehrsleistung hat gemäss Bundesamt für Statistik zum Beispiel zwischen dem Jahr 2000 und 2022 schweizweit um über ein Viertel zugenommen. Die Frage, wie Güter künftig transportiert und kleinräumig verteilt werden, ist damit ein zentraler Faktor für das künftige Wirtschaften und auch Zusammenleben.

Ich danke darum dem Gemeinderat und vor allem auch den Fachleuten in der Verwaltung für die Abklärungen und Erläuterungen als Antwort auf diese Interpellation.

Ich will hier nur auf einzelne wenige Punkte eingehen: Ich begrüsse es, dass die Gemeinde sich bei einer allfälligen konkreten Planung im Grossraum Bern aktiv involvieren will. Ganz grundsätzlich ist ein regional koordiniertes Vorgehen in diesem Thema definitiv zu begrüssen, die Zusammenarbeit mit der RKBM und auch dem Kanton ist hier in jedem Fall sinnvoll. Weiter bin ich gespannt, was diese Arbeiten zum Thema "Logistik und Güterverkehr" im Rahmen des Klimamassnahmenpakets im Verlauf der kommenden Monate ergeben werden, doch ich werte es auf jeden Fall positiv, dass dieses Thema proaktiv vorangetrieben wird.

Ganz grundsätzlich ist eine vermehrte Bündelung der Gütertransporte unbedingt anzustreben, um eben diese negativen Auswirkungen unseres gesellschaftlichen Konsums so gering wie möglich zu halten, so wie dies in der Antwort auch ausgeführt wurde.

Ich danke für die Antworten, ich bin damit befriedigt und möchte den Gemeinderat auch bestärken, auf dem skizzierten Weg weiter zu gehen.

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

PAR 2024/87

## **V2405 Interpellation (Grüne / Junge Grüne) „Entwicklung der besonderen Volksschule Köniz (bVSK)“**

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

### **Vorstosstext**

Vor fünf Jahren wurden die ersten heilpädagogischen Sonderklassen in Köniz - heute besondere Volksschule Köniz (bVSK) - eröffnet. Dies ist ein wichtiges schulisches Angebot für Kinder und Jugendliche mit besonderem Bildungsbedarf, welches seit der Eröffnung auch weiter ausgebaut wurde.

Wir bitten den Gemeinderat, dem Parlament zu folgenden Fragen Bericht zu erstatten:

1. Wo befindet sich die besondere Volksschule Köniz? Wieviele Klassen der bVSK werden dezentral in Mietwohnungen unterrichtet, und weshalb?
2. Wo befinden sich die Büros der Schulleitung, des Sekretariats sowie die Arbeitsplätze der Lehrer:innen? Gibt es ein standortübergreifendes Lehrer:innenzimmer?
3. Haben die ausserhalb eines Schulhauses unterrichteten Klassen den gemäss Lehrplan und Stundenplan nötigen Zugang zur schulischen Infrastruktur und Supportdiensten, insbesondere bezüglich Nutzung Turnhalle, Pausenplatz, Werk- und Bastelräume sowie Unterstützung durch Hauswart und IT?
4. Besteht ein Integrationskonzept, welches Ziele und Massnahmen der Integration zwischen Regelschule und bVSK definiert? Falls ja, wurden Massnahmen umgesetzt und Ziele erreicht?
5. Können die SuS der bVSK am Tagesschul- und Mittagstischangebot der Regelschule teilnehmen? Wenn nein, weshalb nicht und wo werden sie statt dessen betreut?
6. Wurden bereits SuS der bVSK wieder erfolgreich in Regelklassen integriert?
7. Wie sind Schulleitung der bVSK und allfällige übergeordnete Steuerungsorgane organisiert und in die Bildungslandschaft Köniz eingebettet?
8. Mit welchem Zuwachs an Klassen der bVSK wird in den nächsten Jahren gerechnet?
9. Welches ist die mittel- und langfristige Strategie des Gemeinderates bezüglich Schulraum für die bVSK?
10. Ist die Zusammenarbeit zwischen Regelschule und bVSK aus Sicht des Gemeinderates, der zuständigen SL und Lehrkräfte ein Erfolg?

### **Eingereicht**

13.05.2024

### **Unterschrieben von 20 Parlamentsmitgliedern**

Christina Aebischer, Monika Röthlisberger, David Müller, Mayra Faccio, Franziska Adam, Sandra Röthlisberger, Lukas Erni, Laura Hoffman, Dominik Fischli, Rahel Gall, Brigitte Rohrbach, Michael Geber, Géraldine Boesch, Matthias Stöckli, Ursina Lehner, Fabienne Marti, Katja Streiff, Matthias Müller, Casimir von Arx, Christine Müller

## Antwort des Gemeinderates

### 1. Wo befindet sich die besondere Volksschule Köniz? Wieviele Klassen der bVSK werden dezentral in Mietwohnungen unterrichtet, und weshalb?

Die besondere Volksschule Köniz (bVSK)<sup>12</sup> gehört zur besonderen Volksschule (bVS) des Kantons Bern. Es werden Kinder mit besonderem Bildungsbedarf in schulischen, sozialen und lebenspraktischen Bereichen gefördert. Die bVSK startete im Sommer 2018, damals noch unter dem Namen «Heilpädagogische Sonderschule Köniz» (HPS). Im laufenden Schuljahr 2024/25 führt die bVSK drei Basisstufenklassen, zwei Klassen im Zyklus 2 und eine Klasse im Zyklus 3. Insgesamt werden aktuell 39 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Die Klassen befinden sich an drei verschiedenen Standorten im Schulbezirk Liebefeld und sind organisatorisch der Schule Hessgut angegliedert. Zwei Klassen werden im ehemaligen Kindergarten am Fuchsweg 15 unterrichtet (Zyklus 1), zwei Klassen in den Räumlichkeiten der Schule Hessgut (Zyklus 1 und Zyklus 3) und zwei Klassen in einem angemieteten Haus auf dem Areal des Park 18 an der Hildegardstrasse 28 (Zyklus 2), das baulich speziell an die Bedürfnisse von Unterricht und Betreuung der besonderen Volksschule angepasst wurde. Die Anmietung des Gebäudes ist notwendig, weil am Standort Liebefeld für die sechs Klassen der bVSK zu wenig Schulraum vorhanden ist. Aktuell werden somit keine Klassen in Mietwohnungen unterrichtet.

### 2. Wo befinden sich die Büros der Schulleitung, des Sekretariats sowie die Arbeitsplätze der Lehrer:innen? Gibt es ein standortübergreifendes Lehrer:innenzimmer?

Das Büro der Schulleitung befindet sich am Jägerweg 27 und wird gemeinsam mit der Regelschulleitung der Schule Hessgut genutzt. Ebenfalls am Jägerweg 27 befindet sich das Büro der Schulleitungspersonen der Koordinationsstelle für besondere Förderung Köniz (KSK)<sup>13</sup> sowie diejenigen der beiden Sekretariate der Regelschule und der KSK. Beide Sekretariate teilen sich die anfallenden Arbeiten der bVSK. Am Standort Hessgut gibt es keine speziell ausgewiesenen Arbeitsplätze für Lehrpersonen. Sowohl die Regelschullehrpersonen als auch die Lehrpersonen der bVSK nutzen ihre zugewiesenen Schulzimmer als Arbeitsplätze. Am Standort Hildegardstrasse 28 gibt es einen separaten Arbeitsplatz für die Lehrpersonen der bVSK. Es gibt an jedem Standort Pausenräume für die Lehrpersonen. Als standortübergreifendes Pausenzimmer ist dasjenige der Schule Hessgut benannt.

### 3. Haben die ausserhalb eines Schulhauses unterrichteten Klassen den gemäss Lehrplan und Stundenplan nötigen Zugang zur schulischen Infrastruktur und Supportdiensten, insbesondere bezüglich Nutzung Turnhalle, Pausenplatz, Werk- und Bastelräume sowie Unterstützung durch Hauswart und IT?

Ja, die beiden Klassen, die an der Hildegardstrasse 28 unterrichtet werden, haben den gemäss Lehrplan und Stundenplan nötigen Zugang zur schulischen Infrastruktur und zu den Supportdiensten. Sie nutzen sämtliche Spezialräume der Schule Hessgut, wie die Räume für textiles und technisches Gestalten, Psychomotorik, Logopädie, Musik, die Aula, die Turnhalle sowie die Pausen- und Spielplätze. Zusätzlich stehen ihnen teilweise die Einrichtungen der Schule Steinhölzli (Schulküche, Bibliothek) zur Verfügung. Sie verfügen über eine eigene IT-Infrastruktur, die kompatibel mit derjenigen der Regelschule ist. Die Hauswartung der Schule Hessgut betreut die Räumlichkeiten am Fuchsweg 15, während für den Park 18 eine zusätzliche Hauswartung zuständig ist.

### 4. Besteht ein Integrationskonzept, welches Ziele und Massnahmen der Integration zwischen Regelschule und bVSK definiert? Falls ja, wurden Massnahmen umgesetzt und Ziele erreicht?

Ja, es besteht ein Integrationskonzept, welches Ziele und Massnahmen der Integration definiert ("Integration und Vielfalt in Könizer Schulen - Konzept zur Umsetzung von Artikel 17 VSG", siehe Beilage 1). Dieses Konzept stammt aus dem Jahr 2018, als die Sonderschulbildung noch nicht Teil der Volksschule (BKD), sondern der Sozialhilfe (GSI) war. Daher sind im vorliegenden Konzept keine spezifischen Massnahmen und Ziele für die Integration zwischen der Regelschule und der besonderen Volksschule Köniz festgelegt.

<sup>12</sup> Vgl. auch [www.schulehessgut.ch/besondere-volksschule](http://www.schulehessgut.ch/besondere-volksschule)

<sup>13</sup> Vgl. auch [www.koeniz.ch/schule-bildung/koordinationsstelle-fuer-besondere-foerderung-koeniz-ksk.page/420](http://www.koeniz.ch/schule-bildung/koordinationsstelle-fuer-besondere-foerderung-koeniz-ksk.page/420)

Dennoch wird die im Kapitel 2 des Konzepts definierte Grundhaltung zur Integration, einschliesslich der Grenzen der Integration, am Standort Hessgut aktiv gelebt und umgesetzt. Schülerinnen und Schüler der bVSK können am Angebot der Regelschule, wie zum Beispiel an Wahlfächern, teilnehmen.

Dem Gemeinderat ist es wichtig zu betonen, dass Kinder mit komplexen oder kombinierten Störungen, wie beispielsweise einer schweren Lernbehinderung in Verbindung mit starken Verhaltensauffälligkeiten, den Rahmen der Regelschule sprengen würden, da sie die Schule bzw. die Klassensituation überfordern. Für diese Kinder sieht der Kanton den Besuch einer separativen besonderen Volksschule vor, um ihrem speziellen Bildungsbedarf gerecht zu werden. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass Köniz als viertgrösste Gemeinde im Kanton diesen Bildungsrahmen unterstützt und in der Praxis lebt.

Die Schulleitung der bVSK ist Teil der Steuergruppe Hessgut, und die Lehrpersonen der bVSK bieten den Lehrpersonen der Regelschule fachliche Unterstützung, etwa durch Informationen über das Autismus-Spektrum, unterstützte Kommunikation (UK) und durch Klassenbesuche mit Beratung durch die Schulleitung der bVSK.

Die Lehrpersonen der bVSK sind in das Kollegium Hessgut integriert, und die Schülerinnen und Schüler der bVSK sind Teil der Schule Hessgut. Es gibt ein gemeinsames Jahresprogramm. Die Zusammenarbeit zwischen der Regelschule und der bVSK wird über ein Betriebskonzept geregelt.

#### **5. Können die SuS der bVSK am Tagesschul- und Mittagstischangebot der Regelschule teilnehmen? Wenn nein, weshalb nicht und wo werden sie statt dessen betreut?**

Es wird individuell entschieden, welches Tagesschul- und Mittagstischangebot für die Schülerinnen und Schüler der bVSK am besten geeignet ist. Folgende Formen werden angeboten:

- Integration in die Tagesschule im Wohnquartier oder Wohnort
- Integration in die Tagesschule Hessgut
- Betreuung in einer speziellen Tagesschulgruppe der bVSK, die aus sehr kleinen Gruppen von 3-4 Schülerinnen und Schülern besteht. Einige Schülerinnen und Schüler sind in den grossen Tagesschulgruppen überfordert.

Zudem können die Schülerinnen und Schüler der bVSK am Ferienbetreuungsangebot der Gemeinde Köniz teilnehmen.

#### **6. Wurden bereits SuS der bVSK wieder erfolgreich in Regelklassen integriert?**

Im Zeitraum von Sommer 2020 bis Sommer 2024 wurden folgende erfolgreiche Integrationen in Regelklassen verzeichnet:

Sommer 2020: 3 Schülerinnen und Schüler  
 Sommer 2021: 2 Schülerinnen und Schüler  
 Sommer 2022: 2 Schülerinnen und Schüler  
 Sommer 2023: 2 Schülerinnen und Schüler  
 Sommer 2024: 4 Schülerinnen und Schüler

Es ist wichtig zu beachten, dass eine erfolgreiche Integration in den Regelunterricht in der Regel eine geeignete heilpädagogische Begleitung erfordert. Wo möglich, erfolgt die Integration in eine Regelschule, die sich im Wohnort oder Wohnquartier der Schülerinnen und Schüler befindet. Insgesamt wurden in den vergangenen vier Jahren etwa 5-10 % der besonderen Volksschülerinnen und -schüler am Standort Liebefeld erfolgreich in Regelklassen integriert.

#### **7. Wie sind Schulleitung der bVSK und allfällige übergeordnete Steuerungsorgane organisiert und in die Bildungslandschaft Köniz eingebettet?**

Die Schulleitung der bVSK ist Teil der Schulleitungskonferenz Köniz. Die Schulaufsicht übt die Schulkommission aus, die personelle Führung der Schulleitung liegt beim für den Schulbezirk Liebefeld zuständigen Schulkommissions-Tandem. Die Gemeinde Köniz (Abteilung BSS) fungiert als Trägerschaft der bVSK. Formal ist die Leistungserbringung der Gemeinde in einem Vertrag mit dem Kanton (Amt für Kindergarten, Volksschule und Beratung) geregelt.

Die anfallenden Kosten der Gemeinde (Unterricht, Betrieb, Infrastruktur, Förderlektionen, Verwaltungsaufwand wie Sekretariat, Finanzen, Schulsozialarbeit, Tagesschule) werden vollumfänglich vom Kanton abgegolten.

#### **8. Mit welchem Zuwachs an Klassen der bVSK wird in den nächsten Jahren gerechnet?**

Geplant ist eine Erweiterung der bVSK um eine zusätzliche Klasse im Zyklus 3. Dadurch wäre gewährleistet, dass die Schülerinnen und Schüler der bVSK nach Abschluss der Primarschule am selben Standort eine Anschlusslösung haben und damit nicht, wie heute zum Teil notwendig, für die Zeit der Oberstufe an eine andere besondere Volksschule ausserhalb der Gemeinde Köniz wechseln müssen.

#### **9. Welches ist die mittel- und langfristige Strategie des Gemeinderates bezüglich Schulraum für die bVSK?**

Aus betrieblicher Sicht sieht der Gemeinderat gewisse Vorteile in einer räumlichen Zusammenführung der bVSK und der Regelschule, wie eine effizientere Nutzung von Ressourcen, erleichterte Führung, verbesserte Zusammenarbeit und Kosteneffizienz. Aufgrund der aktuellen knappen Unterrichts- und Betreuungsraumkapazitäten am Standort Liebefeld (Hessgut und Steinhölzli) und der steigenden Schülerzahlen ist dies jedoch kurz- und mittelfristig kaum realisierbar. Der Gemeinderat möchte zudem die Ergebnisse der bevorstehenden quantitativen Raumanalyse abwarten, die im Zusammenhang mit der Entwicklung der Bildungsraumstrategie durchgeführt wird, um daraus die notwendigen planerischen und baulichen Massnahmen abzuleiten. Bis dahin könnte sich der Gemeinderat auch vorstellen, besondere Volksschulklassen eines Zyklus, beispielsweise des Zyklus 3, an einen anderen Schulstandort wie ein Oberstufenzentrum zu verlagern.

#### **10. Ist die Zusammenarbeit zwischen Regelschule und bVSK aus Sicht des Gemeinderates, der zuständigen SL und Lehrkräfte ein Erfolg?**

Ja. Sowohl aus Sicht des Gemeinderats als auch aus derjenigen der zuständigen Schulleitung, den Schulleitungspersonen der Regelschule sowie den Lehrpersonen verläuft die Zusammenarbeit zwischen der Regelschule und der besonderen Volksschule Köniz erfolgreich und die bVSK fühlt sich am Standort Hessgut sehr wohl.

Köniz, 7. August 2024

Der Gemeinderat

#### **Beilagen**

- 1) Integration und Vielfalt in Könizer Schulen - Konzept zur Umsetzung von Artikel 17 VSG

#### **Diskussion**

Dem Antrag auf Diskussion wird zugestimmt.  
(Abstimmungsergebnis: Mehr als 10 Stimmen)

**Erstunterzeichnerin Christina Aebischer, Grüne:** Die Grüne/Junge Grüne-Fraktion dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Beantwortung der Fragen, aber ich nehme es gleich vorweg, wir sind mit den Antworten nur teilweise befriedigt.

In der besonderen Volksschule Köniz hat es Kinder und Jugendliche, die haben eher wenig Lobby in der Politik und wahrscheinlich auch hier im Parlament. Die Wenigsten von uns haben einen direkten Draht in dieses Schulangebot.

2018 ging die Eröffnung von damals zwei heilpädagogischen Klassen eher etwas ruckzuck mit einer kleinen Reglementsänderung und einem Nachkredit hier im Parlament durch und seither haben wir nichts mehr davon gehört. Das, aber auch, dass wir bei den Grünen Rückmeldungen erhalten haben, dass nicht ganz alles optimal laufe, hat uns dazu bewogen, diese Interpellation zu machen.

Wir sind froh, haben wir jetzt etwas mehr Informationen, das ist gut und wir danken dafür, aber wir sind auch etwas erstaunt, dass sich diese Antworten nicht in allen Punkten mit dem decken, was wir gehört haben. Das ist auch der Grund, warum wir nur teilweise zufrieden sind. Ich möchte einige dieser Punkte hier kurz erwähnen:

- Zum Beispiel ist Park 18 an der Hildegardstrasse eine Mietwohnung und nichts anderes und die Kinder werden dort in einem sichtbar ehemaligen Wohn- und Essraum unterrichtet. Ein Wohn- und Essraum, wo man übrigens mitten durch laufen muss, wenn man durch diese Wohnung in andere Zimmer will. "Baulich speziell angepasst" klingt gut, aber man könnte auch sagen, "behelfsmässig improvisiert".
- Die Verteilung auf drei Standorte ist ein Fakt und dieser lässt sich vermutlich nicht schnell ändern. Aber es ist keine gute Situation, weder für die Zusammenarbeit zwischen den Lehrerteams, noch für die Kinder und es verkompliziert natürlich auch die Integrationsbemühungen. Und vielleicht – wir wissen es nicht, denn wir haben es hier nicht gefragt – aber es könnte durchaus auch sein, dass es zu Mehrkosten führt. Es hat zum Beispiel nicht an allen Standorten alle Angebote und die Kinder müssen dann einzeln begleitet werden, zum Beispiel in die Logopädie und das braucht auch Ressourcen.
- Bezüglich Sportunterricht haben wir die Information, dass nicht alle Klassen der besonderen Volksschule alle Sportlektionen abhalten können. Die Turnhallen sind voll, das wissen wir und die Prioritäten sind vielleicht an einem anderen Ort. Es hat einen Zyklus, welcher offenbar regelmässig schwimmen geht, um dies zu kompensieren. Das ist eine Option, auf welche die Lehrkräfte selber gekommen sind und diese organisiert haben. Es wäre schön, wenn die BSS hier einmal hinschauen könnte, ob es vielleicht solche Lösungen für alle Klassen geben könnte, welche zu wenig Sport haben.
- Zum Mittagstisch und zur Tagesschule wird uns gesagt, dass dies individuell entschieden wird. Das klingt gut, die Frage ist hier aber, durch wen und aufgrund was? Das ist nicht erwähnt und bleibt unbeantwortet. Aber Stand heute ist, dass die Kinder von dieser besonderen Volksschule heute keinen Zugang zum Tagesschul-Mittagstisch-Hessgut haben. Wir wissen nicht, ob aufgrund der Kapazität oder aufgrund der Bereitschaft. Und es ist klar, diese Kinder haben besondere Bedürfnisse, diese brauchen besondere Betreuung, aber es hat hier nun quasi ein paralleles Angebot, um dies zu lösen und vielleicht wäre es von der Integration her auch besser und auch günstiger, wenn diese Kinder und ihre Betreuungspersonen in die bestehenden Strukturen gehen könnten.
- Abschliessend noch zur Steuerung: Es ist ja grundsätzlich gut, wenn Steuerung und Schulaufsicht analog wie bei der Regelschule organisiert ist, also spricht durch die Schulkommission. Wir gehen davon aus, dass dieses zuständige Tandem vielleicht auch Interesse an dieser Interpellation und der heutigen Diskussion hat, denn auch dort haben wir gehört, dass es relativ lange gedauert hat, bis die Schulkommission die besondere Volksschule einmal besucht hat und dass man dort auch noch etwas näher dran sein könnte.

Darum finden wir es wichtig, dass es dieses Angebot dieser besonderen Volksschule in Köniz gibt und wir wissen und haben auch Verständnis dafür – und wir haben es auch zuvor lange und breit diskutiert – dass die Schulraumsituation in der Gemeinde keine einfache ist. Es wird an vielen Standorten einiges improvisiert. Aber wir möchten hier dafür plädieren, dass

1. man uns über die aktuelle Situation auch realistisch informiert und nicht schönfärbt und
2. dass die besondere Volksschule vielleicht nicht an Priorität verliert, so wie dies hier etwas den Anschein macht.

Die ganze Finanzierung ist ja durch den Kanton gesichert und darum erwarten wir auch, dass das, was durch die Finanzierung gesichert ist, auch stattfindet – von den Bildungslektionen zu Sport, zu Hauswart und allem, was hier dazu gehört. Und nicht zuletzt, würden wir es auch sehr begrüßen, dass im Rahmen dieser heute Abend bereits viel zitierten Schulraumstrategie, welche revidiert wird, auch die besondere Volksschule mitgedacht wird und nach Lösungen gesucht wird, welche räumlich auch eine bessere Integration erlauben.

**Fraktionssprecherin SP/JUSO, Mayra Faccio, JUSO:** Wir haben in der SP/JUSO-Fraktion diese Interpellation ebenfalls diskutiert. Zum Teil finden wir sie gut beantwortet, wir haben aber auch Kritikpunkte und Fragezeichen.

Als erstes und vor allem geht es uns um den Schulraum. Dass die jetzigen Räumlichkeiten nicht mehr lange ausreichen werden, ist sicher bereits eine Zeit lang klar. Kinder werden älter und darum braucht es in allen Zyklen genügend Klassen. Die Platznot zu beheben, indem man die Distanzen zwischen den verschiedenen Standorten der besonderen Volksschule noch grösser macht, erachten wir als nicht sinnvoll. Dass es mehrere Standorte gibt, ist eh nicht gut.

Schon die Kinder, welche im Park 18 unterrichtet werden, haben viel weniger Kontakt mit den Regelschülern, als jene, welche im gleichen Schulhaus sind und das, obwohl der Park 18 ja eigentlich gleich nebenan liegt.

Auch zum Schulraum gehören die verschiedenen Zimmer für den Spezialunterricht. Über diese wird in der dritten Frage gesprochen. Aus meiner Erfahrung als Lehrperson, weiss ich, dass die Zuteilung von Räumen, wie eine Turnhalle oder einem Musikzimmer sehr schwierig ist. Ich frage mich wirklich, wann es in den vorhandenen Zimmern noch Zeitfenster für Klassen der besonderen Volksschule hat. Im Hessgut gibt es zum Beispiel das Lernetelier. Das ist ein Raum, wo man mit den Kindern frei arbeiten kann und dort hat es ganz viele verschiedene Arbeitsplätze. Für einen Halbklassenunterricht, welcher in der 5. und 6. Klasse obligatorisch ist, braucht man immer zwei Zimmer. Darum braucht es auch solche Räume. Seit kurzem wird dieser Raum auch für den Mittagstisch und das Nachmittagsprogramm der besonderen Volksschule genutzt. Seither ist er für den sonstigen Unterricht nicht mehr gleich geeignet. Hat man vor oder nach dem Mittag dort Schule, kommen während dem Unterricht Menschen rein, welche den Mittagstisch vorbereiten oder aufräumen müssen. Das ist für die Kinder eine grosse Ablenkung. Der Raum wird aus diesem Grund nicht mehr von allen Lehrpersonen gebraucht und so geht Schulraum verloren. Das soll nicht heissen, dass der Mittagstisch der Kinder im besonderen Volksschulangebot nicht Platz haben muss, aber Räume doppelt für zwei ganz gegensätzliche Sachen zu gebrauchen, bringt nichts. Man kann also zum Schulraum- und zum Standortproblem sagen, dass die Wege jetzt bereits zum Teil zu weit sind und das Hessgut den Schulraum nicht hat, um noch mehr Klassen aufzunehmen.

Für die Zusammenarbeit der beiden Schultypen im Hessgut gibt es, wie man der Antwort entnehmen kann, viel Positives. Der Austausch zwischen den Lehrpersonen ist gut, im Lehrpersonenzimmer sind meistens von beiden Schultypen Leute dort. Wenn man mit den Leuten sprechen geht, dann sind die Rückmeldungen ausgenommen des Platzproblems, sehr positiv. Mit mehr Ressourcen und einem grösseren Standort hätte man dies zu einem richtigen Vorreiter- und Vorbildprojekt werden lassen können. Die besondere Volksschule nimmt im Hessgut an allen gesamtschulhauseigenen Anlässen teil, sie rennen am Sporttag mit, feiern Schulfeste mit allen anderen und schneiden und essen am Suppentag gemeinsam mit den Regelschülern.

Das mit den Schultypen räumlich zusammenführen und sie gemeinsam Ressourcen brauchen zu lassen, wäre sinnvoll und wünschenswert. Dafür muss man aber mehr Ressourcen für die Betreuung der Kinder, für passendes Mobiliar und für die passenden Räume sprechen. Der Schulraum muss wachsen und das ist leider an diesem Standort nicht mehr realistisch. Auch wenn sich die Lehrpersonen vom Hessgut wünschen würden, dass die besondere Volksschule dort bleiben könnte. Jetzt ist es umso wichtiger, dass die besondere Volksschule in unserer Gemeinde eine höhere Priorität erhält. Man muss an einer Lösung arbeiten, welche es weiterhin ermöglicht, dass die besondere Volksschule nahe an der Regelschule ist, damit man gemeinsam arbeiten und Synergien nutzen kann.

**Fraktionssprecherin EVP-GLP-Mitte-Fraktion, Katja Streiff, EVP:** Ich komme jetzt noch zu lobenden Worten: Mit der Einführung von REVOS zeigt die Gemeinde Köniz, wie moderne Bildungskonzepte erfolgreich umgesetzt werden können. Die sechs bestehenden Klassen demonstrieren eine durchdachte und auch gute Lösung. Besonders hervorzuheben ist die Durchlässigkeit des Systems, sowie die enge und auch gelungene Anbindung an die Regelschule, was den Schülern und Schülerinnen eine optimale Bildungschance eröffnet. Die organisatorische Einbindung der Schüler und Schülerinnen in die Regelschule ist wichtig. Und durch die gemeinsame Nutzung der vorhandenen Infrastrukturen wird die Durchlässigkeit auch gewährleistet, was zu einem integrativen Miteinander führt und sehr im Sinne der EVP-GLP-Mitte-Fraktion ist.

Im Gegensatz zu separativen Schulen, welche oft mit sehr langen Transportwegen verbunden sind, was für die Kinder eine zusätzliche Belastung darstellt, verfolgt nämlich Köniz den Ansatz, den Kindern möglichst wohnortsnah Bildungsangebote zu ermöglichen. Das ist nicht nur pädagogisch wertvoll, sondern zeigt auch das hohe Engagement der Gemeinde für das Wohl dieser Kinder. Es ist aber auch wichtig anzuerkennen, dass Integration zwar ein wichtiges Ziel ist, aber seine Grenzen hat, welche respektiert werden müssen. Schulen brauchen die nötigen Ressourcen und auch Fachkräfte, um die gewünschte Integration auch umsetzen zu können. Die Problematik der langen Wartezeiten für die Regelschule, welche nur durch die jährlich möglichen Anmeldeprozesse entstehen, brauchen für unsere Könizer Schulen eine Lösung auf kantonaler Ebene. Ein flexibleres, situatives Handeln wäre wünschenswert, um den individuellen Bedürfnissen der Schüler und Schülerinnen besser gerecht werden zu können. Insgesamt verdient die Gemeinde Köniz für ihren Ansatz in der Umsetzung von REVOS aber ein Lob.



Die transparente Aufstellung und das Engagement von Köniz in dieser Thematik sind für die gesamte Region wertvoll und auch beispielhaft für den Kanton. Wenn man es nämlich mit den anderen Gemeinden vergleicht, dann klagen wir hier auf sehr hohem Niveau.

Nichtsdestotrotz finden wir es auch ein wichtiges Thema und es muss immer wieder hingeschaut werden und Verbesserungen dürfen sehr gerne angegangen werden. Die EVP-GLP-Mitte-Fraktion dankt dem Gemeinderat nochmals für die Beantwortung der Fragen und auch für sein Engagement in diesem wichtigen Thema.

**Gemeinderat Hans-Peter Kohler, FDP:** Zu einigen Punkten sage ich gerne noch etwas, zu neuen Fragen nehme ich keine Stellung, da es eine Interpellation ist.

Ich beginne mit Katja Streiff: Danke für die lobenden Worte, auch betreffend Umsetzung REVOS. Die BKD sieht dies auch so, das darf ich sagen. Und das sage ich nicht wegen meiner Person, sondern für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche mit den Kindern arbeiten, aber auch für jene Leute, welche in der BSS hierfür zuständig sind. Wir haben immer wieder Lob erhalten und der Kanton ist mit der Umsetzung in Köniz, gerade, was den Bedarf an eine besondere Volksschule angeht, sehr zufrieden. Denn es fehlen Plätze. Der Bedarf betreffend besondere Volksschule ist grösser, als man hier im Kanton Bern anbieten kann. Es bestimmt nicht die Gemeinde, wo das Kind hinkommt, sondern Fachleute klären die Kinder ab und man wäre sehr froh, wenn noch andere Gemeinden oder auch Köniz noch zusätzliche Plätze hätte.

Christina Aebischer, du hast gesagt, 2018 sei dies ruckzuck eingeführt worden. Das hat eine Vorgeschichte, du hast dich zu wenig informiert: Der Kanton hat schon lange bei der Gemeinde darum gebeten, ihm zu helfen, es habe keine Plätze im Kanton und ja, wir haben es ernst genommen und dies relativ rasch umgesetzt. Aber das war für die Kinder und für die Eltern positiv und bis zum heutigen Tag habe ich, was die besondere Volksschule in Köniz angeht, noch nie ein negatives Mail oder Telefon erhalten - und ich erhalte viele Mails und Telefone von Eltern, ihr könnt euch dies bei 4'500 Schülerinnen und Schülern vorstellen. Und das zeigt doch auch, das dies gar nicht so schlecht funktioniert, auch wenn wir räumlich gewisse Sachen gerne anders hätten. Im Hessgut ist es ziemlich gut aufgegangen, wir brauchen Zeit und wir haben "erst" im Jahr 2018 gestartet. Das war keine "Ruckzuck-Übung", sondern das war überlegt und der Kanton hat lange gesucht und war wirklich sehr froh, dass wir hier Hand geboten haben.

Und, noch als Letztes: geht die Klassen mal besuchen. Geht diese Standorte mal besuchen, das würde ich euch sehr empfehlen. Es läuft wirklich nicht schlecht, auch wenn mit den Räumen und dem Sport nicht immer alles zu 100% ist. Es wird enorm gut gearbeitet, die Kinder fühlen sich wohl und die Eltern sind zufrieden.

**Gemeinderat Thomas Brönnimann, GLP:** Ich möchte hier Hans-Peter Kohler unterstützen und vor allem, weil ja auch die Presse anwesend ist, möchte ich den Eindruck, welcher hier entstanden ist, wirklich korrigieren: Dieser Eindruck, welchen die Sprecherin der Grünen erweckt hat und auch von der SP, dieser ist aus meiner Wahrnehmung schlicht falsch. Und Hans-Peter Kohler hat es gesagt, wenn man dies mit der Zeit vor einigen Jahren vergleicht, als wir überhaupt keine Klassen hatten, da haben wir einen Quantensprung nach vorne gemacht. Das Glas ist nicht halb leer und auch nicht halb voll, sondern das ist 3/4-voll.

Und wir sind für den Schulraum zuständig: Natürlich wäre es besser, wir könnten wie die Stadt Bern, übrigens nach langen Jahren, auch noch ein separates Schulhaus bauen, mit Turnhalle, für zweistellige Millionenbeträge, aber wir haben erstens das Geld nicht und wir haben den Standort nicht. Und wenn man schauen geht – oder ich könnte die Gegenfrage stellen, seid ihr wirklich einmal schauen gegangen? Wir können dies vielleicht nachher noch bei einem Bier klären, das ist eben das Schöne, wenn es noch für ein Bier reicht. Ich war in diesen Lokalitäten und wenn man schaut, was diese für eine Umgebung haben, dann ist dies nicht schlecht und man hat wirklich viel daraus gemacht. Und was sehr wichtig ist, worauf man bei diesem grundsätzlich separativen Modell, welches aber auch integrativ wirken soll, geachtet hat, ist, dass sie in der Schulorganisation dieses Schulstandorts angebunden und integriert sind. Und das muss man wirklich auch positiv hervorheben. Aber wenn jemand irgendwo ein Grundstück für ein Schulhaus günstig abzugeben hat oder irgendwo im Investitionsplan noch CHF 20 bis 30 Mio. freispielen kann, dann wird die Immobilien Köniz gerne ein neues Schulhaus im Wettbewerbsverfahren planen.

So, das war jetzt noch ein bisschen süffisant, aber man muss sich manchmal einfach an der Realität orientieren. Und in der Realität betrachtet, ist dies eine riesige Erfolgsgeschichte, welche ein so riesiger Erfolg ist, dass sie jetzt zugegebenermassen räumlich an ihre Grenzen stösst.

Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt.

PAR 2024/88

## **V2003 Motion (SP) "Köniz erneuerbar: Köniz setzt auf Wärme- und Kälteverbünde!"**

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

### **1. Ausgangslage**

Am 14. September 2020 wurde die Ziffer 1 der Motion V2003 (SP) "Köniz erneuerbar: Köniz setzt auf Wärme- und Kälteverbünde!" erheblich erklärt. Sie verlangt, dass der Gemeinderat eine Netzstrategie und einen Netzplan für die Wärme- und Kälteversorgung in der Gemeinde Köniz (bestehende und neue mögliche Wärme- und Kälteverbünde) erarbeitet. Die Ziffer 1 der Motion ist als Auftrag an den Gemeinderat zu verstehen.

Nachdem die Abschreibung der Motion am 29. August 2022 vom Parlament abgelehnt wurde (siehe Beilage 2), wurde die Erfüllungsfrist am 5. Dezember 2022 bis zum 14. September 2024 verlängert.

### **2. Aktueller Umsetzungsstand der Wärmeverbünde**

In der folgenden Tabelle und auf der Karte (Beilage 5) ist der Umsetzungsstand der grössten erneuerbaren Wärmeverbünde zu sehen:

	<b>Bezeichnung</b>	<b>Hauptenergieträger</b>	<b>Betreiberin</b>
In Betrieb	Schliern Blindenmoos	Holzschnitzel	BKW AEK Contracting AG
	Liebefeld Dreispitz	Grundwasser	Energie Wasser Bern
Im Bau	Schliern Schwanden	Holzschnitzel	Wärmeverbund Schwanden AG
	Buchsee	Holzpellets	Wärmeverbund Marzili AG
	Niederscherli	Holzschnitzel	BKW AEK Contracting AG
	Niederwangen (Juch/Hallmatt)	Energiezentrale Forsthaus / Holz-schnitzel	Energie Wasser Bern
In Planung	Niederwangen	Energiezentrale Forsthaus / Holz-schnitzel	Energie Wasser Bern
	Bern-Wabern	Umweltwärme (Trinkwasser-Überwurf)	Energie Wasser Bern
	Stapfen+	Noch unklar	BKW AEK Contracting AG
	Liebefeld/Dreispitz	Noch unklar	Energie Wasser Bern

Das "pièce de résistance" befindet sich in den Ortsteilen Köniz und Liebefeld, wo Standorte für Heizzentralen aber auch nutzbare Abwärme und Umweltwärme nicht oder nur beschränkt vorhanden sind.

### 3. Netzstrategie

Der Gemeinderat hat im Zuge der räumlichen Energieplanung diverse Stossrichtungen zum Thema "thermische Netze" festgelegt. Sie sind nicht in einer eigenen Strategie enthalten, sondern sollen bei der Überarbeitung der Klima- und Energiestrategie 2020-2050 sowie bei der Überarbeitung des Richtplans Energie berücksichtigt werden:

#### Räumliche Ausdehnung: Fokus auf Eignungsgebiete der thermischen Vernetzung

Ebenso wie Baugebiete von Nicht-Baugebieten unterschieden werden, werden in der räumlichen Energieplanung der Gemeinde geeignete Gebiete für Wärme- und Kälteverbünde von Gebieten unterschieden, welche sich nicht für eine thermische Vernetzung eignen. Eine solche Unterscheidung fand bereits 2013 im Rahmen des Richtplans Energie statt und wurde im Rahmen der "Wärmeversorgungsplanungen" in den dichten Siedlungsgebieten Wabern, Niederwangen und Köniz-Liebefeld konkretisiert. Das Ausscheiden von Eignungsgebieten findet in erster Linie aus ökonomischen Gründen statt: Wärmenetze sind eine teure Infrastruktur. Es wird eine hohe Wärmebedarfsdichte vorausgesetzt, um konkurrenzfähige Wärmepreise (im Vergleich zu dezentralen erneuerbaren Anlagen) erzielen zu können. Es sind eben diese Gebiete mit einer hohen Dichte, welche mangels dezentral nutzbarer Energieträger meist "alternativlos" sind. Die Gemeinde nimmt in diesen Gebieten ihre Verantwortung wahr, um zusammen mit den Energiedienstleistern nachhaltige Versorgungslösungen zu suchen und umzusetzen.

Die Verdichtung der Siedlungsgebiete und Neubausiedlungen am richtigen Ort (Bspw. Zentrum Köniz Nord, Niederwangen Station oder Liebefeld Mitte) tragen zusätzlich dazu bei, dass die Wärmeinfrastruktur effizienter genutzt werden kann. Damit ist auch klar, dass Gebiete ausserhalb dieser Eignungsgebiete primär mit dezentralen Lösungen versorgt werden müssen.

Wo es möglich ist und sinnvoll erscheint, werden Zusammenschlüsse von Wärmeverbünden für den Austausch von Energie und/oder für die Schaffung von Redundanzen geprüft. Die Integration von bestehenden Wärmeverbünden in einen grösseren Verbund wird bereits vollzogen. Ein Beispiel hierfür ist die Integration des Micro-Verbunds "Grünau" in den Wärmeverbund Bern-Wabern.

Im Laufe der Planungen wird der Kältebedarf ebenfalls geprüft. Eine wirtschaftlich nutzbare Nachfrage nach Kälte konnte abgesehen vom Polizeizentrum in Niederwangen nirgends nachgewiesen werden. Ausserdem ist der Gemeinderat der Ansicht, dass die Kühlung in erster Linie passiv über den sommerlichen Wärmeschutz, Begrünung, Ausrichtung, Materialisierung, Geocooling und Nachtauskühlung erfolgen sollen. Der Fokus liegt deshalb klar auf dem Bau von Wärmenetzen.

#### Technologie: 100 % erneuerbare Wärmeerzeugung als Ziel

Wärmeverbünde werden aktuell so geplant, dass die Wärme grösstenteils aus erneuerbaren Energien stammt. Fossile Heizkessel werden nur noch als Redundanzen (Notheizungen) eingesetzt. Kommt Gas zur Spitzenlastdeckung zum Einsatz, soll dieses bis spätestens 2045 zu 100 % aus Biogas oder synthetischem Gas bestehen.

#### Technologie: Priorisierung von Abwärme, Umweltwärme und Solarenergie

In den Wärmeversorgungsplanungen der Gemeinde werden Wärmequellen aus nicht anderweitig nutzbarer Abwärme, Umweltwärme (Erdreich, Grundwasser, Trinkwasser-Überwurf, Luft) und Solarenergie gegenüber der klassischen Wärmequelle "Holz" priorisiert. Holz gilt zwar in der Schweiz als 100 % erneuerbar, ist aber eine wertvolle und beschränkte Ressource, welche es grundsätzlich zuerst stofflich zu nutzen gilt (Holzbau), anstatt sie für Raumwärme zu verbrennen. Wird Holz dennoch als Energieholz eingesetzt, soll es prioritär für industrielle Prozesse, Spitzenlastdeckungen in Wärmeverbünden oder die Wärme-Kraft-Kopplung eingesetzt werden.

#### Technologie: Saisonale Speicher

In den Planungen sind, wenn immer möglich, saisonale Wärmespeicher zu berücksichtigen, zum Beispiel im Erdreich oder im Grundwasser. Dies ermöglicht die überschüssige Wärme vom Sommer in den Winter zu tragen, um die Wärmeproduktion im Winter zu unterstützen.

#### Betreibermodelle: Keine finanzielle Beteiligung der Gemeinde

Der Gemeinderat hat entschieden, dass sich die Gemeinde bis auf weiteres nicht finanziell an Trägerschaften für den Bau und Betrieb von Wärmeverbünden beteiligt.

Der Bau und Betrieb der Verbünde wird durch Energiedienstleister geplant und finanziert, beispielsweise durch die ewb (öffentlich-rechtliche Anstalt), die BKW AEK Contracting AG, die Wärmeverbund Marzili AG oder die Wärmeverbund Schwanden AG.

#### Betreibermodelle: Gebührenpolitik

Die Energiedienstleister handeln nach unternehmerischen Gesichtspunkten und legen somit die Tarife eigenständig in den Wärmeabnahmeverträgen fest, sofern einzelne Bestandteile nicht übergeordnet festgelegt sind (z.B. CO<sub>2</sub>-Abgabe oder Abgaben an die Gemeinde). Öffentlich-rechtliche Gebührentarife wie für das Fernwärmenetz der Stadt Bern gibt es in Köniz zur Zeit nicht.

Für Gebiete, in welchen die Wärmeversorgung im Energieversorgungsreglement als selbstgewählte Gemeindeaufgabe wahrgenommen wird (Niederwangen, geplant auch für Wabern) gelten die Bestimmungen des Energieversorgungsreglements. Das betrifft insbesondere auch die Vorgaben betreffend Gewinn (vgl. Art. 6f Abs. 2: "Sie (die Trägerschaft) darf nicht mehr Gewinn erwirtschaften, als zur Bildung angemessener Reserven für die Sicherstellung einer kontinuierlichen Gebührenpolitik, die Absicherung gegen betriebliche Risiken und die Finanzierung von Investitionen sowie für eine angemessene Verzinsung ihres Kapitals erforderlich ist").

Aus Sicht des Gemeinderates gibt es bei den übrigen Gebieten kein Risiko für überhöhte Tarife, zumal erstens keine Anschlusspflichten bestehen und zweitens die Energiedienstleister in Konkurrenz mit dezentralen Versorgungsmöglichkeiten stehen. Sind die Preise im Vollkostenvergleich zu einer eigenen Lösung zu hoch, schliessen potenzielle Wärmeabnehmer nicht an den Wärmeverbund an. Die Leistungs- und Energietarife sind ausserdem an Indizes gekoppelt, namentlich an den Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) oder an die Indizes der Holz-, Strom-, Heizöl- oder Gaspreise.

#### Regulatorische Vorgaben: Keine Anschlusspflichten vorgesehen

Aktuell existiert lediglich für die ZPP Grünau in der baurechtlichen Grundordnung eine Anschlusspflicht nach Art. 13 des Kantonalen Energiegesetzes. Die Neubauten der ZPP Grünau müssen an die bestehende Heizzentrale angeschlossen werden. Ansonsten gibt es in Köniz keine Anschlusspflichten. Weil eine Anschlusspflicht auch eine Versorgungspflicht durch den Energiedienstleister bedeutet und dies unter Umständen dem wirtschaftlichen Betrieb des Verbundes zuwiderläuft, verzichtet der Gemeinderat bis auf weiteres auf den Erlass von Anschlusspflichten. Stattdessen sollen die Wärmekunden mit konkurrenzfähigen Wärmepreisen, einer verbesserten Ökologie und einer attraktiven Dienstleistung ("Rundum-Sorglospaket") vom Anschluss überzeugt werden.

#### Anschluss der gemeindeeigenen Liegenschaften und Standorte für Heizzentralen

Liegen gemeindeeigene Gebäude in einem Verbundperimeter, sollen sie grundsätzlich an den Verbund angeschlossen werden, sofern nicht die Machbarkeit oder andere ökonomische oder ökologische Faktoren dagegensprechen. Damit trägt die Gemeinde als Schlüsselkundin zum Gelingen der Wärmeverbünde bei. Neben der Wärmeabnahme stellt die Gemeinde wenn nötig und sinnvoll auch Raum für die Heizzentralen bereit (so geschehen im Blindenmoos oder im Buchsee).

#### Nutzung von Synergien bei der Erstellung

Um die Kosten für den Bau zu senken und unnötige Baustellen zu verhindern, sollen Wärmeleitungen wenn immer möglich und sinnvoll im Rahmen anderer Bauvorhaben verlegt werden, oder ohnehin anstehende Strassen- oder Werkleitungssanierungen werden durch den Bau von Wärmeleitungen zeitlich vorgezogen.

#### Information und Sensibilisierung

Die Liegenschaftseigentümer:innen und die Unternehmen sollen frühzeitig über die Möglichkeiten der Wärmeversorgung, insbesondere über die Perimeter der Wärmeverbünde, informiert werden. Dies geschieht über geeignete Kommunikationskanäle wie das Köniz Innerorts, die Website, die sozialen Medien, Informationsanlässe und die Wärmeversorgungskarte auf dem Geoportal ([map.koeniz.ch](http://map.koeniz.ch)). Letztere wurde im Sommer 2024 grundlegend überarbeitet und aktualisiert.

## **4. Netzplan**

Ein Netzplan mit den geplanten Wärmenetzen (Stand Sommer 2024) ist in der Beilage 4 zu finden. Für die Eignungsgebiete Köniz-Liebefeld (Stapfen+, Liebefeld/Dreispietz, Steinhölzli) liegen momentan noch keine Netzpläne vor. Sie sind in Erarbeitung.

Bezüglich Netzplan ist festzuhalten, dass sich die Zielnetze mit der Weiterentwicklung der Projekte ändern können. Sie hängen massgeblich von den anschlusswilligen Liegenschaftseigentümer:innen ab. Ausserdem handelt es sich um Ausbautappen; Die Netze werden in Abhängigkeit vom Anschlusszeitpunkt oder aufgrund von anderen Bauvorhaben (Nutzung von Synergien) etappenweise realisiert.

## 5. Finanzen

Die Wärmeverbünde werden von den Energiedienstleistern geplant, projektiert und realisiert. Abgesehen von den Vorstudien ("Wärmeversorgungsplanungen") und dem Koordinationsaufwand (gemeindeintern und gemeindeextern) fallen für die Gemeinde keine Kosten an.

Allfällige Risikobeteiligungen durch die Gemeinde werden durch die finanzkompetenten Organe beschlossen. So hat das Parlament beispielsweise für die Planung und Projektierung des Wärmeverbunds Bern-Wabern im August 2022 einen Eventualverpflichtungskredit genehmigt. Dieser deckt einen Teil der aufgelaufenen Kosten von ewb ab, falls der Verbund nicht realisiert werden kann.

## 6. Fazit

Einen flächendeckenden Netzplan erachtet der Gemeinderat aufgrund der in Kapitel 3 genannten Gründen als nicht zielführend. Stattdessen wird auf die Eignungsgebiete für die thermische Vernetzung fokussiert, wo bereits diverse Zielnetze existieren. Mit dem vorliegenden Zielnetzplan (Beilage 4) und den strategischen Stossrichtungen sieht der Gemeinderat die Motion als erfüllt.

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 14. August 2024

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) [2020-09-14\\_T09\\_V2003\\_Köniz erneuerbar Köniz setzt auf Wärme- und Kälteverbünde; Beantwortung \(online auf der Parlamentswebsite verfügbar\)](#)
- 2) [2022-08-22\\_T17\\_V2003\\_Köniz erneuerbar Köniz setzt auf Wärme- und Kälteverbünde \(online auf der Parlamentswebsite verfügbar\)](#)
- 3) [2022-12-05\\_T06\\_V2003\\_Waerme- und Kaelteverbuede; Verlängerung Erfüllungsfrist \(online auf der Parlamentswebsite verfügbar\)](#)
- 4) Karte Zielnetze Wärmeverbünde Juli 2024
- 5) Karte Wärmeverbünde in Planung Juli 2024

## Diskussion

Die Diskussion wird nicht genutzt.

## Beschluss

Die Motion wird abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigende Abschreibung)

PAR 2024/89

## **V2205 Motion (Grüne, Junge Grüne) „Mehr Biodiversität und vielfältigere Nutzung von Friedhofsanlagen“**

Abschreibung; Direktion Umwelt und Betriebe

### **1. Ausgangslage**

Mit der Erheblicherklärung der Motion V2205 in der Parlamentssitzung vom 29.08.2022 wurde der Gemeinderat beauftragt:

1. Durch gezielte Massnahmen die biologische Vielfalt auf den gesamten Grün- und sonstigen Flächen der Friedhofsanlagen zu fördern, die versiegelte Flächen wo möglich zu reduzieren sowie Anreize für naturnahe und ökologische Grabgestaltungen zu schaffen. Das Bestattungs- und Friedhofreglement ist entsprechend anzupassen.
2. Den Einsatz von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel bei der Pflege von Friedhofsanlagen und bei der Grabgestaltung zu verbieten. Es darf ausschliesslich organischer Dünger verwendet werden. Das Bestattungs- und Friedhofreglement ist entsprechend anzupassen.
3. Für jede Friedhofsanlage die Möglichkeiten der Doppelfunktionen zu prüfen und wo realisierbar die entsprechenden Nutzungsreglementsänderungen vorzunehmen.

### **2. Vorgehen zur Umsetzung der Motion V2205**

Der Fokus für die Umsetzung der Motion lag auf den vier aktiven Friedhöfen (Köniz, Oberwangen, Niederscherli und Nesslerenholz). Auf dem Friedhof Wabern Dorf wird nicht mehr bestattet, es hat nur noch vereinzelt Gräber. Die freigewordenen Flächen werden nun gemäss der Zweckbestimmung im Baureglement als Park, Aufenthalts- und Spielplatz für die Schule genutzt, er erfüllt die Vorgaben der Motion und wird deshalb hier nicht weiter behandelt.

Die bisher von der zuständigen Abteilung Umwelt und Landschaft (AUL) umgesetzten Punkte und die geplanten nächsten Schritte sind in den nachfolgenden Kapiteln erläutert.

### **3. Rahmenbedingungen**

Die Friedhöfe sind vielerorts immer mehr nicht nur Begräbnisstätten, sie sind auch Grünanlagen sowie Besinnungs- und Erholungsorte. Friedhöfe weisen auch ein hohes Potential zur ökologischen Gestaltung und Förderung der Biodiversität auf. So werden auch die Friedhöfe in der Gemeinde Köniz immer heterogener. Um diese Multifunktion zu erfüllen, sind die Friedhöfe nebst wertvollen ökologischen Oasen auch Orte mit gärtnerischen Gestaltungselementen (ornamentale Blumenanpflanzungen, Staudenbeete, Ziergehölze und Schnitthecken).

Dieses Zusammenspiel von "wilder" biodiverser Natur und gestalteter Umgebung funktioniert gut und wird von der Bevölkerung auch sehr geschätzt, einzelne Reklamationen über das "ungepflegte" Erscheinungsbild gibt es aber auch. Das Verständnis und die Toleranz, wie ein Friedhof auszusehen hat, ist bei den Besuchenden der Friedhofanlagen sehr unterschiedlich und oftmals emotional geprägt. Deshalb ist ein ausgewogenes Pflegekonzept sehr wichtig.

### **4. Stand der Umsetzung**

#### **4.1 Förderung der Biodiversität**

Biodiversitätsfördernde Massnahmen werden in den Friedhöfen wo möglich umgesetzt. Im Rahmen der Ausschreibung der Friedhofspflege werden klare Vorgaben zur ökologischen Bewirtschaftung der Anlagen gemacht. Für die neuste Ausschreibung im Jahr 2023 wurden die Anforderungen bezüglich einer ökologischen und nachhaltigen Pflege weiter geschärft und für jede einzelne Fläche auf dem Friedhof ein entsprechendes Zielbild definiert, welches die offerierenden Gartenbaubetriebe erreichen müssen. Themen des Biodiversitätskonzeptes (z.B. Stossrichtung 3: Förderung der Biodiversität auf gemeindeeigenen Flächen) flossen in die Ausschreibung ein. Dieses verlangt, das ökologische Potential auszuschöpfen, die Biodiversität zu fördern und den Ressourcenverbrauch zu minimieren.

Hierfür erfolgt die Pflege differenziert und entspricht den jeweiligen Ansprüchen (Nutzung, Gestaltung, Ökologie). An geeigneten Stellen sind von den Friedhofgärtnern Vorschläge für Laub-, Ast-, Steinhäufen sowie Vogel- oder Bienenhäuschen als Unterschlupf für Kleintiere und Insekten gewünscht. Ein Eindruck der Pflegevorgaben kann in der Beantwortung dieser Motion (Beilage) gewonnen werden. Im Friedhof Köniz wurde 2021 mit der Unterstützung des Lions Club Köniz ein Biodiversitätspfad angelegt.

## **4.2 Ökologische Grabgestaltung**

Die Pflege der Grabfelder während der Ruhedauer obliegt den Angehörigen (Art. 10 des Bestattungs- und Friedhofsreglements). Diese entscheiden in der Regel selber über die Gestaltung und Pflege der Gräber. Falls diese das Grab nicht selber pflegen möchten, können sie entweder einen Auftrag an die Stiftung Dauergrabpflege Köniz erteilen (wird für mehrere Jahre im Voraus bezahlt) oder einen Gärtner nach Wahl mit der Pflege der Gräber beauftragen.

Es ist möglich, mit einer ökologischen Bepflanzung eine schöne und saubere Grabgestaltung zu erreichen. Oftmals sind sich die Angehörigen dessen nicht bewusst oder sie haben keine Vorstellung wie man dies umsetzen könnte. Die AUL plant deshalb eine Sensibilisierungskampagne zusammen mit der Stiftung Dauergrabpflege. Das Ziel der Kampagne ist es, auf die ökologische Grabgestaltung und -pflege aufmerksam zu machen und Beispiele für eine Umsetzung aufzuzeigen. Des Weiteren dient die Kampagne dazu auf das überarbeitete Reglement aufmerksam zu machen. Der Zeitpunkt der Kampagne wird mit dem in Kraft treten des überarbeiteten Reglements abgestimmt.

## **4.3 Versiegelte Flächen**

Die versiegelten Flächen auf den Friedhofsanlagen werden laufend optimiert und wo möglich reduziert. Lediglich die Hauptwege sowie die nötigen Zufahrten zu den Betriebsgebäuden und Grabfeldern sind versiegelt. Grösstenteils bestehen diese bereits aus Betonpflastersteinen, die eine Versickerung von Regenwasser ermöglichen. Eine weitere Reduktion der Asphaltflächen wurde evaluiert. Im Zentrum stand dabei die Gewährleistung der Barrierefreiheit. Ein Grossteil der Besuchenden der Friedhofsanlagen sind ältere Menschen und somit müssen die Zugänge möglichst hindernisfrei gestaltet werden. In diesem Zusammenhang ist auch der Winterdienst ein Thema. Der Zugang zu den Grabfeldern muss auch im Winter gewährleistet sein. Der effiziente Maschineneinsatz ist nur auf den Hartbelagsflächen möglich. Spielraum besteht bei den Parkplätzen; dies sind Flächen, die teilweise entsiegelt werden können. Bei Sanierungen/Erneuerungen wird dies auch schon umgesetzt, z.B. als der Parkplatz des Friedhofs Köniz an der Stapfenstrasse 2014 saniert werden musste, wurden die Parkfelder mit wasserdurchlässigen Gittersteinen belegt.

## **4.4 Pflanzenschutz und Düngung**

Auf allen Friedhöfen dürfen durch die Friedhofgärtner Pflanzenschutzmittel und Herbizide nur nach Rücksprache mit der AUL im Unterhalt der Anlagen angewendet werden. Die Bewilligung ist zudem nur im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Neophyten möglich. Die Bewilligungspflicht für Pflanzenschutzmittel und Herbizide gilt bis anhin nicht für die Grabpflege, die privat, über die Friedhofgärtner, eine Gartenbaufirma oder durch die Angehörigen ausgeführt wird. Sie ist von diesem generellen Verbot des Einsatzes ausgenommen.

Eine Klausel, welche den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln auch für die Grabpflege regelt soll in das überarbeitete Reglement aufgenommen werden (siehe. Kap. 5). Ergänzt wird die Änderung im Reglement durch die in Kap 4.2 beschriebene Sensibilisierungskampagne.

## **4.5 Doppelnutzung von Friedhofsanlagen**

Zunehmend kommt den Friedhöfen die Funktion von ökologischen Ausgleichsflächen, der Biodiversitätsförderung, des Klimaausgleichs (als kühlende Orte während Hitzeperioden) sowie der Naherholung zu.

Den Friedhöfen der Gemeinde Köniz sind, Stand heute, jedoch im Baureglement nur einer Zweckbestimmung als Friedhofsanlage zugewiesen.

Im Rahmen der Raumstrategie wird deshalb überprüft, wo und in welcher Form eine Doppelfunktion von Friedhöfen in der Gemeinde Köniz formal festgelegt werden könnte. Zur verbindlichen Verankerung braucht es eine Anpassung des Baureglements.

## 5. Änderung des Friedhofs- und Bestattungsreglements sowie Verordnung

Die AUL arbeitet zurzeit an einer umfangreichen Überarbeitung des Reglements. Die in dieser Motion geforderten Anpassungen werden in diesen Prozess integriert. Da diese ganzheitliche Überarbeitung mehr Aufwand nach sich zieht als nur die geforderten punktuellen Anpassungen, konnte die Überarbeitung des Reglements noch nicht abgeschlossen werden.

Vorgesehen ist unter anderem die Priorisierung und Förderung der Biodiversität sowie ein generelles Verbot chemisch-synthetischen Pflanzenschutz- und Düngemittel ins Reglement aufzunehmen.

Das überarbeitete Reglement wird 2025 dem Parlament vorgelegt.

## 6. Fazit

Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass die wesentlichen Punkte der Motion umgesetzt sind bzw. deren Umsetzung in Arbeit ist und die Motion als erfüllt abgeschrieben werden kann.

## Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird abgeschrieben.

Köniz, 7. August 2024

Der Gemeinderat

## Beilagen

- 1) [Parlamentsantrag Beantwortung \(online auf Parlamentswebsite\)](#)

## Diskussion

**In Vertretung der Erstunterzeichnerin Dominique Bühler; Christina Aebischer, Grüne:** Die Grüne/Junge Grüne-Fraktion dankt dem Gemeinderat für die Beantwortung und für die Zusammenfassung dieser geleisteten Fortschritte für mehr Biodiversität auf unseren Friedhöfen. Auch in Absprache mit der damaligen Motionärin Dominique Bühler möchten wir positiv hervorheben, was hier bereits alles gegangen ist. Insbesondere gilt dies bezüglich der Ausrichtung des allgemeinen Unterhalts, welcher ökologischen Prinzipien folgt, bezüglich der Pflanzenvielfalt, aber auch beim Schaffen von Nest- und Unterschlupfmöglichkeiten für Vögel und Kleintiere.

Wir sind überzeugt, dass dies neben der Artenvielfalt, welche dies fördert, auch diesen Ort oder diese Orte, sehr aufwertet. Orte, wo Leute trauern, wo Leute gedenken und sich für das in einer schönen Umgebung aufhalten können. Wir begrüßen es auch, dass man versucht, externe Partner, wie der Lions Club mit ins Boot zu holen. Das gibt dem Ganzen auch eine breitere Abstützung.

Dasselbe gilt auch für die Sensibilisierungs- und Informationsarbeit, welche man macht und noch weiter ausbauen will. Es ist klar, dass ein Friedhof ein sehr emotionaler Ort ist, dass für viele Leute die Grabgestaltung und Pflege etwas sehr persönliches ist und es ist darum ganz wichtig, im Dialog mit den Angehörigen aufzuzeigen, welche Möglichkeiten es für eine ökologischere Grabpflege gibt. Und so kann man auch Leute erreichen, welche man sonst vielleicht schwer erreichen und sensibilisieren kann. Wir haben von Leuten gehört, welche über diese Informationen der Gemeinde, zum ersten Mal überhaupt etwas über invasive Neophyten gehört haben und dann sowohl auf den Gräbern, wie auch in den eigenen Gärten Goldrute ausgerupft haben.



Die Grüne/Junge Grüne-Fraktion findet darum, wir sind auf einem guten Weg. Aber eben, es hat noch Luft nach oben. Einerseits, weil es gemeindeeigene Flächen sind und diese darum sehr wertvoll sind: Die Gemeinde kann hier direkt als Vorbild aktiv werden und konkret zum Schutz der Artenvielfalt beitragen. Aus unserer Sicht muss dies ein Uranliegen werden und wir möchten sicherstellen, dass das auch so bleibt. Andererseits gibt es auch noch Bereiche, wo man noch mehr herausholen könnte, zum Beispiel bei den Wasserflächen oder Wasseranlagen, wie auch beim Entsiegeln und beim Einsatz von synthetischen Pestiziden. Darum möchten wir hier noch nicht abschreiben. Wir sind auf gutem Weg, aber die begonnene Arbeit ist noch nicht abgeschlossen und wir würden die ökologische Ausrichtung gerne in diesem Friedhofs- und Bestattungsreglement verankert sehen, welches gerade überarbeitet wird.

Darum möchten wir vorschlagen, dem Gemeinderat in diesem Punkt nicht zu folgen und noch nicht abzuschreiben, sondern dies erst dann zu machen, wenn dieses revidierte Reglement verabschiedet ist. Dann können wir dies ohne Zusatzaufwand und rasch tun.

**Gemeinderat Hansueli Pestalozzi, Grüne:** Danke Christina Aebischer für die im Prinzip gute Rückmeldung. Du bestätigst, das wir bezüglich Biodiversität viel gemacht haben. Es ist tatsächlich viel gegangen, es ist ein wichtiges Anliegen und wir haben bis jetzt auch gute Rückmeldungen von den Leuten, den Friedhofbesuchenden erhalten, welche das durchaus auch anerkennen, dass wir hier grosse Schritte gemacht haben.

Es steht jetzt eine Reglementsänderung an, nicht nur wegen dieser Motion, sondern auch wegen anderer Sachen in diesem Reglement, welche nicht mehr zeitgemäss sind. Wir müssen verschiedene Sachen neu regeln und wir wollen auch gewisse Details, welche im Reglement sind, in der Verordnung platzieren.

Gerade letzte Woche haben wir drei Workshops mit allen Leuten, welche irgendwie mit dem Friedhof zu tun haben, durchgeführt - mit Bestattern, mit den Landeskirchen, mit Trauerrednern, mit den Friedhofgärtnern, aber auch mit einer Vertreterin von Senioren Köniz - in welchen wir gesammelt haben, was die Zukunft der Friedhöfe Köniz sein wird. Einerseits wurde erhoben, wie der jetzige Betrieb läuft, also was gut und was weniger gut läuft, und andererseits, was die Zukunft der Friedhöfe sein wird. Das wird eine Grundlage für diese Reglementsänderung sein und dort hat die Biodiversität einen grossen Stellenwert. Auch aufgrund der Motion haben wir ja bereits gesagt, wie wir uns diese Artikel in etwa vorstellen.

Wir werden auf alle Fälle mit dieser Reglementsänderung kommen, das ist mein Versprechen, aber es ist natürlich euer gutes Recht zu sagen, nein, ihr wollt zuerst dieses Reglement sehen, bevor ihr abschreibt. Es ist einfach ein etwas grösserer Verwaltungsaufwand, doch das dürft ihr natürlich machen. Ich und der Gemeinderat empfehlen euch aber, hier jetzt abzuschreiben.

## Beschluss

Die Motion wird nicht abgeschrieben.

(Abstimmungsergebnis: 24 Ablehnung der Abschreibung, 12 Annahme Abschreibung)

PAR 2024/90

## Verschiedenes

Folgende Vorstösse werden eingereicht:

- V 2408: Dringliche Motion (GLP-EVP-Mitte-Fraktion, Grüne, Junge Grüne), "Option Wärmeverbund Bern-Wabern auch beim Neubau Schulraumerweiterung Morillon"
- V 2409: Motion (Junge Grüne, Grüne, SP, JUSO), "Grünes Zentrum Köniz"

## Diskussion

**Parlamentspräsidentin Arlette Münger:** Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, habe ich noch zwei Informationen aus der Sitzung des Parlamentsbüros vom 28. August 2024:

- Das Parlamentsbüro hat die Verlängerung der Erfüllungsfrist der Motion EVP-GLP-Mitte-Fraktion "Für unverzerrte Proporzahlen" abgelehnt. Die Erfüllungsfrist dauert somit ordentlich bis am 13. März 2025.
- Das Parlamentsbüro hat die Verlängerung der Erfüllungsfrist der Motion EVP-GLP-Mitte-Fraktion, SVP "Einführung einer Schuldenbremse für die Erfolgsrechnung" bis am 30. Juni 2025 gemäss Antrag des Gemeinderates verlängert.

Ihr habt diese beiden Beschlüsse des Parlamentsbüros auch per Mail am 30. August erhalten.

Die nächste Parlamentssitzung findet am 4. November statt. Ich bedanke mich für die effiziente Sitzung, so "fägt's". Ich wünsche euch allen einen schönen Abend und tragt euch Sorge beim Heimkommen.

## Im Namen des Parlaments

Arlette Münger  
Parlamentspräsidentin

Chantal Fuchs  
Leiterin Fachstelle Parlament